



# Niedersächsischer Landtag

## Stenografischer Bericht

### 76. Sitzung

Hannover, den 1. Juli 2010

#### Inhalt:

<b>Mitteilungen des Präsidenten</b> .....	9551	<b>Bernhard Busemann</b> , Justizminister .....	9558
und		<b>Hans-Heinrich Sander</b> , Minister für Umwelt und Klimaschutz .....	9558
<b>Feststellung der Beschlussfähigkeit</b> .....	9551	<b>Abgabe der Regierungserklärung durch den Mi- nisterpräsidenten</b> .....	9559
<b>Mitteilung des Landtagspräsidenten über den Rücktritt des Ministerpräsidenten</b> .....	9552	<b>David McAllister</b> , Ministerpräsident .....	9559
<b>Wahl des Ministerpräsidenten</b> .....	9552	<b>Aussprache über die Regierungserklärung</b> .....	9573
<b>David McAllister</b> (CDU) .....	9555	<b>Stefan Schostok</b> (SPD) .....	9573
<b>David McAllister</b> , Ministerpräsident .....	9555, 9556	<b>Björn Thümler</b> (CDU) .....	9584, 9590
<b>Bestätigung der Landesregierung</b> .....	9556	<b>Stefan Wenzel</b> (GRÜNE) .....	9591
<b>Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung</b> .....	9556	<b>Christian Dürr</b> (FDP) .....	9597, 9600, 9602
<b>David McAllister</b> , Ministerpräsident .....	9557	<b>Kreszentia Flauger</b> (LINKE) .....	9604
<b>Uwe Schünemann</b> , Minister für Inneres und Sport .....	9557	<b>Nächste Sitzung</b> .....	9610
<b>Hartmut Möllring</b> , Finanzminister .....	9557		
<b>Aygül Özkan</b> , Ministerin für Soziales, Frauen, Fa- milie, Gesundheit und Integration .....	9557		
<b>Professorin Dr. Johanna Wanka</b> , Ministerin für Wissenschaft und Kultur .....	9557		
<b>Dr. Bernd Althusmann</b> , Kultusminister .....	9557		
<b>Jörg Bode</b> , Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr .....	9558		
<b>Astrid Grotelüschen</b> , Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Lan- desentwicklung .....	9558		

**Vom Präsidium:**

Präsident	Hermann Dinkla (CDU)
Vizepräsident	Dieter Möhrmann (SPD)
Vizepräsident	Hans-Werner Schwarz (FDP)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführerin	Ursula Ernst (CDU)
Schriftführerin	Ulla Groskurt (SPD)
Schriftführer	Wilhelm Heidemann (CDU)
Schriftführer	Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführerin	Gisela Konrath (CDU)
Schriftführerin	Dr. Silke Lesemann (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Dörthe Weddige-Degenhard (SPD)
Schriftführerin	Ursula Weisser-Roelle (LINKE)

**Auf der Regierungsbank:**

Ministerpräsident David Mc Allister (CDU)	Staatssekretär Dr. Lothar Hageböling, Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Uwe Schünemann (CDU)	
Finanzminister Hartmut Möllring (CDU)	Staatssekretärin Cora Hermenau, Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration Aygül Özkan (CDU)	
Kultusminister Dr. Bernd Althmann (CDU)	Staatssekretärin Dr. Christine Hawighorst, Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Jörg Bode (FDP)	Staatssekretär Dr. Oliver Liersch, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucher- schutz und Landesentwicklung Astrid Grotelüschen (CDU)	
Justizminister Bernhard Busemann (CDU)	Staatssekretär Dr. Jürgen Oehlerking, Justizministerium
Ministerin für Wissenschaft und Kultur Professorin Dr. Johanna Wanka (CDU)	Staatssekretär Dr. Josef Lange, Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Minister für Umwelt und Klimaschutz Hans-Heinrich Sander (FDP)	Staatssekretär Dr. Stefan Birkner, Ministerium für Umwelt und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 9.35 Uhr.

**Präsident Hermann Dinkla:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen einen guten Morgen und heiße Sie namens des gesamten Präsidiums zu unserer heutigen Sitzung sehr herzlich willkommen.

Ich bitte alle Fotografen und Kameraleute, die nicht über eine besondere Akkreditierung verfügen oder im unmittelbaren Interesse des Landtages Aufnahmen für Materialien der Öffentlichkeitsarbeit machen, nun den Plenarsaal zu verlassen.

Ich eröffne nunmehr die 76. Sitzung im 25. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 16. Wahlperiode.

**Mitteilungen des Präsidenten**

und

**Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Wir kommen nunmehr zu den Entschuldigungen. Ich erteile dem Schriftführer das Wort.

**Schriftführer Hans-Jürgen Klein:**

Guten Morgen! Es haben sich entschuldigt von der Fraktion der SPD Frau Seeler, Frau Rübke und Herr Meyer sowie das fraktionslose Mitglied des Hauses Frau Wegner.

**Präsident Hermann Dinkla:**

Vielen Dank.

Ich kann hiermit die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen.

Ich möchte heute Morgen mit einem Dank an die Wahlfrauen und Wahlmänner der gestrigen Bundesversammlung beginnen, die dort nicht nur neuneinhalb Stunden im Einsatz waren, sondern Hannover erst zu sehr später Stunde, heute Nacht, wieder erreicht und heute Morgen bereits Gremiensitzungen absolviert haben. Insofern einen herzlichen Dank für die Aktivitäten des gestrigen Tages und dafür, dass wir heute fast zu 100 % wieder präsent sind! Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP sowie Zustimmung bei der SPD)

Das zeigt auch, aus welchem Holz die Niedersachsen geschnitzt sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nachdem wir in der zurückliegenden Sitzung dieses Hauses den Verlust des Mandats des Abgeordneten Christian Wulff beschlossen hatten, hat der Landeswahlleiter gemäß § 38 des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes festgestellt, dass der dadurch frei gewordene Sitz auf Herrn Fritz Güntzler übergeht. Herr Güntzler hat inzwischen seine Bereitschaft erklärt, das Landtagsmandat als Nachrücker anzunehmen.

Herr Güntzler, ich begrüße Sie sehr herzlich in unserer Mitte. Da Sie bereits dem Landtag der 15. Wahlperiode angehört haben, sind Ihnen die Gepflogenheiten dieses Hauses bestens bekannt. In jedem Fall wünsche ich Ihnen als Mitglied dieses Landtages ein erfolgreiches Wirken zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass heute ein so großer Gästekreis aus Politik, Kirche, Wirtschaft, Bundeswehr, des Konsularischen Corps sowie aus anderen Bereichen des öffentlichen Lebens meiner Einladung zu dieser besonderen Plenarsitzung gefolgt ist. Sie alle auf den Tribünen, in den Logen und hier im Plenarsaal dokumentieren damit Ihre enge Verbundenheit mit dem Niedersächsischen Landtag und Ihre persönliche Wertschätzung für ihn. Dafür danke ich Ihnen sehr.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP sowie Zustimmung bei der SPD)

Ich bitte um Verständnis, dass ich angesichts der großen Zahl hochrangiger Persönlichkeiten keine namentliche und möglicherweise zu lange Begrüßung vornehmen möchte. Gestatten Sie mir aber bitte dennoch, einigen besonderen Gästen für ihr heutiges Kommen in das Leineschloss herzlich zu danken.

Ein besonderes Willkommen gilt dem ehemaligen Ministerpräsidenten Herrn Glogowski.

(Beifall)

Ich grüße auch sehr herzlich die ehemaligen Landtagspräsidenten Herrn Dr. Blanke und Herrn Professor Wernstedt.

(Beifall)

Schließlich bedanke ich mich für das rege Interesse der Medienvertreter. An dieser Stelle gilt mein besonderer Dank dem NDR, der die heutige Plenarsitzung live im Fernsehen überträgt. Damit darf ich auch den Bürgerinnen und Bürgern vor den Bildschirmen und im Medienraum des Landtages einen Willkommensgruß übermitteln.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Tagesordnung: Die Einladung und die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen gedruckt vor. Ich darf Sie herzlich bitten, Ihre Reden bis spätestens 8. Juni 2010 an den Stenografischen Dienst zurückzugeben.

Wir kommen jetzt zur

### **Mitteilung des Landtagspräsidenten über den Rücktritt des Ministerpräsidenten**

Ich teile Ihnen mit, dass der bisherige Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Herr Christian Wulff, mit Schreiben vom 30. Juni 2010 seinen Rücktritt von diesem Amt erklärt hat. Gemäß Artikel 33 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung gilt damit die Landesregierung als zurückgetreten. Es ist daher eine neue Landesregierung zu bilden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zuvor noch Folgendes ausführen: Gestern war in Berlin ein besonderer Tag für Niedersachsen. Christian Wulff, bis gestern noch Ministerpräsident unseres Landes, ist zum Bundespräsidenten gewählt worden.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Namen aller Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags und aller Niedersachsen gratuliere ich ihm recht herzlich. Es zeigt sich einmal mehr: Niedersachsen ist eine gute Schule für größere Aufgaben.

Der Bundespräsident ist der Präsident aller Deutschen. Aber ich habe als Landtagspräsident auch einen Wunsch, der, so hoffe ich, dieses Parlament abseits der politischen Auseinandersetzungen für einen Augenblick eint, nämlich dass es uns alle mit Stolz und großer Freude erfüllen möge, dass der zehnte Präsident der Bundesrepublik Deutschland aus Niedersachsen kommt und jemand aus diesem Landtag in dieses ehrenvolle und höchste

Amt, das unser Grundgesetz vorsieht, gewählt wurde.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wünschen dem Bundespräsidenten in seinem neuen Amt von ganzem Herzen viel Freude und für die vor ihm liegenden Aufgaben viel Tatkraft.

Wir kommen jetzt zur Regierungsbildung und beginnen mit der

### **Wahl des Ministerpräsidenten**

Für die Dauer der Wahlhandlung bitte ich alle Personen, die nicht Mitglieder des Landtages sind, den Plenarsaal zu verlassen. Ausgenommen sind die Ehrengäste, die Ministerinnen und Minister ohne Landtagsmandat, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie die aus dienstlichen Gründen anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung.

Artikel 29 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung lautet:

„Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident wird vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt.“

Die Fraktion der CDU hat den Abgeordneten David McAllister für die Wahl zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Es geht dann jetzt um die Entscheidung über diesen Wahlvorschlag.

Ich will das erläutern: Wer den Abgeordneten McAllister zum Ministerpräsidenten wählen will, kreuzt auf seinem Stimmzettel Ja an. Wer ihn nicht wählen will, kreuzt Nein an. Wer sich der Stimme enthalten will, kreuzt Enthaltung an. Das ist eigentlich selbstverständlich. Ich mache aber darauf aufmerksam, dass bei der Ermittlung der Mehrheit im Sinne von Artikel 29 der Niedersächsischen Verfassung Enthaltungen die gleiche Wirkung wie Neinstimmen haben.

Die Mitglieder des Landtages werden durch den Schriftführer Herrn Klein aufgerufen und kommen dann bitte einzeln nach vorn. Vom Präsidium aus gesehen links an der Verwaltungsbank erhalten Sie Ihren Stimmzettel. Gehen Sie bitte danach einzeln zur Wahlkabine an der von mir aus gese-

hen linken Ecke des Plenarsaals. Nach der Stimmabgabe stecken Sie bitte den Stimmzettel in eine der beiden Wahlurnen hier vorn auf dem Ste-nografentisch.

Ich halte das Haus einverstanden, dass ich beauf-trage den Schriftführer Wilhelm Heidemann, unter-stützt durch einen Beamten der Landtagsverwal-tung, die Stimmzettel auszugeben und die Wähler-listen zu führen, die Schriftführerin Frau Groskurt, Aufsicht darüber zu führen, dass immer nur ein Mitglied des Landtages zur Wahlkabine geht, und die Schriftführerin Frau Kohlenberg, ebenfalls un-terstützt durch einen Beamten der Landtagsverwal-tung, die Aufsicht und die Namenskontrolle bei den Wahlurnen zu führen.

Ich bitte alle Mitglieder des Landtages, darauf zu achten, dass das Kreuz auf dem Stimmzettel kor-rekt angebracht ist, damit nachher keine Zweifel an der Gültigkeit ihrer Stimme aufkommen können. Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder anderen Kennzeichen versieht, macht ihn ungültig. Es sind daher auch nur die in der Kabine bereitliegenden Stifte zur Stimmabgabe zu benutzen. Die Verwendung eines anderen Schreibgerätes ist als unzulässige Kennzeichnung anzusehen, die zur Ungültigkeit des Stimmzettels führt.

Die Mitglieder des Landtages bitte ich, bis zum Aufruf ihres Namens auf ihrem Platz sitzen zu bleiben und nach Abgabe ihrer Stimme auch gleich wieder Platz zu nehmen. Es wäre äußerst hilfreich, wenn sich während des Wahlgangs ein unnötiges Umhergehen vermeiden ließe.

Ich bitte nun die drei genannten Schriftführer, ihr Amt zu übernehmen.

Die Kollegin Frau Kohlenberg bitte ich, sich davon zu überzeugen, dass die Wahlurnen leer sind. Es muss alles seine Ordnung haben. Das war gestern in der Bundesversammlung etwas einfacher; die Wahlurnen waren durchsichtig. - Die Schriftführerin bestätigt, dass die Wahlurnen leer sind.

Bevor wir, meine Damen und Herren, jetzt zum Namensaufruf kommen, weise ich die an der Durchführung des Wahlvorgangs beteiligten Präsi-diumsmitglieder darauf hin, dass sie ebenso wie der Sitzungsvorstand erst nach Beendigung des Namensaufrufs gesondert aufgerufen werden, ihre Stimmen abzugeben.

Wir beginnen jetzt mit dem Namensaufruf.

(Schriftführer Stefan Klein verliest die Namen der Abgeordneten:)

Thomas Adasch  
Hans-Henning Adler  
Johann-Heinrich Ahlers  
Heinrich Aller  
Dr. Gabriele Andretta  
Klaus-Peter Bachmann  
Martin Bäumer  
Heiner Bartling  
Daniela Behrens  
Almuth von Below-Neufeldt  
Karin Bertholdes-Sandrock  
Hans-Christian Biallas  
Dr. Uwe Biester  
Karl-Heinz Bley  
Jörg Bode

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Norbert Böhlke  
Ralf Borngräber  
Marcus Bosse  
Axel Brammer  
Ralf Briese  
Markus Brinkmann  
Prof. Dr. Emil Brockstedt  
Marco Brunotte  
Bernhard Busemann  
Reinhold Coenen  
Helmut Dammann-Tamke  
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz  
Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens  
Otto Deppmeyer

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Christoph Dreyer  
Christian Dürr  
Hans-Heinrich Ehlen  
Petra Emmerich-Kopatsch  
Kreszentia Flauger  
Ansgar-Bernhard Focke  
Björn Försterling  
Renate Geuter  
Rudolf Götz  
Christian Grascha  
Clemens Große Macke  
Fritz Güntzler  
Hans-Dieter Haase  
Enno Hagenah  
Swantje Hartmann  
Karl Heinz Hausmann  
Frauke Heiligenstadt

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich darf bitten, die Gespräche in den Fraktionen einzustellen!

(Schriftführer Hans-Jürgen Klein setzt den Namensaufruf fort:)

Karsten Heineking  
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić  
Elisabeth Heister-Neumann  
Ursula Helmhold  
Kurt Herzog  
Bernd-Carsten Hiebing  
Reinhold Hilbers  
Jörg Hillmer  
Dr. Gero Clemens Hocker  
Carsten Höttcher  
Wilhelm Hogrefe  
Ernst-August Hoppenbrock  
Patrick-Marc Humke-Focks  
Angelika Jahns  
Wolfgang Jüttner  
Karl-Heinz Klare  
Stefan Klein  
Ingrid Klopp

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Lothar Koch  
Gabriela König  
Marianne König  
Ursula Körtner  
Gisela Konrath  
Ina Korter  
Jürgen Krogmann  
Klaus Krumfuß  
Clemens Lammerskitten  
Karl-Heinrich Langspecht  
Dr. Silke Lesemann  
Sigrid Leuschner  
Olaf Lies  
Helge Limburg  
Editha Lorberg  
Dr. Max Matthiesen  
David McAllister  
Anette Meyer zu Strohen  
Christan Meyer  
Rolf Meyer (entschuldigt)  
Axel Miesner  
Frank Mindermann

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Johanne Modder  
Matthias Möhle  
Dieter Möhrmann  
Hartmut Möllring

Heidemarie Mundlos  
Jens Nacke  
Matthias Nerlich  
Frank Oesterhelweg  
Jan-Christoph Oetjen  
Victor Perli  
Gudrun Pieper  
Filiz Polat  
Stefan Politze  
Claus Peter Poppe  
Dorothee Prüssner  
Sigrid Rakow  
Christa Reichwaldt  
Klaus Rickert  
Roland Riese  
Heinz Rolfes  
Mechthild Ross-Luttmann  
Jutta Rübke (entschuldigt)  
Hans-Heinrich Sander  
Roland Schminke  
Klaus Schneck  
Wittich Schobert  
Heiner Schönecke  
Stefan Schostok  
Andrea Schröder-Ehlers  
Uwe Schünemann  
Hans-Werner Schwarz  
Uwe Schwarz  
Kai Seefried  
Silva Seeler (entschuldigt)  
Wiard Siebels

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Dr. Stephan August Siemer  
Dr. Manfred Sohn  
Brigitte Somfleth  
Miriam Staudte  
Karin Stief-Kreihe  
Lutz Stratmann  
Detlef Tanke  
Ulf Thiele  
Björn Thümler  
Petra Tiemann  
Sabine Tippelt  
Dirk Toepffer  
Grant Hendrik Tonne  
Elke Twesten  
Astrid Vockert  
Ulrich Watermann  
Dörthe Weddige-Degenhard  
Christel Wegner (entschuldigt)  
Ursula Weisser-Roelle  
Stefan Wenzel  
André Wiese

Gerd Ludwig Will  
Wolfgang Wulf  
Prof. Dr. Dr. Roland Zielke  
Pia-Beate Zimmermann

**Präsident Hermann Dinkla:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Namensaufruf ist damit beendet.

Nach einer kurzen Pause bitte ich die am Wahlverfahren beteiligten Schriftführerinnen und Schriftführer, Frau Groskurt, Frau Kohlenberg und Herrn Heidemann, nacheinander abzustimmen. Anschließend wählt dann der Sitzungsvorstand.

Ich frage, ob noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Saal ist, der noch nicht gewählt hat, seine Stimme nicht abgeben hat. - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahl.

Das Wahlergebnis wird in Kürze bekannt gegeben. Ich werde gleich die Sitzung unterbrechen, bitte aber alle Mitglieder des Landtages, auf ihren Plätzen zu bleiben. In dieser Zeit werden die am Wahlvorgang beteiligten Schriftführer, Frau Groskurt, Frau Kohlenberg und Herr Heidemann, sowie die Vizepräsidentin und die Vizepräsidenten, Frau Vockert, Herr Möhrmann und Herr Schwarz, die Stimmen auszählen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von  
10.08 Uhr bis 10.16 Uhr)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift hat die Wahl folgendes Ergebnis: 148 abgegebene Stimmzettel, davon keine ungültig. 148 gültige Stimmen. Für den Abgeordneten David McAllister wurden 80 Stimmen abgegeben.

(Starker, nicht enden wollender Beifall  
bei der CDU und bei der FDP)

Gemäß Artikel 29 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung ist der Abgeordnete McAllister mit der erforderlichen Mehrheit zum Ministerpräsidenten unseres Landes gewählt worden.

(Uwe Schwarz [SPD]: Könnten wir  
noch das Gesamtergebnis erfahren?)

Die Zahl der Neinstimmen beträgt 67. Die Zahl der Enthaltungen beläuft sich auf null.

(Uwe Schwarz [SPD]: Das kann nicht  
sein, Herr Präsident!)

Herr McAllister, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

**David McAllister (CDU):**

Herr Präsident! Ich nehme die Wahl an, bedanke mich für das Vertrauen und biete allen Abgeordneten des Landtages eine gute Zusammenarbeit an.

Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der  
CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich bitte einen Augenblick um Aufmerksamkeit. Mir wird gerade eine Korrektur zur Niederschrift eingereicht. Ich gehe davon aus, dass alle nachrechnen können. Die Zahl der Enthaltungen beläuft sich auf eine Enthaltung.

Herr Kollege McAllister, damit sind Sie zum Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt. Ich beglückwünsche Sie und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit in Ihrem neuen, verantwortungsvollen Amt allzeit eine glückliche Hand und den größtmöglichen Erfolg im Sinne der Menschen in unserem schönen Bundesland. Mögen Sie unser Land in Richtung auf eine glückliche Zukunft in Frieden und Wohlstand steuern! Dazu vor allen Dingen auch Gottes Segen!

(Starker Beifall bei der CDU und bei  
der FDP)

Ich möchte die Vertreter der Medien bitten, sich jetzt zurückzuziehen, was hier vorne für den rechten Bereich gilt.

(Zuruf von der SPD: Links auch! -  
Schriftführerin Ursula Ernst beglückwünscht  
Ministerpräsident David  
McAllister zu seiner Wahl - Lebhafter  
Beifall bei der CDU und bei der FDP)

- So schnell läuft Politik hier in Niedersachsen!

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie, ob Sie dem Landtag jetzt Ihr Kabinett vorstellen möchten.

**David McAllister, Ministerpräsident:**

Gerne.

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Ministerpräsident, bevor Sie das tun, möchte ich die Vertreter der Medien noch einmal bitten,

sich zurückzuziehen. Es bestehen noch Möglichkeiten genug, Aufnahmen zu machen. Meine Bitte bezieht sich insbesondere auf die Vertreter der Medien hier vorn im rechten Bereich. Die Vertreter der Medien haben hier einen vorgeschriebenen Platz. Ich bitte darum, dass dieser Platz eingenommen wird.

Bitte schön!

**David McAllister**, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident! Nachdem mich das Hohe Haus zum Ministerpräsidenten gewählt hat, wofür ich mich an dieser Stelle nochmals bedanke, berufe ich gemäß Artikel 29 Abs. 2 unserer Niedersächsischen Verfassung zu Mitgliedern der Landesregierung:

Herrn Jörg Bode als Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr; ich bestimme ihn gleichzeitig zu meinem Stellvertreter,

Herrn Dr. Bernd Althusmann als Kultusminister,

Herrn Bernhard Busemann als Justizminister,

Frau Astrid Grotelüschen als Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung,

Herrn Hartmut Möllring als Finanzminister,

Frau Aygül Özkan als Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration,

Herrn Hans-Heinrich Sander als Minister für Umwelt und Klimaschutz,

Herrn Uwe Schönemann als Minister für Inneres und Sport und

Frau Professor Dr. Johanna Wanka als Ministerin für Wissenschaft und Kultur.

Ich bitte das Hohe Haus, die Landesregierung gemäß Artikel 29 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung zu bestätigen.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Diese

## **Bestätigung der Landesregierung**

durch den Landtag zur Amtsübernahme möchte ich jetzt herbeiführen und lasse darüber abstimmen.

Wer die Landesregierung in der Besetzung, wie sie der Herr Ministerpräsident soeben mitgeteilt hat, bestätigen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Ich danke Ihnen. Die Landesregierung ist damit, wie von der Verfassung vorgeschrieben, bestätigt worden.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich beglückwünsche die Mitglieder der Landesregierung.

Es ist vorgesehen, die Mitglieder der Landesregierung, wie in Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung vorgesehen, zu Beginn der Nachmittags-sitzung zu vereidigen.

Das Landtagspräsidium bittet jetzt alle Anwesenden zu einem Empfang in die Wandelhalle.

Wir setzen die Sitzung um 12.45 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung von 10.26 Uhr bis 12.45 Uhr)

## **Präsident Hermann Dinkla:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen jetzt die unterbrochene Sitzung fort mit der

## **Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung**

Ich bitte jetzt zunächst alle Fotografen und Kamerateure, die nicht über eine besondere Akkreditierung verfügen oder im unmittelbaren Interesse des Landtages Aufnahmen für Materialien der Öffentlichkeitsarbeit machen, nunmehr den Plenarsaal zu verlassen.

Nach Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung haben der Ministerpräsident und die Ministerinnen und Minister vor dem Landtag ein Bekenntnis abzulegen und einen Eid zu leisten.

Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten und die Ministerinnen und Minister, hier nach vorn zum Stenografentisch zu kommen.

Ich bitte alle Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben.

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, das Bekenntnis und der Eid sind von Ihnen einzeln abzulegen. Ich bitte Sie, nacheinander zu mir nach oben heraufzutreten und die Bekenntnis- und Eidesformel zu sprechen.

Herr Ministerpräsident, bitte!

**David McAllister**, Ministerpräsident:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volk und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

(Beifall)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Minister für Inneres und Sport Uwe Schünemann!

**Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Finanzminister Hartmut Möllring!

**Hartmut Möllring**, Finanzminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundes-

republik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Frau Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration Aygül Özkan!

**Aygül Özkan**, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Frau Ministerin für Wissenschaft und Kultur Johanna Wanka!

**Professorin Dr. Johanna Wanka**, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Kultusminister Dr. Bernd Althusmann!

**Dr. Bernd Althusmann**, Kultusminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebens-

grundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Jörg Bode!

**Jörg Bode**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Frau Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung  
Astrid Grotelüschen!

**Astrid Grotelüschen**, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Justizminister Bernd Busemann!

**Bernhard Busemann**, Justizminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Minister für Umwelt und Klimaschutz  
Hans-Heinrich Sander!

**Hans-Heinrich Sander**, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich danke Ihnen. Damit ist die neue Landesregierung verfassungsgemäß gebildet. Ich darf die Ministerinnen und Minister bitten, soweit noch nicht geschehen, ihre Plätze auf der Regierungsbank einzunehmen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich nunmehr, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, noch Folgendes anmerken: Das Präsidium muss sich auch im Hinblick auf die Fraktionsspitzen umgewöhnen: neue Gesichter bei zwei Fraktionen!

Zunächst gratuliere ich den neuen Fraktionsvorsitzenden Stefan Schostok und Björn Thümler sehr herzlich zu ihren neuen Aufgaben als Fraktionsvorsitzende

(Lebhafter Beifall)

und hoffe, dass sich die gute Zusammenarbeit unverändert fortsetzt.

Die Ebene der Parlamentarischen Geschäftsführung ist ebenfalls neu aufgestellt. So darf ich auch sehr herzlich der Kollegin Modder und dem Kollegen Nacke zu ihren neuen Aufgaben als Parlamentarische Geschäftsführerin und Parlamentarischem Geschäftsführer gratulieren.

(Beifall)

Die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und -geschäftsführer sind auch für uns als Präsidium und für die Landtagsverwaltung eine sehr wichtige Anlaufstelle, auch im Hinblick auf die politische Feinjustierung, wenn ich das so sagen darf. Insofern freue ich mich da auf eine gute Zusammenarbeit.

Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Plätze, die sie jetzt einnehmen, waren ja vorher nicht leer. Deshalb ist es für mich selbstverständlich, mich im Namen des Landtages bei den Kollegen zu bedanken, die nicht mehr an der Spitze der Fraktion tätig sind und die seit vielen Jahren für uns - auch für mich - bewährte Partner waren.

Sie, verehrter Herr Jüttner, saßen als Fraktionsvorsitzender seit 2003 in der ersten Reihe. Ich habe Sie persönlich stets als fairen und verlässlichen Gesprächspartner mit den anderen Fraktionen im Landtag erlebt. Das heißt zweifellos nicht, immer einer Meinung zu sein. Aber ich habe es besonders geschätzt, dass Sie in der Sache hart am Ball geblieben sind, ohne andere persönlich zu verunglimpfen.

Sie verfügen über eine große politische Erfahrung - ob als Fraktionsvorsitzender, als Landesminister oder als Spitzenkandidat - und haben Ihre Fraktion durch manche politischen Stürme geführt.

Der Weg aus der Regierung in die Opposition ist zweifellos der unangenehmere. Aber Sie haben die nicht einfache Aufgabe angenommen und sich mit hohem Engagement eingebracht. In Erinnerung bleiben wird sicher auch manch stürmische Debatte im Landtag, die Sie - das will ich betonen - mit beeindruckend freier Rede mit gestaltet haben.

(Lebhafter Beifall)

Vielleicht gibt es im neuen Plenarsaal besondere Plätze für „elder Statesmen“; denn ich gehe davon aus, dass Ihr Rat als erfahrener Parlamentarier weiterhin gefragt sein wird.

Ich darf Ihnen, auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen, für die politische Lebensleistung im Landtag und für das Land Niedersachsen danken.

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte aber auch gern Gelegenheit nehmen, mich beim bisherigen Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD, dem Kollegen Bartling, für die ausgezeichnete Zusammenarbeit zu bedanken. Wie beim Kollegen Jüttner war auch bei Ihnen immer das hohe Maß an politischer Erfahrung und Kompetenz zu spüren. Aber eines möchte ich, Herr Kollege Bartling, besonders betonen: Meine Erfahrung war, dass man sich auf Ihr Wort, Ihre Zusage immer verlassen konnte. Und das ist im politischen Geschäft nicht gerade selbstverständlich.

Auch Ihnen darf ich sehr herzlich für Ihr Engagement und politisches Wirken im Landtag, aber auch für das Land Niedersachsen danken.

(Lebhafter Beifall)

Jetzt steigen wir ein in den Tagesordnungspunkt

### **Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten**

Ich darf Herrn Ministerpräsident McAllister bitten, seine Regierungserklärung abzugeben. Ich erteile Ihnen das Wort.

**David McAllister**, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute Vormittag hat das Hohe Haus mich zum zehnten Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt. Für das Vertrauen möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Es ist für mich eine besondere Ehre und Auszeichnung, unserem Land dienen zu dürfen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Den Abgeordneten von CDU und FDP danke ich für ihre Unterstützung. Wir arbeiten in Niedersachsen seit mehr als sieben Jahren in unserer Koalition sehr eng, harmonisch und vertrauensvoll zusammen. Es ist mein fester Wille, diese gute Zusammenarbeit in dieser Koalition von CDU und FDP so fortzusetzen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dem gesamten Niedersächsischen Landtag biete ich im Interesse der Menschen in unserem Land eine sachliche und konstruktive Zusammenarbeit an. Die kritische Begleitung der Regierungsarbeit durch die parlamentarische Opposition ist für eine lebendige Demokratie von entscheidender Bedeutung, ja geradezu existenziell.

Seit zwölf Jahren bin ich Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages und habe dabei sowohl Oppositions- als auch Mehrheitserfahrungen sammeln können. In jedem Fall war und bin ich gerne und leidenschaftlich Parlamentarier. Vor diesem Hintergrund sehe ich dieses Parlament als den zentralen Ort der politischen Willensbildung in Niedersachsen an. Meine Damen und Herren, dieser Landtag ist das zentrale Haus der Demokratie in unserem Land Niedersachsen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir erleben heute eine Premiere für den Abgeordneten McAllister, der seine erste Regierungserklärung hält. Aber wir werden heute weitere Premieren erleben, nämlich die ersten Reden der neuen Fraktionsvorsitzenden, denen der Landtagspräsident bereits im Namen aller gratuliert hat, nämlich Herrn Schostok und Herrn Thümler. Gerade den beiden großen Fraktionen wie auch den drei mittleren Fraktionen von FDP, Grünen und auch der Linken biete ich eine vernünftige, konstruktive und sachliche Zusammenarbeit an.

Im Übrigen bedanke ich mich ganz besonders herzlich bei der SPD-Fraktion für das nette Geschenk in der Mittagspause. Das war eine faire Geste, wie ich fand, und das soll auch Ausdruck eines vernünftigen und ordentlichen Miteinanders über die Parteigrenzen hinweg sein; denn, meine Damen und Herren, damit das klar ist: Wir machen Politik für die Menschen, wir machen Politik für das Land, und im Mittelpunkt muss immer das Wohlergehen des Landes stehen. Das kommt zuerst, und dann alles andere!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Präsident, dass wir heute zu einer zusätzlichen Sitzung des Landtages zusammenkommen, haben wir einem freudigen Anlass zu verdanken. Gestern hat die Bundesversammlung Christian Wulff zum neuen Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Im Namen der Niedersächsischen Landesregierung und auch ganz persönlich gratuliere ich ihm an dieser Stelle

nochmals von ganzem Herzen. Ich füge hinzu: Wir freuen uns auf den ersten Bundespräsidenten aus Niedersachsen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Christian Wulff war insgesamt sieben Jahre, drei Monate und sechsundzwanzig Tage Ministerpräsident unseres Landes. Es waren sieben sehr gute Jahre für Niedersachsen. Unser Land hat sich enorm nach vorne entwickelt. Dafür sind wir Christian Wulff außerordentlich dankbar.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Koalition aus CDU und FDP ist es seit 2003 gelungen, Niedersachsen auf allen wichtigen Politikfeldern zu modernisieren. Lassen Sie mich sechs Bereiche beispielhaft nennen:

Wir haben die Landesverwaltung modernisiert und mit schlanken Strukturen zukunftstauglich gemacht.

Der Arbeitsmarkt hat sich positiv entwickelt. Bei der Arbeitslosenquote ist Niedersachsen im Vergleich der Länder von Platz 9 im Jahr 2003 deutlich nach vorne gerückt und belegt stabil die Plätze 5 bzw. 6.

Die Landesregierung hat das Bildungssystem in Niedersachsen reformiert und zukunftsfest modernisiert.

(Zurufe von der SPD)

Durch eine große finanzielle Kraftanstrengung haben wir inzwischen rund 86 000 Lehrerinnen und Lehrer im Landesdienst - so viele wie noch nie in der Geschichte des Landes Niedersachsen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Landesregierung hat die Sicherheit für jeden Einzelnen spürbar verbessert. Seit 2003 haben wir 1 000 neue Polizisten eingestellt. Die Aufklärungsquote lag 2009 mit rund 60 % so hoch wie nie zuvor.

Weitere lang vernachlässigte Themen haben wir seit 2003 beherzt angepackt und auf die Tagesordnung gesetzt. Das gilt für die frühkindliche Bildung, die Integrationspolitik oder die demografische Entwicklung.

Meine Damen und Herren, diese Koalition redet nicht, wir handeln, und wir werden auch zukünftig tatkräftig handeln!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die persönliche Bilanz von Christian Wulff reicht weit über diese kurze Zusammenfassung hinaus. In unzähligen Gesprächen, Verhandlungen und Interventionen hat er Arbeitsplätze gerettet und so vielen Menschen in Niedersachsen ganz nachhaltig eine gute Zukunft ermöglicht.

Seinen größten politischen Erfolg hat Christian Wulff unbestritten im vergangenen Jahr verbuchen können. Das Engagement für Volkswagen ist sein Meisterstück gewesen. In engem Schulterschluss mit der Bundesregierung und den Arbeitnehmervertretern wurden die Rechte des Landes im VW-Gesetz und in der VW-Satzung verteidigt. Der Firmensitz in Wolfsburg ist auf Dauer gesichert, die Arbeitnehmer-Mitbestimmung auch zukünftig garantiert. Porsche wurde erfolgreich in den Volkswagen-Konzern integriert. Meine Damen und Herren, Niedersachsens Zukunft als Automobilstandort ist dauerhaft gesichert!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Den rund 100 000 Beschäftigten bei Niedersachsens größtem Einzelarbeitgeber Volkswagen sage ich: Wir stehen zu unserer Beteiligung am VW-Konzern. Das Engagement von Christian Wulff bei VW zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zugunsten der Standorte und zugunsten des ganzen Landes werde ich gemeinsam mit Wirtschaftsminister Jörg Bode in den entsprechenden Gremien konsequent fortsetzen.

Meine Damen und Herren, an erfolgreiche sieben Jahre gilt es nun anzuknüpfen. Insofern stehe ich für Kontinuität, und mit mir diese neue Landesregierung und die sie tragende Koalition aus CDU und FDP. Wenn Sie so wollen: Die Marke bleibt, das Modell ist neu. Wir sind auf der Langstrecke unterwegs und nehmen deshalb schon die nächsten Etappen nach 2013 in den Blick.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP vom 25. Februar 2008 gilt unverändert auch für die kommenden Jahre. Das bedeutet Kontinuität des Bewährten. Heute möchte ich den Landtag dar-

über informieren, wo wir in den nächsten Jahren politische Schwerpunkte setzen wollen, wo wir eingeschlagene Wege überprüfen wollen und wo diese Landesregierung neue Akzente setzen möchte. Wir machen Politik in Niedersachsen, und das in besonderen, vor allen Dingen nicht einfachen Zeiten. Schwierige Herausforderungen stehen an. Schwierige Entscheidungen stehen bevor. Wir brauchen Mut zur Verantwortung. Wir haben diesen Mut zur Verantwortung!

Erstens: Niedersachsen und die Welt.

Niedersachsen ist mit seinen über 7,9 Millionen Einwohnern ein im Herzen Europas gelegenes, wirtschaftlich starkes und weltoffenes Bundesland. Menschen aus 193 Nationen sind bei uns zwischen Ems und Elbe zu Hause. Dieses Land soll Heimat sein für alle die, die hier geboren worden sind, und all jene, die im Laufe ihres Lebens zu uns gekommen sind, um hier rechtmäßig dauerhaft zu leben und zu arbeiten. Meine Damen und Herren, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz dürfen und werden bei uns in Niedersachsen keinen Platz haben!

(Starker Beifall bei der CDU, bei der FDP, bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir bekennen uns zu unserer Heimat und zu unseren Werten und sind gleichzeitig offen für Neues.

Wir bekennen uns zur christlich-jüdischen Tradition unserer Gesellschaft und sind gleichzeitig offen für Menschen anderen Glaubens. Wir alle wollen friedlich miteinander leben in einem gegenseitigen Geiste von Respekt und Toleranz.

Diesem Geist zuwider war der Übergriff auf eine jüdische Tanzgruppe in Hannover vor zwei Wochen. Es ist richtig, dass Innenminister Schöneemann und Oberbürgermeister Weil bereits in der vergangenen Woche schnell und entschlossen reagiert haben. So hat der Innenminister unverzüglich das Gespräch mit Vertretern der jüdischen Gemeinden und der liberalen jüdischen Gemeinde gesucht. Meine Damen und Herren, damit eines vollkommen klar ist: Diesen antisemitischen Vorfall verurteilen wir alle gemeinsam auf das Allerschärfste!

(Starker Beifall bei der CDU, bei der FDP, bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die weitere Globalisierung der Märkte, der Informationen und des Wissens ist unaufhaltsam. Zur

besseren Werbung für den Standort Niedersachsen hat das Land alle Akteure der Außenwirtschaftsförderung in der Gesellschaft „Niedersachsen Global“ gebündelt. Unser Land Niedersachsen verfügt mittlerweile über ein Netz von Repräsentanzen in Afrika, in Amerika, in Asien und in Europa. Wir werden unser Engagement in Asien und insbesondere in der Golf-Region Schritt für Schritt weiter ausbauen und für unsere Universitäten und Schulen sowie für unsere niedersächsischen Unternehmen mit Delegationsreisen neue Möglichkeiten schaffen. Auch deshalb werde ich schon in drei Tagen zu einer noch von meinem Amtsvorgänger geplanten Reise nach China aufbrechen. Weitere Reisen des Ministerpräsidenten nach Indien in diesem Jahr und eventuell nach Japan im nächsten Jahr sind geplant.

Meine Damen und Herren! Die sicherheitspolitischen Herausforderungen haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten gewandelt. Alte Bedrohungsszenarien sind entfallen. Neue sind hinzugekommen.

Dass wir hier heute hier in Frieden und Freiheit tagen können, ist auch das Verdienst unserer Soldaten der Bundeswehr, die in vielen Teilen der Welt einen wichtigen, einen gefährlichen Dienst leisten. Ich danke allen Bundeswehrsoldaten und ebenso den zivilen Aufbauhelfern für ihren Einsatz in Afghanistan und anderen Krisengebieten der Welt. Diese Niedersächsische Landesregierung wird auch künftig ein zuverlässiger und loyaler Partner unserer Bundeswehr und ihrer Soldaten sein. Das gilt zu allererst für den Niedersächsischen Ministerpräsidenten!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweitens: Niedersachsen und Europa.

Unser Land Niedersachsen ist eine selbstbewusste Region in Europa. Wir bekennen uns zur Europäischen Union, wir bekennen uns zum europäischen Integrationsprozess. Niedersachsen bringt sich aktiv ein in die europapolitische Willensbildung: im Bundesrat, in der Europaministerkonferenz, im Ausschuss der Regionen und über unsere Landesvertretung in Brüssel. Die Landesregierung wird sich weiterhin aktiv an europäischen Debatten und Diskussionen beteiligen.

Von besonderer Bedeutung ist für uns in Niedersachsen die Strukturförderung der EU ab 2014. Mit 2,7 Milliarden Euro, die Niedersachsen in der laufenden Programmperiode 2007 bis 2013 aus den

EU-Strukturfonds erhält, können wir in der kommenden Förderperiode nicht mehr rechnen. Um den Mittelrückgang abzufedern, machen wir uns daher in Brüssel für eine flächendeckende Förderung im Bereich „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ stark. Außerdem ist eine Übergangsförderung für das Gebiet des ehemaligen Regierungsbezirks Lüneburg notwendig. Eines ist mir dabei ganz wichtig: Wir wollen als Land weiterhin selbst über die Verwendung der europäischen Fördermittel entscheiden. Wir sind näher dran, wir können es am besten für die Menschen entscheiden.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Drittens: Niedersachsen und seine Nachbarn.

Niedersachsen hat eine gemeinsame Grenze mit dem Königreich der Niederlande sowie den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen.

Wir wollen die guten und vertrauensvollen Beziehungen zu den Niederlanden weiterentwickeln. Bereits heute gibt es viele Projekte für die niedersächsisch-niederländische Partnerschaft. Beispielhaft nenne ich die Euregio Gronau, die Ems-Dollart-Region, das grenzüberschreitende Gewerbegebiet Coevorden-Emlichheim oder die vielfältige Zusammenarbeit im Hochschulbereich. Auf dieser Grundlage wollen wir unsere Partnerschaft weiter ausbauen. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass die Förderung der niedersächsisch-niederländischen Zusammenarbeit durch die Europäische Kommission im Rahmen des Programms INTERREG über das Jahr 2014 hinaus fortgesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, wir haben mit den britischen Streitkräften gute Nachbarn und Freunde innerhalb unseres Landes. Ich habe kürzlich mit Major General Adrian Bradshaw, dem Kommandeur der 1. Britischen Panzerdivision in Herford, darüber gesprochen. Wir sind uns einig: Die britischen Streitkräfte in Deutschland und speziell bei uns in Niedersachsen an den Standorten in Bergen-Hohne, Celle, Fallingb. und Hameln sind wichtige Partner und Freunde. Wir möchten dazu beitragen, dass sie sich noch möglichst lange bei uns in Niedersachsen heimisch fühlen!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Jahr 2014 jährt sich der Aufstieg des hannoverschen Kurfürsten zum König von England zum 300. Mal. Dies ist eine einmalige Gelegenheit, im Rahmen einer für 2014 geplanten Landesausstellung Niedersachsen und Teile seiner Geschichte im deutschen und europäischen Kontext zu präsentieren. Museen und zahlreiche Fachhistoriker arbeiten gemeinsam an diesem Projekt. Die Ausstellung soll im Sommer 2014 als Kooperation zwischen dem Niedersächsischen Landesmuseum Hannover und dem Historischen Museum Hannover im neuen Schloss Herrenhausen mit Außenstellen an anderen Standorten gezeigt werden.

Meine Damen und Herren, unsere gute Zusammenarbeit mit unseren benachbarten Ländern möchten wir fortsetzen. Insbesondere im norddeutschen Verbund mit den anderen Küstenländern Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gibt es viele Gemeinsamkeiten. Vor allem die Zukunftsthemen Energie, Life Sciences, Meeres-, Klima- und Mobilitätsforschung möchte ich weiter vorantreiben. Die Konferenz Norddeutschland ist hierfür das richtige und entscheidend erfolgreiche Gremium. Hier werde ich mich mit Überzeugung einbringen; denn gemeinsam sind wir im Norden stark. Gemeinsam und abgestimmt müssen wir die großen Zukunftschancen der Küste nutzen und ausbauen.

Gleiches gilt für die länderübergreifende Zusammenarbeit in der Metropolregion „Hamburg“ und in der Metropolregion „Bremen-Oldenburg im Nordwesten“. Auch hier wird erfolgreiche norddeutsche Zusammenarbeit praktiziert.

Ein deutsches Sprichwort sagt: Liebe deinen Nachbarn, aber reiße den Zaun nicht ein. - Dieses beschreibt gut unsere niedersächsische Haltung im Umgang mit den benachbarten Ländern im Norden.

Meine Damen und Herren, das Grundgesetz hat eine klare Entscheidung für den Bundesstaat getroffen. Die Bundesstaatlichkeit unterliegt der Ewigkeitsgarantie des Artikels 79 Abs. 3 des Grundgesetzes und kann auch mit einer noch so großen politischen Mehrheit nicht verändert werden. Diese Grundsatzentscheidung für den Bundesstaat ist auch eine Antwort auf unsere traurige Historie. Immer dann, wenn Deutschland zentralistisch organisiert war, hat unser Land keinen guten Lauf genommen. Deshalb ist der Bundesstaat an und für sich ein Wert, und deshalb ist die Wertentscheidung des Artikels 79 Abs. 3, dass wir ein fundamentales Staatsprinzip mit dem Föderalis-

mus haben, absolut richtig, und wir bekennen uns mit Nachdruck dazu.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, der Föderalismus hat unbestritten auch Nachteile. Er ist mühsam, er ist anstrengend, er verzögert manchmal politische Entscheidungen. Auf der anderen Seite ist der Föderalismus ein schützenswertes Gut. Denn Bundesstaatlichkeit bedeutet Wettbewerb. Bundesstaatlichkeit bedeutet Dezentralisierung der politischen Willensbildung und somit eine Stärkung der Demokratie vor Ort. Dass Deutschland viele Städte und Regionen mit gewachsenen kulturellen Traditionen hat, dass dieses Land sehr vielfältig ist und nicht wie andere zentralistisch auf *eine* Stadt zugeschnitten ist, das ist ein hohes Gut, von dem wir auch gerade in Niedersachsen sehr profitieren.

Meine Damen und Herren, ich bekenne mich zur engen Zusammenarbeit im norddeutschen Raum. Wer weiß, was die Zukunft uns noch bringen wird. Aber wichtiger erscheint mir eines: Abstrakte Debatten um eine Neugliederung der Länder sind für mich weniger wichtig als konkrete Schritte in der aktuellen Politik. - Wir wollen auch weiterhin unsere Zusammenarbeit auf der kommunalen und Landesebene - insbesondere mit Hamburg, Bremen und Bremerhaven - fortsetzen, indem wir in der täglichen Praxis für die Menschen die Landesgrenze überwinden. Ich bin mir ganz sicher: Konkrete Verbesserungen für die Lebensrealität der Menschen sind sinnvoller als abstrakte und theoretische Debatten ohne praktischen Bezug.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Viertens: Niedersachsen und der Bund.

Die deutsche Politik steht vor großen Herausforderungen: Klimawandel, Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Haushaltskonsolidierung, die Schaffung zukunftsfester sozialer Sicherungssysteme, Investitionen in Bildung und Forschung und die Gestaltung des demografischen Wandels.

Die Landesregierung wird im Bundesrat konstruktiv an guten und zukunftsweisenden Lösungen mitarbeiten. Mit der Bundesregierung von Kanzlerin Dr. Angela Merkel verbindet diese Landesregierung eine gemeinsame politische Überzeugung und ein gemeinsames politisches Wertesystem. Deshalb werden wir unsere guten Kontakte zum Bundeskanzleramt und zu den Berliner Ministerien nutzen. Wir setzen dabei auch und ganz beson-

ders auf unsere Niedersachsen in der Bundesregierung, auf Dr. Ursula von der Leyen und Dr. Philipp Rösler.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Gleichwohl gilt im Bundesrat: Erst Niedersachsen, dann die Parteien. - Wir werden stets das Wohl unseres Landes zur Grundlage unserer politischen Entscheidungen machen.

(Johanne Modder [SPD]: Daran werden Sie gemessen!)

Fünftens: Finanzen.

Wir nehmen die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse und das Neuverschuldungsverbot, das spätestens ab dem 1. Januar 2020 gilt, sehr ernst. Die neue Landesregierung hält daran fest, die Nettoneuverschuldung auf null herunterzuführen. Deshalb werden wir den Konsolidierungskurs der letzten sieben Jahre unseres erfolgreichen Finanzministers Hartmut Möllring konsequent fortsetzen, weil wir das der Zukunft unseres Landes, unserer Kinder und Enkelkinder schuldig sind.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die jüngste Haushaltsklausur des Bundeskabinetts war in dieser Hinsicht konstruktiv und zielorientiert. Die Bundesregierung hat mit ihren Beschlüssen das Ziel bekräftigt, 80 Milliarden Euro bis 2014 einzusparen. Spätestens im Jahr 2013 soll die Bundesrepublik die Defizitgrenze des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts wieder einhalten. Das ist notwendig und konsequent.

Deutschlands angekündigter Sparkurs wird zum weltweiten Vorbild. Ab 2011 wollen die mächtigsten Industriestaaten ihre Haushalte sanieren und die Defizite senken. Bis 2013 beabsichtigen die großen Industrieländer ihre Haushaltsdefizite zu halbieren. In sechs Jahren soll es - so haben es die Verantwortlichen in Toronto vereinbart - überhaupt keine neuen Schulden mehr geben. Ich sage Ihnen eines: So sehr man im Detail über die Beschlüsse von Toronto streiten kann - eines haben alle Industrieländer der Welt erkannt: Wer auf Pump wachsen will, stürzt über kurz oder lang ab. Stabiles Wachstum und sichere Arbeitsplätze brauchen vor allen Dingen solide Staatsfinanzen!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir in Niedersachsen können uns der finanzpolitischen Realität nicht entziehen. Wir haben einen Handlungsbedarf für den Landeshaushalt 2011 von rund 1,3 Milliarden Euro; das wissen Sie. Das ist für einen Landeshaushalt mit einem Umfang von rund 25 Milliarden Euro eine gewaltige, unvorstellbare Herausforderung.

Die Landesregierung wird sich am 1. und 2. August in Hannover zu einer Klausurtagung treffen, den Haushalt 2011 intensiv beraten und dem Landtag rechtzeitig einen umsichtig abgestimmten Entwurf vorlegen. Die Landesregierung wird dabei klare Prioritäten setzen müssen und verdeutlichen, warum bestimmte Bereiche nicht mehr im gleichen Umfang wie bisher Finanzmittel des Landes erhalten können. Meine Damen und Herren, alle Aufgaben und damit alle Ausgaben des Landes müssen nochmals auf den Prüfstand.

Die große Belastung des Landeshaushalts sind die öffentlichen Personalkosten. Wir wissen, dass wir die Haushaltsprobleme ohne weiteren Personalabbau im Landesdienst nicht werden lösen können. Wir werden daher auch, Herr Präsident Höpfer, die letzte Denkschrift des Landesrechnungshofes sorgfältig auswerten. Die Forderung nach Streichung von sage und schreibe 26 000 Stellen werden wir uns dabei aber nicht zueigen machen. Aber es müssen alle Möglichkeiten ausgelotet werden, um künftige Personalkosten so gering wie möglich zu halten.

Ich richte mich ausdrücklich an alle Abgeordneten des Parlaments. Sie wissen, die Klausurtagung war ursprünglich für den Juni vorgesehen. Wegen der aktuellen Ereignisse haben wir entschieden, diese Klausurtagung am 1. und 2. August durchzuführen. Ich versichere Ihnen aber, es bleibt ausreichend Zeit, dass es beim vereinbarten Terminplan bleibt: erste Lesung des Haushalts im September-Plenum, zweite Lesung im Dezember-Plenum. Wir werden ausreichend Zeit haben, alle Details des Landeshaushalts hier im Hause und darüber hinaus zu erörtern.

Aber um eines bitte ich schon jetzt: Allen denjenigen, die nach dem 1. und 2. August mehr versprechen, schlage ich einen Wettbewerb der Ideen vor, aber bitte mit konkreten und belastbaren Zahlen; denn wir haben eine gemeinsame Verantwortung für den Landeshaushalt. Ein Wunsch-dir-was kann es nicht geben. Damit werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sechstens: Wirtschaft, Arbeit, Verkehr.

Niedersachsen steht in diesen Krisenzeiten vergleichsweise gut da: Wir hatten im Juni 2010 im Vergleich zum Vorjahresmonat mit 7,3 % den niedrigsten Stand an Arbeitslosigkeit in einem Juni seit 1992. Die Jugendarbeitslosigkeit befindet sich im Vergleich zu den Vorjahresmonaten auf dem zweitniedrigsten Stand seit zwölf Jahren. Beim Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung liegt Niedersachsen auf Platz 1 der westdeutschen Länder.

Dennoch ist diese positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt kein Grund, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Alle unsere Anstrengungen in der Bundes- wie in der Landespolitik sollten wir auch zukünftig auf die Sicherung und Schaffung zusätzlicher Arbeits- und Ausbildungsplätze konzentrieren.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist Ausdruck der Solidarität und des sozialen Zusammenhalts. Wir haben in Deutschland insbesondere eine starke Tarifpartnerschaft von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Die Türen der Landesregierung stehen für alle berechtigten Interessen der Sozialpartner jederzeit offen. Das gilt für die Gewerkschaften ebenso wie für Unternehmen, Verbände und Kammern.

Ich habe mit Ursula von der Leyen gestern, am Rande der Bundesversammlung, nochmals über die aktuellen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt gesprochen. Ich glaube, es sind drei Bereiche, um die sich Politik insgesamt noch mehr als bisher kümmern muss. Es sind drei Gruppen, die bisher häufig unter ihrem Potenzial im Erwerbsleben geblieben sind. Ich nenne Ältere über 50, Frauen mit Kindern und Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Meine Damen und Herren, Investitionen in die Infrastruktur sind Zukunftsinvestitionen. Deshalb begrüßen wir die Ankündigung des Bundes, trotz der angespannten Haushaltslage weiterhin in die Infrastruktur zu investieren. Wir leben im Zeitalter der Globalisierung. Globalisierung bedeutet weltweiter Warenaustausch. Das bedeutet zuallererst, dass die Rolle der Häfen noch wichtiger wird. Alle Häfen werden in Deutschland ausgebaut - Hamburg, die bremischen Häfen und alle unsere Häfen an der niedersächsischen Küste. Sie alle kennen die Hafenprojekte in Emden, in Wilhelmshaven, in Brake, in Cuxhaven und in Stade-Bützfleth und allen voran natürlich den JadeWeserPort, den

ersten deutschen Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven.

Aber, meine Damen und Herren, der Ausbau der Häfen ist das eine, die Hafenhinterlandanbindung ist das andere. Bundesverkehrsminister Ramsauer hat mehrfach zu Recht betont, wie wichtig für alle Wirtschaftsstandorte in Deutschland exzellente Häfen und Hinterlandanbindungen sind. Wir setzen deshalb darauf, dass der Bund und die Deutsche Bahn AG entsprechende Zusagen einhalten. Das gilt insbesondere für die Anbindung an den JadeWeserPort.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, viele Infrastrukturvorhaben werden uns in den nächsten Jahren landespolitisch auch hier im Landtag und insbesondere in der Landesregierung beschäftigen, seien es die großen Schienenvorhaben - der zweigleisige Ausbau der DB-Strecke Hildesheim-Groß Gleidingen, das dritte Gleis zwischen Lüneburg und Stelle, die Elektrifizierung und der zweigleisige Ausbau von Wilhelmshaven-Oldenburg, die Ertüchtigung der EVB-Strecke von Bremerhaven über Bremervörde nach Rotenburg, um nur einige Beispiele zu nennen.

Gleiches gilt für die großen Straßenbauvorhaben: den sechsstreifigen Ausbau der A 1, den sechsstreifigen Ausbau der A 7, die Verlängerung der A 29 bis Wilhelmshaven, die Küstenautobahn mit fester Elbquerung von Westerstede über den Wessertunnel und Bremervörde Richtung Drochtersen, die A 39 von Lüneburg nach Wolfsburg oder die weiteren Bauabschnitte der A 26 von Stade in Richtung Hamburg.

Meine Damen und Herren, mit besonderer Freude haben wir letzte Woche vernommen, dass Staatssekretär Enak Ferlemann die Linienbestimmung für die Küstenautobahn A 20 abgeschlossen hat. Jetzt muss es weitergehen: Bis 2012 sollen die detaillierten technischen Entwürfe für die ausgewählte Trasse vorliegen. Ich bin mir ganz sicher: Die A 20 hat eine riesige strategische Bedeutung für uns im Norden. Das wird ganz bestimmt so sein. Eine Autobahn allein ist noch kein Garant für wirtschaftliche Dynamik, aber sie kann den Weg für eine dynamische Entwicklung mit Arbeitsplätzen und Wohlstand bahnen. Beides ist notwendig!

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie alle wissen: Beim Ausbau der Infrastruktur haben wir im Norden ein besonderes Problem.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Für Eingriffe in die Natur vom Straßenbau bis zu Industrieansiedlungen müssen bekanntlich vorrangig Ausgleichsflächen bereitgestellt werden. Das stellt uns vor immer größere Herausforderungen. Wir begrüßen die Ansage im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP im Bund, das Bundesnaturschutzgesetz entsprechend zu novellieren, um den Ländern abweichende Möglichkeiten einzuräumen. Ich bitte die Berliner Koalition, diesen Punkt des Koalitionsvertrages zügig umzusetzen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Gestatten Sie mir noch eine persönliche Anmerkung zur Verkehrspolitik. Beim Schienenpersonennahverkehr hat Niedersachsen traditionell einen bundesweiten Spitzenplatz inne. Das soll so bleiben. Ich werde mich in den nächsten Jahren dafür stark machen, dass wir neben der Deutsche Bahn AG als die Nummer eins im Wettbewerb weitere leistungsfähige Eisenbahnunternehmen haben, damit Wettbewerb auch tatsächlich stattfindet. Ich nenne stellvertretend die Nordwestbahn und den Metronom.

Siebtens: Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung.

Meine Damen und Herren, die Agrar- und Ernährungswirtschaft ist unser zweitwichtigster Wirtschaftsbereich nach der Automobilindustrie. Vier Themen möchte ich kurz ansprechen, die uns jetzt beschäftigen werden.

Erstens. Im Herbst wird die Europäische Kommission ihre Vorstellungen zur Neugestaltung einer Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 vorstellen. Ministerin Astrid Grotelüschen habe ich gebeten, dass wir frühzeitig unsere niedersächsischen Interessen in die Diskussion einbringen und entsprechend formulieren. Wir streben eine eindeutige und verlässliche Finanzierungsgrundlage für beide Säulen der GAP an.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweitens. Schon in Kürze werden wir das förmliche Abstimmungs- und Beteiligungsverfahren für die Fortschreibung des Landes-Raumordnungsprogramms einleiten. Wesentliche Fragen sind dabei die Anbindung der Offshorewindenergieanlagen an das landseitige Höchstspannungsnetz, die Weiterleitung der erzeugten Energie in die Verbrauchs-

schwerpunkte und das Repowering bestehender Windenergieanlagen.

Drittens. Das Bemühen der Landesregierung ist darauf gerichtet, den flächendeckenden Ausbau von schnellem Internet und die Bereitstellung von Breitbandanschlüssen weiter voranzutreiben. Mit Unterstützung von Bund und EU wird das Land bis Ende 2011 etwa 260 000 neue Endkundenstandorte in den ländlich strukturierten Gebieten unseres Landes erschließen.

(Zuruf von der SPD)

Und schließlich viertens. Diese Landesregierung wird einen Schwerpunkt auf den Verbraucherschutz legen. Verbraucherschutzpolitik ist Querschnittsaufgabe. Hier ist die Politik gefragt, um Verbraucherinnen und Verbraucher vor neuen Herausforderungen und Gefährdungen zu schützen.

(Björn Thümler [CDU]: Sehr gut!)

Achtens: Umwelt und Klimaschutz.

Für uns ist die Zukunft unserer Energieversorgung eines der strategischen Wachstums- und Zukunftsprojekte. Niedersachsen ist Energieland Nummer eins. Das wollen wir auch bleiben, gerade bei den erneuerbaren Energien.

Wir sind führend bei der Biomasse, und ebenso sind wir führend bei der installierten Windenergieleistung. Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat gerade in strukturschwachen Regionen spürbar zur Ansiedlung neuer Firmen beigetragen.

Die Umstellung auf neue, effiziente Umwelttechniken ist nicht nur ökonomisch ein Gewinn, er ist auch umweltpolitisch geboten. Wir wollen in Niedersachsen nachhaltig wachsen. Dabei ist die Klima- und Energiepolitik ganz zentral.

Meine Damen und Herren, um eines ganz deutlich hervorzuheben: Die Zukunft in Deutschland, die Zukunft in Europa gehört den erneuerbaren Energien. Die Umstellung von einer Ressourcen verbrauchenden Wirtschaftsweise auf Ressourcen schonende Umwelttechnologien ist das zentrale Wachstumsprojekt für das 21. Jahrhundert. Deutschland ist hier Weltmarktführer, und dieser Trend ist unumkehrbar.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Stefan Wenzel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, wir möchten, dass Niedersachsen zu den Gewinnern des Energiestruk-

turwandels im 21. Jahrhundert gehört. Deshalb gilt das Engagement der Landesregierung in den kommenden Jahren weiterhin den erneuerbaren Energien, der Biomasse, der Solartechnologie, der Geothermie und vor allen Dingen der Windenergie, wobei es im Offshorebereich riesige Potenziale für die Küste gibt.

Der Energieforschung kommt in den kommenden Jahren noch größere Bedeutung zu. Dies gilt bei den Erneuerbaren insbesondere für die Netz- und Speichertechnologien. Niedersachsen hat in diesem Bereich mit dem Energieforschungszentrum in Goslar eine gute Position inne.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bis zur vollständigen Umstellung auf die erneuerbaren Energien können wir auf die fossilen Energien und die Kernenergie nicht verzichten.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Es gibt Gutachten, die das Gegenteil belegen!)

Aber wir sollten ihren Anteil nach und nach reduzieren, abhängig davon, wie zügig der Ausbau der erneuerbaren Energien gelingt.

(Björn Thümler [CDU]: Richtig!)

Die konventionellen Energieträger sind derzeit noch die Grundlage für eine verlässliche, kostengünstige und umweltverträgliche Energieversorgung und damit für einen intelligenten Energiemix. Kohle und Gas müssen effizienter als bisher genutzt werden. Dafür wollen wir die Möglichkeiten des technischen Fortschritts im Interesse von Klimaschutz und Versorgungssicherheit nutzen. Wir haben mit der raumordnungsrechtlichen Ausweisung von Kraftwerksstandorten hierfür Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen.

Meine Damen und Herren, die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke ist nicht die zentrale Frage der Energiepolitik. Die zentrale Frage, die uns gerade in Niedersachsen interessiert, ist: Durch welche Rahmenbedingungen und durch welche Maßnahmen bringen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent voran, um unsere Ziele auch wirklich zu erreichen?

(Björn Thümler [CDU]: Sehr gut! - Zurufe von der SPD)

Es fehlen intelligente Netze. Es fehlen moderne Speichertechnologien. Es fehlt an neuen Technologien für mehr Effizienz. Oder um es positiv zu formulieren: Es gibt riesigen Investitionsbedarf und

große Märkte mit enormen wirtschaftlichen Chancen, von denen wir profitieren wollen. Meine Damen und Herren, das hat für uns Priorität.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Sie sind ein Laufzeitfragenkneifer!)

Mit Schacht Konrad in Salzgitter, der Schachtanlage Asse II in Remlingen und dem Erkundungsbergwerk Gorleben ist gerade Niedersachsen in vielfältiger Art und Weise mit Fragen und Problemen der Endlagerung radioaktiver Abfälle konfrontiert. Dabei spielen für mich die Interessen des Landes und unserer Bürger eine entscheidende Rolle. Deshalb setzen wir uns, was da jetzt auch kommen möge, für transparente Verfahren unter größtmöglicher Beteiligung der Öffentlichkeit ein. Das ist ganz entscheidend!

(Zuruf von der SPD: Donnerwetter! - Zurufe von den GRÜNEN)

Weitere Schwerpunkte unserer Arbeit werden in den kommenden Jahren die Deichsicherheit und der Küstenschutz sein. Hier hat der Umweltminister mit dem Generalplan Küstenschutz vor wenigen Wochen einen eindrucksvollen Maßstab gesetzt.

Noch eine Anmerkung zur Umweltpolitik: Bei unseren beiden Ästuaren, für die beiden großen Flüsse Elbe und Weser, stehen jetzt die entscheidenden Monate in den Planfeststellungsverfahren für die weiteren Vertiefungen an - oder auch nicht. Eines darf ich Ihnen versichern: Diese Niedersächsische Landesregierung und insbesondere unser Umweltminister Hans-Heinrich Sander können sich darauf verlassen: Wir werden die Interessen der Menschen hinter dem Deich wirkungsvoll vertreten. Für uns hat die Deichsicherheit oberste Priorität und ist nicht verhandelbar.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Neuntens: Kultus.

In den letzten Jahren haben wir mit dem Krippenausbau, mit dem beitragsfreien Kindergartenjahr,

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Schlusslicht!)

mit dem Orientierungsplan, mit dem Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige und anderem bei der weiteren Entwicklung der frühkindlichen Bildung Maßstäbe gesetzt. Wir haben den Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen konsequent fortgesetzt, und die Anzahl der Schulabgänger ohne

Abschluss ist seit 2003 von 10,5 % auf 6,2 % abgesunken.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden auch zukünftig die Schul- und Bildungspolitik in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen.

Wir müssen uns deshalb noch stärker um die Ausbildungsfähigkeit unserer Schulabgänger - insbesondere von Kindern mit Migrationshintergrund - durch die Zusammenarbeit z. B. von Hauptschulen und berufsbildenden Schulen kümmern. Hierzu hat Kultusminister Bernd Althusmann einen klaren Auftrag.

Unsere Schulen müssen von bürokratischen Auflagen befreit werden, damit Lehrer mehr Zeit für den Unterricht haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Künftig soll es im Wesentlichen schulform- und anlassbezogene Prüfungen durch die Schulinspektion geben. Es wird das richtige und wichtige Instrument der Schulinspektionen weiterhin geben, aber zielgenauer und mit weniger Aufwand für unsere Schulen. Auch bei Vergleichsarbeiten werden wir zu einem gesunden Maß zurückfinden. Es wird abzuwägen sein, ob wir die Teilnahme nicht zwingend vorschreiben, sondern verstärkt fachbezogen und stärker freiwillig gestalten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Dann habt ihr keinen Vergleich mehr!)

Meine Damen und Herren, wir alle wissen: In den nächsten Jahren werden die Schülerzahlen regional unterschiedlich zwischen 20 % und 40 % zurückgehen. Das heißt, wir müssen ehrlich, vorurteilsfrei und unideologisch über die zukünftige Ausgestaltung der Schullandschaft in Niedersachsen sprechen.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Dann fangen Sie mal an! - Kreszentia Flauger [LINKE]: Das wäre mal was Neues!)

Für mich bedeutet das konkret: Schule braucht Vielfalt statt Einfalt. Die ideologischen Strukturdebatten sollten endlich beendet werden.

(Kreszentia Flauger [LINKE] - zur CDU und zur FDP -: Hören Sie auf den Ministerpräsidenten! - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns diese Fragen überwinden! Das ist ein Appell an das ganze Haus, aber gerade auch an Sie.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Schostok, Herr Wenzel, ich freue mich über Ihre Einsicht. Das ist eine späte Einsicht, es ist aber eine gute Einsicht.

Wir wollen unser differenziertes und begabungsgerechtes Schulwesen behutsam fortentwickeln.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Ungerechtes! - Weitere Zurufe)

- Ich habe doch gerade gesagt, wir stehen für Vielfalt. Beruhigen Sie sich doch! Die Gesamtschulen sind eine wichtige Ergänzung des bestehenden Schulangebots.

(Ina Korter [GRÜNE]: Nur ein Ergänzungsangebot!)

Das ist doch völlig unbestritten. Aber ich möchte gerne, dass Sie auch akzeptieren dass es neben der Einheitsschule mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium auch andere Schulformen gibt, die wertvolle Arbeit leisten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, deshalb sollten wir den demografischen Wandel, der jetzt kommt, als Chance und Auftrag zugleich annehmen.

(Johanne Modder [SPD]: Der ist schon da!)

Das Land wird die Schulträger als Verantwortliche für die Schulentwicklungsplanung dabei unterstützen, wenn sie ihre Schullandschaft aufgrund des demografischen Wandels anpassen müssen.

Unter Federführung des Kultusministeriums wird in Abstimmung mit den Kommunen im August eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die kommunale Forderung nach mehr Flexibilität bei der Entwicklung wohnortnaher Schulstrukturen prüft und umsetzt. Gleichwohl muss neben Standortfragen die Schulqualität im Vordergrund stehen. Wir setzen auf Flexibilisierung und adäquate, passgenaue Lösungen vor Ort.

(Johanne Modder [SPD]: Da bin ich gespannt!)

Die Anhörung zur neuen Verordnung zur Schulorganisation wird die Landesregierung nutzen, um

alle Argumente abzuwägen. Dann werden wir entscheiden, wohin sich unsere Schulstrukturen angesichts der demografischen Herausforderung und unter Berücksichtigung des Elternwillens entwickeln.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Gilt denn der Koalitionsvertrag oder nicht?)

Gemeinsam wollen wir Antworten auf sich abzeichnende Entwicklungen - wie den zum Teil erheblichen Rückgang bei den Anmeldungen an den Hauptschulen - erarbeiten. Schon heute ist genauso absehbar, dass im Grundschulbereich in den nächsten Jahren - wenn auch regional sehr unterschiedlich - gravierende Schülerrückgänge die Schulträger vor erhebliche Probleme stellen werden. Deshalb wird die Landesregierung als Partner der Kommunen kurzfristig Wege aufzeigen, um z. B. kommunale Schulverbände attraktiver zu machen oder die Qualität von Ganztagsangeboten zu verbessern.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung möchte den Lehrerverbänden, den Elternvertretern, den Schülervertretern und den kommunalen Spitzenverbänden anbieten, einen Zukunftsvertrag Schule, einen Pakt für gute Bildung abzuschließen.

(Johanne Modder [SPD]: Noch einen?)

Dieser Vertrag soll allen Beteiligten Planungs- und Handlungssicherheit geben.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Wie viele Verträge gibt es denn schon?)

Kultusminister Dr. Althusmann ist dazu mit den Betreffenden im Gespräch, um konkrete Vereinbarungen über eine Senkung von Klassenobergrenzen für die weiterführenden Schulen und über eine eigene Arbeitszeitverordnung für Schulleiter sowie über eine weitere Entlastung von Schulen zu treffen.

Eine Erhöhung der schulformbezogenen Lehrerwochenstunden ist von mir nicht geplant und nicht gewollt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die größte aktuelle bildungspolitische Herausforderung wird kurzfristig allerdings der doppelte Abiturjahrgang im kommenden Jahr sein. 2011 werden in Niedersachsen bekanntlich zwei Abiturjahrgän-

ge gleichzeitig die Schule verlassen und ihre Ausbildung bzw. ihr Studium beginnen. Das sind rund 25 000 Abiturienten mehr als sonst. Kultusminister Dr. Althusmann und Wissenschaftsministerin Professor Wanka habe ich deshalb gebeten, dem Kabinett künftig regelmäßig zu berichten, wie unsere Maßnahmen greifen und wo es Nachsteuerungsbedarf gibt. Die betroffenen Schüler - und damit meine ich nicht nur die mit Abitur, sondern auch die Haupt- und Realschulabsolventen dieses Jahrgangs - können sich darauf verlassen: Die Landesregierung wird alles dafür tun, damit ausreichend Studienplätze zur Verfügung stehen und alle Ausbildungswilligen ein Angebot erhalten. Hierzu setzen wir auf eine gute Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Arbeitsagentur.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Gestatten Sie mir noch zwei Anmerkungen zur Politik des Kultusministeriums.

Erstens. Die nächste IdeenExpo findet vom 27. August bis 4. September 2011 in Hannover statt. Christian Wulff hat dieses Projekt für Jugend, Zukunft und Technikbegeisterung aus der Taufe gehoben. Es lohnt sich fortgesetzt zu werden.

Zweitens. Mit der katholischen Kirche und den fünf evangelischen Kirchen in Niedersachsen pflegt diese Landesregierung einen engen und vertrauensvollen Dialog. Gleiches gilt für die jüdischen Gemeinden. Im Rahmen der bestehenden runden Tische wird die Landesregierung auch den konstruktiven Dialog mit den muslimischen Organisationen fortsetzen.

(Johanne Modder [SPD]: Das erwarten wir auch!)

Zehntens: Wissenschaft und Kultur.

Niedersachsen hat exzellente Studienmöglichkeiten anzubieten. Die Qualität der Lehre ist entscheidend. Wichtig ist uns ebenso, dass sich die Studierenden in Niedersachsen wohlfühlen, dass sie gerne zu uns kommen, bleiben und ihr erworbenes Wissen hier anwenden.

Meine Damen und Herren, die niedersächsischen Hochschulen haben dank des vor wenigen Tagen abgeschlossenen und zwischen Frau Professor Wanka und mir abgestimmten Zukunftsvertrages II Planungssicherheit bis 2015. Zusammen mit unseren Hochschulen werden wir alles tun, um die Studienbedingungen weiter zu verbessern und den Bologna-Prozess zugunsten der Studierenden vor-

anzubringen. Meine Damen und Herren, dieser Zukunftsvertrag mit den Hochschulen ist allerorten an den Hochschulen gelobt worden. Dafür haben wir große Anerkennung bekommen. Denn er schafft Planungssicherheit. Das ist kluge, wegweisende Hochschulpolitik dieser Landesregierung.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, mein Ziel bleibt es, die Quote der Studierenden aus den sogenannten bildungsfernen Schichten zu verbessern. Ich will damit die gesellschaftliche Teilhabe steigern und zugleich dem Fachkräftebedarf gerecht werden. Daher habe ich die Wissenschaftsministerin gebeten, eine Analyse der entscheidenden Hemmnisse in Auftrag zu geben, damit wir daraus konkrete landespolitische Schlussfolgerungen ableiten können.

(Hans-Henning Adler [LINKE]: Studiengebühren!)

Meine Damen und Herren, die Innovationstätigkeit in unserem Land ist beeindruckend. Wir wollen sie weiter steigern - sei es das CFK-Valley in Stade oder das Laserzentrum in Hannover.

Insbesondere in der Medizin benötigen wir eine noch raschere Umsetzung von Forschungsergebnissen. Gelungen ist uns das bereits in der Infektions- und in der Implantatforschung. In Niedersachsen gibt es mit der MHH und der Universitätsmedizin in Göttingen zwei hervorragende Einrichtungen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Umsetzung der Forschungsergebnisse noch schneller als bislang erfolgen wird, auch zum Vorteil der Krankenkassen und Kassenärzte. Dazu werden die Wissenschafts- und die Sozialministerin zügig das Gespräch mit den entsprechenden Ausbildungseinrichtungen in Hannover und Göttingen führen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird den Weg fortsetzen, der mit der Regionalisierung der Kulturförderung auf die Landschaften und Landschaftsverbände begonnen wurde: Die Kulturförderung soll näher zu den Menschen. Wir sind auf dem richtigen Weg. Dazu gibt es zahlreiche Projekte, die Sie größtenteils auch kennen.

Niederdeutsch und Saterfriesisch sind wichtige Kulturgüter in unserem Land. Auf einem Weg zu einem mehrsprachigen Europa ist die Pflege dieser

Regional- und Minderheitensprachen von entscheidender Bedeutung. Die Landesregierung wird sie nach wie vor nach Kräften unterstützen, insbesondere auf der Grundlage der Landtagsentschließung vom 24. Februar 2005.

Zum Denkmalschutzrecht: Die Landesregierung beabsichtigt, noch in diesem Jahr einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen. Wir wollen ein modernes Denkmalschutzrecht, das Fragen der Barrierefreiheit, der Energieeffizienz und des Klimaschutzes berücksichtigt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Elftens: Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration.

Es gibt in diesem Land eine große Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dieses Engagement ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Wir werden alles dafür tun, um dieses Engagement zu unterstützen. Mit den kommunalen Spitzenverbänden möchte ich diese Fragen erörtern. Ziel ist es, Anfang des kommenden Jahres eine gemeinsame Erklärung zur abgestimmten Förderpraxis in Niedersachsen vorzulegen.

Meine Damen und Herren, meine Landesregierung wird in den kommenden Monaten Vorschriften, die ältere Menschen vom gesellschaftlichen Leben oder von einem bürgerschaftlichen Engagement ausschließen, systematisch und sehr kritisch überprüfen. Ich denke dabei beispielsweise an die bestehenden Altersgrenzen für Schöffen oder bei der Wahl von kommunalen Hauptverwaltungsbeamten. Lebenserfahrung ist ein besonders wertvolles Kapital, auf das wir nicht verzichten können und auch nicht verzichten wollen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Familienpolitik, Gesundheitspolitik, Gleichstellungspolitik für Menschen mit Behinderungen - alles das sind Themen, die bei der neuen Ministerin Aygül Özkan in guten Händen sind.

Das Heimgesetz wird in diesem Halbjahr im Landtag beraten werden. Die Anhörung dazu soll im September stattfinden. Das Gesetz könnte dann Anfang 2011 in Kraft treten.

Im Sommer wird das Kabinett die Novelle zur Bauordnung zur Verbandsanhörung freigeben. Die Einbringung in den Landtag ist für Oktober geplant. Mit der Novelle wollen wir den Katalog der verfahrensfreien Baumaßnahmen erweitern, das vereinfachte Baugenehmigungsverfahren zur Regel ma-

chen und, lieber Kollege Bachmann, den Einbau von Rauchmeldern in Wohnungen zur Pflicht machen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist eine Kernaufgabe. Ich halte sie für eine der größten gesellschaftspolitischen Herausforderungen in diesem Land. Das Thema ist von Ministerin Özkan im Landtag bereits umfassend dargestellt worden. Mir geht es vor allen Dingen um eines: Es geht mir um die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufs- und Hochschulabschlüssen. Heute arbeiten lediglich 16 % der Migranten in ihrem erlernten Beruf. Dies bedeutet umgekehrt, dass rund 500 000 Migrantinnen und Migranten in Deutschland nicht ihrer Qualifikation entsprechend eingesetzt werden. Hier müssen wir mehr leisten! Hier müssen wir mehr erreichen! Angesichts der demografischen Entwicklung, angesichts der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt können wir es uns auf Dauer nicht leisten, diese Qualifikationen nicht vernünftig abzurufen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zwölftens: Inneres.

Auf die Erfolgsbilanz von Polizei und Justiz, Herr Minister Schönemann, habe ich bereits zu Beginn meiner Regierungserklärung hingewiesen. Ich möchte Sie kurz davon in Kenntnis setzen, wie es in der Innenpolitik in anderen Bereichen weitergeht.

Die dritte Stufe der Verwaltungsmodernisierung steht jetzt an. Bis 2015 wird das Land weitere 1 500 Stellen abbauen. Eines ist mir ganz wichtig: In einem Flächenland wie Niedersachsen ist es sinnvoll, Aufgaben von Landesdienststellen vor Ort wahrnehmen zu lassen. Die Fachkompetenz und den erforderlichen, auch räumlichen Bezug zur Entscheidung gilt es in der Fläche zu erhalten. Die Ämter für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften - GLL - sind einhellig als Erfolgsmodell in der Fläche anerkannt.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden bis zur Kabinettsklausur am 1. und 2. August ausloten, wie wir weitere Synergien in Zusammenarbeit mit anderen Landesbehörden umsetzen können.

Die Regierungsvertretungen sind als regionale Repräsentanzen der obersten Landesbehörden Botschafter des Landes in der Fläche. Als solche sorgen sie dafür, dass die Landesregierung über wesentliche raumbedeutsame oder strukturpolitisch wichtige Entwicklungen in allen Landesteilen möglichst frühzeitig unterrichtet ist. Dieses Profil wollen wir weiter schärfen. Das künftige Aufgabenspektrum der Regierungsvertretungen in Oldenburg, Braunschweig und Lüneburg wird sich auf raumbedeutsame und strukturpolitische Fragestellungen konzentrieren.

Die Kommunen brauchen die Unterstützung des Landes. Unterstützung bedeutet vor allem: erstens ein attraktiver rechtlicher Rahmen, zweitens zukunftsfähige Strukturen und drittens eine angemessene finanzielle Unterstützung.

Zu 1: Das neue Kommunalverfassungsrecht soll rechtzeitig vor Beginn der nächsten Kommunalwahlperiode am 1. November 2011 in Kraft treten. Damit schaffen wir einen attraktiveren rechtlichen Rahmen für kommunalpolitische Tätigkeit. Ich freue mich auf die spannenden Debatten im Niedersächsischen Landtag zu diesem Thema.

(Johanne Modder [SPD]: Wir auch!)

- Es ist schön, dass auch Sie sich darauf freuen; denn Sie sind ja auch Parlamentarier. Es wäre ja schade, wenn Sie das nicht tun würden.

Zu 2: Diese Landesregierung steht für moderne, zukunftsfähige kommunale Strukturen. Der mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbarte Zukunftsvertrag bietet eine gute Grundlage dafür. Jetzt ist die Zeit für die Kommunen, sich freiwillig zu verändern. Jetzt sollten die Kommunen diese Zeit auch tatsächlich nutzen. Die Umsetzung des Zukunftsvertrages läuft. Lenkungs- und Arbeitsgruppen sind eingerichtet und können bereits erste Ergebnisse vorweisen. Dies betrifft vor allem die weitere Kommunalisierung von Landesaufgaben sowie die Entschuldung vor allem fusionswilliger Gemeinden.

Ich habe Innenminister Uwe Schönemann gebeten zu prüfen, wie die Frist für die Anträge der Kommunen auf Entschuldungshilfen bei freiwilligen Fusionen vom 31. Oktober 2011 auf das Frühjahr 2012 verlängert werden kann. Dann könnten auch die neu gewählten Räte und Kreistage nach Beginn der neuen Kommunalwahlperiode am 1. November 2011 noch wegweisende Beschlüsse fassen, wenn sie es denn wollen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Seit wenigen Tagen liegt dem Innenminister eine rund 430 Seiten umfassende Untersuchung der Kommunalstrukturen in Niedersachsen vor. Der Innenminister wird dieses Gutachten jetzt über die kommunalen Spitzenverbände allen Kommunen im Lande zugänglich machen. So viel deutet sich aber nach einer allerersten Betrachtung bereits an: Unsere kommunalen Strukturen entsprechen in bestimmten Regionen nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Wir müssen den aus vielerlei Gründen und insbesondere wegen der unausweichlichen demografischen Entwicklung bestehenden Handlungsbedarf aufgreifen, um im Harz, im Weserbergland, im Nordosten und an der Küste ein wesentliches Stück Zukunft zu sichern. Wir müssen im Interesse der zukünftigen kommunalen Selbstverwaltung diese Debatte führen. Wir werden sie in engem Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden und den betroffenen Kommunen auch tatsächlich führen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zu 3: Die Zukunft der Kommunalfinzen entscheidet sich ganz maßgeblich im Bund. Die Kommunen müssen endlich in die Lage versetzt werden, mittelfristig sicher planen zu können. Deshalb arbeitet Innenminister Uwe Schünemann aktiv in der Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene mit, die genau das Ziel hat, die kommunalen Finanzen zukunftsfest zu machen. Uwe Schünemann wird dem Kabinett und auch dem Landtag regelmäßig über den Fortgang der Beratungen berichten.

Dreizehtens: Justiz.

Das Land wird auch künftig für eine leistungsfähige und bürgernahe Justiz in der Fläche Sorge tragen. Durch Justizzentren und eine verstärkte Zusammenarbeit vor Ort soll die Effizienz unserer Gerichte weiter erhöht werden. Gleichzeitig wollen wir vorhandene Gerichtsstandorte in der Fläche sichern.

Der Ausbau der außergerichtlichen Streitbeilegung stärkt den Rechtsfrieden und entlastet die Gerichte. Nachdem bereits zum 1. Januar 2010 das Niedersächsische Schlichtungsgesetz in Kraft getreten ist, werden wir jetzt auf die Verabschiedung eines Bundesmediationsgesetzes hinwirken. Das Bundesjustizministerium hat die Vorlage eines entsprechenden Referentenentwurfs noch in diesem

Monat zugesagt. Wir wollen, dass noch in diesem Jahr ein entsprechender Fachkongress in Hannover stattfindet, weil auch wir einen Beitrag dazu leisten wollen, die außergerichtliche Streitbeilegung weiter zu verbessern.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang noch eine Anmerkung. Wir wollen die hohe Qualität des niedersächsischen Justizvollzugs konsequent ausbauen und werden den bereits eingeschlagenen Weg der Neuordnung des Justizvollzugs fortsetzen. Das Land wird kleine und unwirtschaftliche Vollzugseinrichtungen schließen und - die Wirtschaftlichkeit vorausgesetzt - durch den Bau einer neuen Justizvollzugsanstalt in Bremervörde die Haftraumstandards und die Möglichkeiten zur Einzelunterbringung weiter verbessern.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**(Vizepräsident Dieter Möhrmann übernimmt den Vorsitz)**

Zum Schluss - das vierzehnte Politikfeld -: Medienpolitik.

Dazu möchte ich drei Anmerkungen machen.

Erstens. Wir glauben, dass das Mediengesetz, das sich zurzeit in der Beratung befindet, einen Beitrag leisten kann, um den Medienstandort Niedersachsen zu verbessern. Wir möchten, dass dieses Gesetz in diesem Jahr zu Ende beraten wird, sodass die Angebote zum 1. Januar 2011 starten können.

Zweitens. Mit dem Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag wird eine Neukonzeption der Rundfunkgebührenordnung einhergehen. Wir gehen davon aus, dass dieser Staatsvertrag zum 1. Januar 2013 in Kraft treten kann.

Drittens. Wir bekennen uns zum Norddeutschen Rundfunk. Wir bekennen uns zu der gemeinsamen Vier-Länder-Anstalt. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass eine langjährige Forderung der Landesregierung - auch von den Oppositionsfraktionen - und unseres Ministerpräsidenten Christian Wulff umgesetzt worden ist. Ab nächstem Jahr soll eine weitere regionale Nachrichtensendung im NDR produziert werden. Sie wird um 21.45 Uhr gesendet. Diese Sendung wird in Hannover im Landesfunkhaus am Maschsee produziert. Das stärkt den Medienstandort Hannover. Das ist eine tolle Botschaft!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden in den nächsten Monaten und Jahren kontrovers über die Regierungspolitik streiten. Das ist ganz normal. Ich wünsche mir eine kritische Begleitung durch die Opposition. Ich wiederhole mich: Opposition ist geradezu konstitutiv für die Demokratie. Wir wollen einen interessanten Wettbewerb der Ideen und der entsprechenden Anregungen.

Ich bitte alle Menschen in Niedersachsen: Beteiligen Sie sich am Willensbildungsprozess, beteiligen Sie sich an der Gestaltung unseres Landes!

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das Volksbegehren zur guten Schule läuft jetzt gerade!)

Insbesondere die zahlreichen Ehrenamtlichen im sozialen und kulturellen Bereich, im Sport, in den Heimatvereinen, in den Gewerkschaften und in anderen Organisationen und Kammern, alle sind herzlich eingeladen mitzumachen.

Ich schließe mit einem Zitat unseres ersten Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf. Hinrich Wilhelm Kopf, ein großer Sozialdemokrat, erklärte am 9. Dezember 1946 in unserem Landesparlament Folgendes - ich zitiere -:

„Die Demokratie ist auf das Zusammenwirken gleichberechtigter Staatsbürger angewiesen. Im sachlichen Meinungsstreit, der auch schärfste sachliche Kritik nicht scheuen darf, müssen die das öffentliche Leben bestimmenden Entschlüsse zustande kommen. Nur sachliche Kritik und sachliche Argumente sind wertvoll und förderlich. Alles andere schadet nur, lenkt die Diskussion von der gemeinsamen Aufgabe ab und führt zu unsachlichen und schädlichen Entscheidungen.“

Diese Prinzipien von Hinrich Wilhelm Kopf haben bis heute nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Wir wissen oder können ahnen, wie schwierig es damals nach der Stunde null gewesen sein muss, dieses Land wieder aufzubauen.

(Daniela Behrens [SPD]: Das haben die Sozis gemacht!)

Wir wissen, welche Entwicklung Niedersachsen in den letzten 64 Jahren genommen hat. Wir können gemeinsam stolz auf das Erreichte sein. Wir können gemeinsam weiterhin viel für unser Land erreichen, wenn wir das Richtige tun. Dafür brauchen

wir Optimismus, Tatkraft und Mut zur Verantwortung.

Meinen kleinen Beitrag möchte ich mit Gottes Hilfe dazu leisten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Stürmischer, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### **Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Herrn Ministerpräsidenten McAllister für die Abgabe der Regierungserklärung.

Ich stelle fest, dass seine Rede etwas über eine Stunde gedauert hat.

Wir kommen jetzt zur

#### **Aussprache über die Regierungserklärung**

Nach den Gepflogenheiten des Hauses haben die großen Fraktionen die gleiche Redezeit und die kleineren Fraktionen jeweils die Hälfte davon zur Verfügung.

Der nächste Redner ist Herr Schostok für die SPD-Fraktion. Bitte schön!

#### **Stefan Schostok (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich zu Beginn einem guten demokratischen Brauch folgen und zum Wechsel dem ehemaligen Ministerpräsidenten Herrn Wulff einen Dank aussprechen. Die mehr als 20 Jahre seiner demokratischen Arbeit für Niedersachsen werden in Erinnerung bleiben. Für das neue Amt wünschen wir ihm alles Gute!

(Lebhafter Beifall)

Ihnen, Herr Ministerpräsident McAllister, darf ich auch im Namen der SPD-Fraktion ganz herzlich gratulieren. Wir wünschen Ihnen eine glückliche Hand bei allen Entscheidungen und uns, dass diese Entscheidungen zum Wohle unseres Landes Niedersachsen sein mögen. Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Bei allen Glückwünschen - ich stehe hier als Oppositionsführer, der die Sorgen und Nöte der Menschen in Niedersachsen im Blick hat. Lassen Sie

mich deswegen zunächst ein Wort zur Präsidentenwahl am gestrigen Tag sagen.

Aus meiner Sicht war das ein Tag der verpassten Chancen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der selbst beschworene Neuanfang von Schwarz-Gelb ist Ihnen nicht gelungen. Die Wahl des Bundespräsidenten ist leider in das politische Gezänk hineingezogen worden.

(Karl-Heinz Klare [CDU] lacht - Zurufe von der CDU-Fraktion)

Vielleicht ist das auch ein Grund dafür, dass Herr Gauck eine so große Zustimmung erfahren hat - sogar aus Ihren Reihen. Das sollte uns und Ihnen wirklich zu denken geben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung von Dr. Manfred Sohn [LINKE])

Aber auch die Linke hat durch die Nichtwahl von Joachim Gauck die Chance verpasst, sich als politisch ernst zu nehmende Kraft zu beweisen. Das sehen wir als sehr problematisch an.

Die Beschädigung des Amtes, die durch den Rücktritt von Herrn Köhler eingetreten ist, ist leider auch durch den gestrigen Tag nicht repariert worden. Diese Bundespräsidentenwahl hätte eigentlich ein Festtag der Demokratie sein müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, auch ein Aufbruch zu einer neuen politischen Kultur ist gestern wahrlich verpasst worden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident McAllister, auch Opposition ist natürlich kein Selbstzweck. Wir bieten Ihnen weiterhin eine kritisch-konstruktive Zusammenarbeit hier im Parlament an. Wir nehmen unsere Kontrollfunktion wirklich ernst, wir nehmen sie wahr, und wir werden dort bessere Vorschläge unterbreiten, wo uns Ihre als nicht ausreichend erscheinen. Sie können also mit einer ganzen Reihe von Vorschlägen rechnen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mit uns wir es kein „Weiter so“ geben. Herr Ministerpräsident, Sie haben wahrlich eine schwierige Aufgabe übernommen, aber dies vor allem wegen der Erblasten Ihres alten und Ihres neuen Kabi-

netts. Wir haben von Ihnen heute eine Zäsur in der Regierungspolitik erwartet. Dieses Signal haben wir durch Ihre Regierungserklärung heute leider nicht vernommen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aus unserer Sicht ist diese Regierungserklärung eher ein untauglicher Versuch Ihrerseits gewesen, sich eine staatsmännische Attitüde zu geben. Sie waren wirklich redlich bemüht, den alten Politiker McAllister hinter sich zu lassen. Sie waren ja bisher der Mann fürs Grobe in der Regierungsfraktion. Nun wollen Sie den Staatsmann geben. Aber wir haben Ihre Angriffe und Ihre Unbeherrschtheit in der Vergangenheit nicht vergessen. Deshalb werden wir jetzt sehr sorgfältig beobachten, ob Sie wirklich wandlungsfähig sind, Herr McAllister.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, vor Ihrer Regierungserklärung fragten wir uns vor allem, ob Sie tatsächlich in der Lage sind, dem Land eine neue Zukunftsperspektive zu geben oder sie zu entwickeln. Wir sind durch Ihre Regierungserklärung wirklich enttäuscht worden.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Aber, meine Damen und Herren, woher soll es denn auch kommen? - Ich will einen kleinen Rückblick wagen. Wulffs Agenda 2003 bis 2008 war schnell verbraucht. Ich erinnere an das Sparprogramm, das Sie bis auf die Knochen betrieben haben. Ich erinnere an Ihre antiquierte Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Ich erinnere an die Politik, die gegen die Interessen der Menschen in diesem Land gerichtet war. Ich möchte Sie an das Streichen des Landesblindengeldes erinnern. Ich möchte Sie an das Totalerrichtungsverbot für Gesamtschulen erinnern. Ich möchte Sie an die Massenproteste von Schülern, Eltern und Lehrern erinnern. Ich möchte Sie auch an die zahlreichen Verfassungsbrüche im Rahmen der Haushaltsgesetze und der Innenpolitik erinnern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der LINKEN)

Nicht vergessen ist auch die unsägliche Umweltpolitik dieser Koalition, auch die Unzufriedenheit der Kommunen mit Ihrer Arbeit. Das alles stellt keine

Ruhmesbilanz dieser Arbeit in den vergangenen Jahren dar.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber vor zweieinhalb Jahren, zu Beginn der zweiten Legislaturperiode, sollte ja alles besser werden. Doch daraus wurde nichts. Nach einem verpatzten Neustart 2008 mit einem katastrophalen Ringtausch der Ministerinnen und Minister wurde es noch schlimmer. Ich erinnere mich an die Kultusministerin. Sie kam mit der Bildungspolitik in Niedersachsen vom Regen in die Traufe. Ich erinnere mich an die Umweltpolitik. Sie setzten seitdem wieder auf das Atomklo Niedersachsen. Ich erinnere auch an die Wirtschaftspolitik. Dazu ist Ihnen bisher außer Streichungen kein einziger innovativer Ansatz eingefallen.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

All das haben Sie, Herr Ministerpräsident, immer wieder hartnäckig verteidigt. Sie waren sehr gut, und Sie waren immer dann zur Stelle, wenn es nötig war, Ministerinnen und Minister herauszuheulen. Sie haben aber in den letzten Jahren keine eigene Akzente gesetzt, selbst dann nicht, als Sie Landesvorsitzender wurden. Als Wulffs Adlatus wurden Sie mitsamt Ihrer CDU-Fraktion nur als Anhängsel dieser Landesregierung verstanden. Sie wurden nur als Stütze Ihres Ministerpräsidenten wahrgenommen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir erinnern uns an die Zeit vor acht Wochen, die letzte Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsidenten Wulff. Es ging um die Frage: Wie gehen wir mit der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise um? Welche Perspektive hat Niedersachsen bis zum Jahr 2020? - Wir waren ratlos. Wir waren hilflos hinterlassen worden. Sie haben mit dieser Regierungserklärung keine einzige Antwort gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Auch Ihre Regierungserklärung heute hat sehr viel Pathos enthalten, keine Frage. Aber Sie haben im Kern keine einzige Antwort gegeben. Es gibt keinen einzigen neuen Impuls. Sie haben mit dieser Regierungserklärung keinen einzigen neuen Akzent gesetzt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr McAllister, man nennt das dann immer: Es war ein ganz großes Kino. Aber es war eine extrem dünne Handlung, Herr McAllister.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir haben Ihr Programm genau gehört. Ich habe für mich einige Punkte herausgenommen. In der Schulpolitik bilden Sie mit den Kommunen zukünftig eine Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe wird mehr Flexibilität für wohnortnahe Schulstrukturen prüfen.

(Zuruf von der SPD: Donnerwetter!)

In der Hochschulpolitik bitten sie die Wissenschaftsministerin, eine Analyse in Auftrag zu geben,

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Wow!)

damit sie herausfinden kann, was die entscheidenden Hindernisse dafür sind, dass die Quote der Studierenden aus den sogenannten bildungsfernen Schichten so niedrig ist.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Was könnte das wohl sein?)

Da könnten wir Ihnen helfen. Das Geld könnten Sie sich sparen, Herr McAllister.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein dritter Vorschlag: In der Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik geben Sie jetzt ein Innovationskonzept in Auftrag, um den Wissenstransfer zu fördern. Was war denn mit Ihrem Innovationsfonds? - Der scheint gescheitert zu sein. Kein Wort von Ihnen dazu in dieser Regierungserklärung!

Oder die Förderung des Ehrenamtes, des ehrenamtlichen Engagements: Sie bilden jetzt mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Gesprächsrunde.

Oder in der Familienpolitik lassen Sie jetzt eine Bestandsaufnahme erstellen, um Strukturen zu prüfen,

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Mutig!)

also Doppelstrukturen, die Sie in Niedersachsen selber eingeführt haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Um die Zusammenarbeit von Ärzten, Krankenhäusern und Pflegediensten zu fördern, soll zukünftig

mindestens in einer Region ein Modellprojekt für die Gesundheitsversorgung auf den Weg gebracht werden.

In der Migrationspolitik lassen Sie jetzt eine Informationskampagne vom Stapel. Die Berufsbilder des öffentlichen Dienstes sollen dadurch bekannter gemacht werden.

Finden Sie nicht, Herr Ministerpräsident, dass das für eine Regierung nach sieben Jahren ein bisschen dürftig ist?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Der Titel Ihrer Regierungserklärung war: „Mut zur Verantwortung“. Was wir gehört haben, war höchstens Mut zur Verwaltung und zur Bildung von Arbeitsgruppen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr McAllister, in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom Sonnabend gibt es ein wunderbares Zitat von Ihnen: Das schönste Amt ist das Amt des Schützenkönigs in Bederkesa.

(Ministerpräsident David McAllister [CDU]: Waren Sie schon da?)

- Ich bin schon einmal durchgefahren. - Spätestens ab 2013 werden Sie dafür wieder viel mehr Zeit haben. Denn Sie sind ein Ministerpräsident des Übergangs!

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, es liegen wahrlich große Herausforderungen des Landes vor uns. Dazu will ich sechs benennen: die Bewältigung des demografischen Wandels - auch Sie erwähnten sie -, die Perspektive des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Niedersachsen, die Zukunft der Schule, die Energiepolitik und der Klimaschutz, die Frage der sozialen Gerechtigkeit - das Stichwort tauchte bei Ihnen nicht auf - und schließlich die Finanzierung der öffentlichen Haushalte.

Diese Fragen müssen wir ab heute wirklich entschlossen angehen. Dann werden wir morgen Antworten für die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zum demografischen Wandel, Herr Ministerpräsident: In der letzten Wahlperiode waren Sie doch an den Ergebnissen aus der Enquetekommission zum demografischen Wandel wirklich interessiert. Warum haben Sie gerade jetzt keine Antworten auf die dadurch verursachten Probleme? - Ich gebe Ihnen eine Erklärung dazu: Sie selbst haben die Entwicklung sehr lange verkannt. Sie haben keine Antworten auf die unterschiedliche Entwicklung der Lebensbedingungen in den Regionen Niedersachsens. Ihnen fehlt ein Gesamtkonzept für das Land. Sie stellen keine passgenauen Hilfestellungen für die Regionen zur Verfügung. Es fehlen öffentliche Unterstützungsmodelle für die Sicherung der Daseinsvorsorge. Auch die Verwaltungsstrukturen sind nicht durchdacht. Und Sie haben überhaupt keine Aufgabenanalyse und damit auch kein Gesamtkonzept für eine zukunftsfähige öffentliche Verwaltung!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: So ist das!)

Sie erwähnten die Politik mit den Fusionsprämien von Herrn Schünemann. Aber Sie können das doch nicht ernsthaft als einen Versuch für die Gestaltung des Landes ansehen! Sie müssten wirklich einmal Farbe bekennen, wie die kommunale Selbstverwaltung in Zukunft aussehen soll. Oder haben Sie einen ganz anderen grandiosen Plan in der Tasche? - Das glaube ich aber kaum! Eher kürzen Sie im nächsten Haushalt wieder den kommunalen Finanzausgleich, wenn es nicht reicht. Für die Kommunen ist nichts mehr übrig, und die Zwangsverwaltung durch das Land wird zukünftig zur Regel. Wir haben so etwas gehört: Wenn Sie von „freiwillig“ reden, befürchten wir eher die Zwangsverwaltung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Oder - Sie haben es angedeutet - müssen unsere Landesbeschäftigten wieder als Sparschwein erhalten, wie Sie es in Ihrer Regierungserklärung angekündigt haben? Noch sehr vorsichtig, aber wir befürchten bei Ihnen Schlimmstes.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie sind ein wirklich überzeugter Kommunaler; das weiß ich. Sie werden selbst am Besten wissen, was das für das Leben in den Städten und Gemeinden bedeutet. Sie wissen auch, was das für die Menschen vor Ort bedeutet.

Für viele Regionen in Niedersachsen wird es einen schweren Verlust an Lebensqualität bedeuten, wenn Schwimmbäder, Spielplätze und Bibliotheken geschlossen werden müssen, wenn die Straßen immer mehr einem Schweizer Käse ähneln oder wenn die Preise für Busse und Theater in Zukunft steigen werden. Deswegen stellen wir an Sie Forderungen: Setzen Sie endlich die in unserer Verfassung verankerte Konnexität um! Wer die Musik bestellt, der soll sie bitte auch bezahlen, Herr Ministerpräsident!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Sichern Sie die kommunale Investitionsfähigkeit! Das hilft auch dem Handwerk, das hilft auch den kleinen und mittelständischen Unternehmen. Ich will deshalb auch ein Wort zu der von Ihren Leuten in Berlin geplanten Reform der Gewerbesteuer sagen. Ich will dazu einen Vorschlag bringen. Die Kommunen gehen im Augenblick wirklich am Stock. Die Kämmerer blicken in den Abgrund. Es gibt Kassenkredite in schwindelerregender Höhe. Die Kommunen selbst haben große Angst, dass sie nichts mehr gestalten können, sondern dass sie nur noch abwickeln können. Es steht viel mehr auf dem Spiel, als dass die Bürger auch noch das Vertrauen in die Gestaltungskraft des Staates verlieren. Es gibt auch die Gefahr eines Verlusts von Demokratie in Deutschland.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der LINKEN)

Sie haben die Kommission auf der Bundesebene eben noch als Chance verkauft. In Wahrheit ist es so: Ihr Bundesfinanzminister Schäuble will die Gewerbesteuer weg haben; das ist sein erklärtes Ziel. Ich finde, Schäuble muss gestoppt werden!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben uns doch um Mitwirkung gebeten. In diesem Fall biete ich Ihnen an, dass wir den Wegfall der Gewerbesteuer gemeinsam verhindern. Vielleicht können wir sogar noch einen drauflegen, indem wir die Gewerbesteuer auf noch breitere Schultern stellen können. Dann hätten wir dort eine wirklich gute gemeinsame Initiative aus Niedersachsen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der LINKEN)

Ich biete Ihnen an, dass wir eine breite und ergebnisoffene Diskussion über eine gute Raumordnungs- und Strukturpolitik führen. Diese ist wirklich bitter nötig. Wir nehmen Ihre Angebote gerne an. Wir unterstützen Sie gerne auch in dieser Hinsicht.

Ich komme zum zweiten Punkt: Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Niedersachsen. - Niedersachsen ist ein Land mit einer wirklich großen industriellen Basis. Unser Land steckt aber auch mitten in einem großen Strukturwandel. Deshalb kommt es jetzt darauf an, diesen Wandel eher mit aktiver Innovations- und Industriepolitik zu gestalten. Ihre Antwort darauf war ein schon nach sehr kurzer Zeit gescheiterter Innovationsfonds. Ich erinnere Sie daran, dass Sie noch in Ihrem Wahlprogramm eine Einlage von 500 Millionen Euro gefordert haben. Ich habe mich erkundigt. Heute sind es gerade noch 60 Millionen Euro, die zur Verfügung stehen. Was soll denn aus diesen geringen Zinsen an Innovationen in der Industrie hier gefördert werden? - Sie fangen mit Ihrem Vorschlag wieder von vorn an, wenn Sie dort nur ein Konzept fordern!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Beim bisherigen Ministerpräsidenten gab es Wirtschaftspolitik nur als Politik à la Einzelintervention. Meine Befürchtung ist: Sie werden das so weiterführen. - Aber, meine Damen und Herren, Krisenintervention allein, von Fall zu Fall, reicht überhaupt nicht aus. Wir brauchen schlüssige Konzepte. Das scheint aber nicht Ihre Stärke zu sein. In Ihrer Wirtschaftspolitik sucht man danach vergebens. Ihr Minister Bode hat dieses System sogar noch perfektioniert: Nach dem Motto „mehr Schein als Sein“ arbeitet er ein Thema nach dem anderen ab, und zwar - Sie erinnern sich! - immer als Pressemitteilung!

(Starker Beifall bei der SPD)

Damit kann er natürlich keinen großen Schaden herbeiführen. Einen großen Schaden haben Sie in der einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung herbeigeführt. Vor der Bundestagswahl wurde durch Minister Rösler massiv Werbung für diese Förderung gemacht, obwohl schon damals absehbar war, dass diese Töpfe überzeichnet sein würden. Die Fördersätze wurden dann ganz schnell abgesenkt. Zur Krönung haben Sie am 31. März die Förderung auf den 1. April, von einem Tag auf den anderen, eingestellt. Wie sollen sich Unternehmen

und Landkreise auf so eine Politik von Ihnen einstellen?

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich finde, so kann man mit Unternehmen und Landkreisen nicht umgehen. Wir schlagen vor: Machen Sie doch zukünftig erst ein Konzept, und dann gestalten Sie eine Förderung um. Damit kann jeder umgehen. Was heißt das denn für Planungssicherheit in Niedersachsen? Was heißt das für eine konjunkturelle Perspektive? Was sagen wir den Bürgerinnen und Bürgern auf ihre Frage, was für eine Wirtschaftspolitik Sie da machen?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Als Lehre aus der Wirtschaftskrise bin ich in meiner Überzeugung bestärkt worden: Die Landkreise und die Regionen in Niedersachsen brauchen eine aktive Wirtschafts- und Strukturpolitik. Gerade vor dem Hintergrund begrüßen wir Ihre Ankündigungen zur neuen EU-Förderperiode 2014 ff. Hier brauchen wir wirklich ein konzentriertes Vorgehen. Die Stärken Niedersachsens müssen weiterentwickelt werden. Aber wir müssen gerade auch den Regionen, über die Sie heute nicht viel erzählt haben, denen es nicht so gut geht und die vom demografischen Wandel negativ betroffen sind, eine Wachstumsperspektive bieten. Die Landkreise wird es deshalb besonders interessieren, was Sie gemeint haben, als Sie sagten: Wir als Land wollen weiterhin selbst über die Verwendung der EU-Mittel entscheiden. - Das wird eine auch für die Landkreise entscheidende Frage sein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir brauchen für Niedersachsen ein umfassendes, langfristiges Zukunftskonzept. Wir brauchen Impulse für Investitionen, für nachhaltiges Wachstum und für Beschäftigung. Wir müssen deshalb auch die Binnennachfrage aus eigener Kraft stärken, und wir müssen aus eigener Kraft auch Innovationen fördern. Deshalb möchte ich Ihnen auch als Qualitätsopposition einige Vorschläge machen, Herr McAllister.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Als was?)

Der Wissenschaftsstandort muss mit der Wirtschaft stärker vernetzt werden. Das sagen auch Sie. Aber ein gelungenes Beispiel für Vernetzung finden Sie auch vor unserer Haustür. Das ist das, was in einer

der forschungsintensivsten Regionen Europas, nämlich Braunschweig/Hannover, passiert. Das muss Ihnen doch als Vorbild für eine wirklich innovative und zukunftsfähige Politik Niedersachsens dienen. Lernen Sie doch aus den realen guten Beispielen, selbst wenn Sie dazu recht wenig beigetragen haben, Herr McAllister.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben die konkreten Felder benannt; das will ich Ihnen zugestehen. Wir müssen regenerative Energien ausbauen. Wir müssen niedersächsische Stärken wie die Mobilitätswirtschaft, die Energiewirtschaft und die Gesundheitswirtschaft weiterentwickeln. Unser Ziel ist eine ökologische Industriepolitik in Niedersachsen, von der auch der Mittelstand profitiert. Das schafft dann Arbeit und Ausbildung in Niedersachsen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber auch Arbeit und Zukunft müssen zukünftig von uns positiv und positiver formuliert werden. Der Berufseinstieg junger Menschen darf nicht mehr nur noch durch Warteschleifen, befristete Arbeitsverhältnisse oder Leiharbeit geprägt sein. Das zu ändern ist unsere gemeinsame politische Aufgabe. Wie Sie sich zum Teil hier in den Ausschussberatungen oder im Plenum verhalten haben, als es um Schutzrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und um die Begrenzung der Leiharbeit ging, sprach wirklich Bände. Sie haben diese Rechte bisher nicht ernst genommen. Das müssen Sie in Zukunft viel stärker tun.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will das einmal mit Ihrem Pathos sagen: Entscheidend ist nämlich, wie wir hier im Lande mit dem Gelernten, mit dem Elan und mit der Freude der jungen Menschen umgehen. Wir müssen viel mehr Möglichkeiten schaffen, dass ihre Motivation und ihre Kreativität gefördert werden. Wir dürfen nicht allein nur über Wertschöpfung reden, sondern, meine Damen und Herren Abgeordnete, es geht auch um die Wertschätzung unserer jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will aber ein weiteres Problem benennen. Das betrifft die Wissenschaft und die Hochschule. Bereits jetzt sind die Wachstumskräfte durch einen

Fachkräftemangel gebremst. Das ist die Bremse Nummer eins in der Wirtschaft in Niedersachsen. Schon jetzt fehlen 6 000 Ingenieurinnen und Ingenieure, es fehlen aber auch Lehrerinnen und Lehrer, es fehlen Erzieherinnen und Erzieher, es fehlen auch Ärzte, es fehlen auch Informatiker. Deshalb muss es uns besser als in der Vergangenheit gelingen, die jungen Menschen für diese Tätigkeiten zu gewinnen. Wir sind an dieser Stelle leider Entwicklungsland. Wir haben viel zu wenig Studierende in Niedersachsen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Eine Studierquote von 30 % in Niedersachsen, im Bund von 36 % und angestrebten 40 %, das zeigt, wo wir in Niedersachsen stehen. Das ist ein Riesproblem.

(Zuruf von der CDU: Wir liegen bei 42 %!)

Wir unterstützen Ihr Konzept der offenen Hochschule. Das ist sehr gut, keine Frage. Wir haben es von Anfang an unterstützt. Aber dass Sie an den Studiengebühren festhalten, das ist wieder zwei Schritte zurück, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Warum Sie dazu noch eine Analyse in Auftrag geben müssen, das ist mir wirklich schleierhaft. Schaffen Sie einfach die Studiengebühren ab! Dann können Sie das evaluieren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Kampf um die Köpfe hat in Deutschland schon längst begonnen. Es ist ganz klar: Kluge Köpfe braucht das Land. Aber dafür reichen keine Wettbewerbe, dazu reichen auch keine Shows, so nett sie auch wie die IdeenExpo sind. Was wir brauchen - und das ist ein Vorschlag von uns -: Wir müssen die Zukunftswerkstatt und die Forscherlabors in die Schulen bringen. Da helfen sie direkt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn wir den Zukunftstransfer mit den Menschen in Niedersachsen schaffen wollen, dann wird es zukünftig nicht mehr gehen, dass man ein zerstörendes Gegeneinander hat, sondern dann geht es um das gestaltende Miteinander. Wir brauchen dafür die sozial verantwortlich denkenden und handelnden Unternehmer. Wir brauchen dazu das

bewährte konstruktive Engagement der Gewerkschaften und der Betriebsräte, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir brauchen dazu aber auch - deswegen will ich sie nicht vergessen - die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, wir brauchen die Kulturschaffenden, und wir brauchen auch die jungen Medientreibenden. Das ist unsere Zukunft in Niedersachsen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich komme zum traurigsten Kapitel Ihrer Regierungsbilanz, ich komme zur Zukunft der Schule, zur Schul- und Bildungspolitik. Es geht hier, auch wenn Sie uns im Zweifel einmal anderes unterstellt haben, um mehr als nur individuelle Bildungschancen, für die wir uns hier einsetzen. Es geht uns um Teilhabechancen. Aber - und das mögen Sie uns wirklich abnehmen; auch wir können ökonomisch denken - es geht auch um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Deswegen: Bei uns werden soziale Gerechtigkeit und Innovation immer zusammen gesehen. Das gehört auch für die Schulpolitik dazu.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber ich frage mich: Wie gehen Sie mit den Talenten und mit dem Potenzial in Niedersachsen um? - Wenn ich mir allein die letzten beiden Wochen angucke: Drei Studien hintereinander weg haben das Scheitern Ihrer Politik belegt, und Sie nehmen es heute einfach nicht zur Kenntnis.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Bundesbildungsbericht, die erste Studie, bescheinigt Ihnen ganz eindeutig, dass Niedersachsen unter den westlichen Flächenländern den höchsten Anteil von Kindern in Risikolagen der Elternhäuser und Familien hat. Da geht es um Erwerbslosigkeit, um Alleinerziehende und um Migrationshintergrund. Wir sind ganz weit hinten.

Die zweite Studie, die Schulvergleichsstudie, die vor Kurzem auf den Markt gekommen ist, belegt, dass in Niedersachsen nach Baden-Württemberg und Bayern die Chancen eines Akademikerkindes, Abitur zu machen, mindestens fünfmal höher sind als bei einem Facharbeiterkind. Wohlgermerkt: bei gleicher Begabung! Diese große Abhängigkeit von

der sozialen Herkunft ist und bleibt für Niedersachsen wirklich beschämend.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zu guter Letzt: in dieser Woche der Ländermonitor der Bertelsmann-Stiftung.

(Minister Dr. Bernd Althusmann: Von 2005!)

Er belegt wieder einmal - drei Jahre hintereinander; wir warten mal, ob sich die Kurve ändert - die Schlusslichtposition Niedersachsens in der frühkindlichen Bildung. Wie viele Negativzeugnisse und Beweise wollen Sie eigentlich noch haben, bevor Sie endlich anfangen zu handeln?

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, es geht wirklich um die Frage, welche Antwort wir jetzt auf den demografischen Wandel geben. Wir werden zukünftig weniger Kinder haben. Ihre Konsequenz ist, Kürzungen im Bildungsbereich nicht auszuschließen oder sie am Ende vielleicht sogar noch vorzuschlagen. Wir sagen: Machen Sie das nicht! Lassen Sie uns die Chancen des demografischen Wandels wirklich ausnutzen! - Wir haben zukünftig immer weniger Köpfe. Um die müssen wir uns jetzt intensiver bemühen. Deswegen muss das Geld in diesem Bereich erhalten bleiben.

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich finde, das ist eine ganz einfache, verständliche Formel. Die kann jeder verstehen. Wir müssen aber bei den Kleinsten anfangen. In der frühkindlichen Bildung wird wirklich das Fundament gesetzt, auch für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes. Wir fordern mehr Betreuungskräfte und kleine Gruppen und mehr Ganztagsplätze. Das bedeutet konkret: weniger Kinder, weniger Schülerinnen und Schüler, aber bitte bei gleichbleibenden Ressourcen in kleineren Gruppen und Klassen. - Das ist ein Zukunftsmodell für Niedersachsen!

(Starker Beifall bei der SPD)

Um diese Schlusslichtposition in Niedersachsen zu verlassen, ist es wirklich nötig, dass wir gemeinsam mit den kommunalen Trägern in den nächsten drei Jahren eine Aufholjagd starten. Starten Sie, und beginnen Sie jetzt damit! Denn es müssen noch 25 000 Plätze geschaffen werden, und es muss dort das notwendige Personal zur Verfügung

gestellt werden - eine wirklich große Aufgabe, die Sie sich da jetzt eigentlich vornehmen müssten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Aber Ihr Versagen setzt sich auch im Schulbereich fort. Nahezu zwei Drittel der bestehenden Hauptschulen - Sie haben es richtig beschrieben - werden im fünften Schuljahrgang unterhalb der vorgeschriebenen Mindestzügigkeit betrieben. Viele Hauptschulen müssen sogar jahrgangsübergreifenden Unterricht anbieten. Dann kommen noch die ganzen Wünsche der Eltern dazu, gerade was die Anwahl der weiterführenden Schulen angeht. Immer mehr Menschen wollen Schulen mit Abituroption. Wir finden, dass sich diesen Anforderungen auch Niedersachsen stellen muss. Sie als Niedersächsische Landesregierung und als die sie tragenden Fraktionen haben diese Rahmenbedingungen bisher einfach ignoriert. Wir wollen, dass das in Niedersachsen anders wird.

(Starker Beifall bei der SPD)

Eine SPD-geführte Landesregierung würde mit einer solchen verfehlten Schulpolitik relativ schnell Schluss machen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Sofort! - Unruhe bei der CDU)

Auch die Eltern haben das schon lange verstanden. Ebenfalls die Kommunen haben das verstanden. Das gegliederte Schulsystem in Niedersachsen hat wirklich keine Zukunft mehr. Nehmen Sie das bitte endlich zur Kenntnis!

(Starker Beifall bei der SPD sowie Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Eine kleine Petitesse noch am Schluss - vielleicht haben Sie es mitbekommen -: Die beste Abiturientin kommt in diesem Jahr von der IGS Geismar. - Darauf wollte ich noch hingewiesen haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Das gehört aber auch zu unserem Schulsystem!)

- Wunderbar! Großes geleistet!

Weil Sie dazu bisher gar nichts gesagt haben, zum Schluss zur Schulpolitik noch Folgendes: Eine weitere große Herausforderung, die nicht erwähnt worden ist, und auch eine Herausforderung für soziale Gerechtigkeit ist die Inklusion. Das Thema wurde von Ihnen ausgelassen. Die UN-Menschen-

rechtskonvention fordert einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik. Eine riesige Aufgabe! Das bedeutet jetzt aber: Es wird bei allen Schulformen und allen Beteiligten eine neue Haltung erforderlich. Wir fordern von Ihnen: Legen Sie endlich auch für Niedersachsen einen Aktionsplan zur Umsetzung der Inklusion auf den Tisch!

(Starker Beifall bei der SPD sowie Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die Energiepolitik und der Klimaschutz, ein besonderes Kapitel dieser Regierung. - Meine Damen und Herren, ich erinnere Sie daran: Niedersachsen hatte früher die Spitzenposition im Bereich der Umweltpolitik. Dort hatte eine SPD-geführte Landesregierung Maßstäbe gesetzt. Mit Sicherheit wird Herr Jüttner Ihnen das bestätigen können; denn wir sind sehr stolz auf seine Arbeit damals, in den 90er-Jahren bis über das Jahr 2000 hinaus.

(Starker Beifall bei der SPD - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Er ist niemals in der Asse gewesen!)

Diese Spitzenposition gehört aber mittlerweile wirklich der Vergangenheit an. Das Umweltressort wird buchstäblich nur abgewickelt. Dabei gilt doch: Zeitgemäße Umweltpolitik ist ein wesentlicher Faktor für eine zukunftsgewandte Wirtschaftspolitik. - Aber eine in die Zukunft gerichtete Wirtschaftspolitik findet in Niedersachsen nicht mehr statt. Was wir vor allem lösen müssen, ist das Problem mit den derzeit einzigen Lagerstätten für radioaktiven Müll der Kernkraftwerke in Niedersachsen. Der Untersuchungsausschuss Asse steht jetzt wirklich sinnbildlich für die einseitigen und politisch motivierten Genehmigungsverfahren der Vergangenheit.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Um die ihr euch ja immer gekümmert habt! - Karl-Heinz Klare [CDU]: Herr Jüttner war nie da!)

Meine Damen und Herren, auch ein Wort zu Gorbelen: Nehmen Sie Ihre Eidesformel ernst, Herr Ministerpräsident! Wenden Sie Schaden vom Land ab!

(Starker Beifall bei der SPD sowie Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Suchen Sie endlich nach Alternativen! Interessant fand ich wirklich, dass Sie sich hier überhaupt nicht festlegen wollten. Suchen Sie nach Alternativen

zum Endlager, und halten Sie am Atomausstieg fest! Dazu fordern wir Sie auf.

(Starker Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können hier nicht auf der einen Seite die Energiepolitik und die Frage der erneuerbaren Energien als Zukunftsfeld für die wirtschaftliche Entwicklung beschreiben und auf der anderen Seite den Strukturwechsel in der Energieversorgung voranbringen, wenn Sie hier nicht gleichzeitig ein ganz fettes Stoppschild setzen, indem Sie an der Laufzeitenverlängerung von Kernkraftwerken festhalten. Kernkraftwerke und die Atomenergie sind keine Brücke für erneuerbare Energien. Das muss Ihnen jetzt endlich klar werden.

(Starker Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN)

Was wir für Niedersachsen brauchen, ist ein klares Klimaschutzkonzept. Wir brauchen wirklich einen Strukturwechsel in der Energieversorgung. Wir hätten von Ihnen ein klares Ziel und eine Aussprache zum Ziel erwartet. Wir sagen: bis 2050 eine 100-prozentige Versorgung mit regenerativen Energien! Das ist die richtige Politik für Niedersachsen.

(Starker Beifall bei der SPD sowie Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich komme zum Kapitel soziale Gerechtigkeit.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Die müsste mehr nach vorne!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in Niedersachsen geht es um mehr soziale Gerechtigkeit. Die Menschen haben wirklich nicht das Gefühl, dass es hier gerecht zugeht. Sie haben Angst vor Abstieg, sie haben Angst vor Statusverlust. Das geht ganz tief in die Mittelschichten hinein, und das wird zur zunehmenden Spaltung der Gesellschaft führen. Kinder und Altersarmut sind auch in Niedersachsen heute keine Ausnahme mehr.

Aber damit das für uns keine politischen Phrasen sind: Wir wollen zwei Bereiche konkret ansprechen, die Sie nicht oder nur sehr wenig angesprochen haben.

Nicht ohne Grund laufen derzeit Kirchen und Sozialverbände Sturm gegen Ihre Pflegepolitik. Diese fordern, dass ein eigenständiges Leben im Alter auch dann möglich sein muss, wenn es durch

Krankheit und Pflegebedürftigkeit schwieriger wird. Dafür ist es nötig, dass endlich eine menschenwürdige und qualitativ hochwertige Pflege sichergestellt wird.

(Starker Beifall bei der SPD und Beifall bei der LINKEN)

Für uns ist das eine selbstverständliche Aufgabe. Bei Ihnen sind wir uns da nicht sicher - nicht nur, weil Sie das Thema nicht erwähnt haben.

(Karl-Heinz Klare [CDU] bespricht sich an der Regierungsbank mit Ministerpräsident David McAllister - Uwe Schwarz [SPD]: Ich finde das Verhalten von Herrn Klare rüpelhaft!)

Für die CDU und die FDP scheint diese Politik für ältere Menschen eher ein Fremdwort zu sein; jedenfalls lassen sie dort jede Anstrengung vermissen. Das soll auch kein hohler Vorwurf sein. Aber dass Niedersachsen seit Jahren bundesweit in der Altenpflege Schlusslicht ist, ist für uns ein Beleg. Beweisen Sie das Gegenteil!

(Starker Beifall bei der SPD sowie Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Pflege muss auch bei Ihnen ganz oben auf die politische Agenda! Denken Sie an die Millionen Menschen in Niedersachsen, die davon betroffen sind und auch in Zukunft betroffen sein werden! Denken Sie an die Beschäftigten in diesen Bereichen! Stellen Sie sich den Diskussionen! Gehen Sie in diese Einrichtungen hinein! Selbst wenn wir es noch nicht vollständig verstanden hätten: Wir würden uns jetzt dort hineinbegeben. Deshalb machen wir eine Pflegekampagne, um Ihnen noch mehr Druck zu machen. Lernen Sie bitte dort dazu! Widmen Sie sich diesem Thema!

(Starker Beifall bei der SPD)

Der zweite Bereich sind Migration und Integration. Ich will ausdrücklich Herrn Wulff noch einmal zitieren, da er bei seiner Sommerreise erstmals eine bahnbrechende Äußerung gemacht hat. Er sagte, dieses Thema sei nicht nur Bringschuld der Migranten, sondern es sei Holschuld von Personalchefs der Unternehmen.

(Johanne Modder [SPD]: Sehr richtig!)

Und er sagte, Integration gehe am besten über Bildung und Arbeit.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Ja!)

Ich frage mich: Warum kommen diese Erkenntnisse erst jetzt?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Eine interessante Zahl haben wir in den letzten Tagen vernommen: Die Einbürgerungen sind in Niedersachsen entgegen dem Bundestrend rückläufig. - Ändern Sie erst einmal die Politik Ihres Innenministers, bevor Sie hier weiter über dieses Thema reden!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich sage es ausdrücklich: Wir begrüßen die Arbeit der neuen Ministerin Özkan. Aber unsere Kritik bleibt: Integration ist in Ihrer Regierung wirklich kein Querschnittsthema - Sie haben es heute deutlich gemacht -, obwohl es politisch, strategisch und auch volkswirtschaftlich von allergrößter Bedeutung für uns ist. Dieses Thema ist ein Thema des Jahrzehnts. Dieses Thema müsste bei Ihnen, Herr McAllister, Chefsache werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum sechsten und letzten Punkt kommen. Dabei geht es um die finanzielle Ausstattung der öffentlichen Haushalte. Über allem schwebt zurzeit die miserable Finanzlage des Landes. Wenn es um Ihre Verantwortung geht, dann haben Sie in der Vergangenheit immer gesagt - in den letzten zweieinhalb Jahren durfte ich das regelmäßig hören -, alles sei nicht Ihre Schuld. Immer gab es andere Schuldige. Entweder ist es die SPD-Regierung in den 90er-Jahren gewesen,

(Beifall bei der CDU)

- ja, ich habe es gehört; Sie haben bei meiner Rede das erste Mal geklatscht; genau -

(Zurufe: Gerd Schröder! - Die Mondphasen fehlen!)

oder Sie bemühen die Finanzmarktkrise. Aber Sie können Ihr Unvermögen an der Stelle wirklich nicht überdecken. Die SPD hat jedenfalls in ihrer Regierungsverantwortung nicht ständig die Schuld auf das massive Versagen z. B. einer Albrecht-Regierung geschoben.

(Lachen bei der CDU - Karl-Heinz Klare [CDU]: Hinrich Wilhelm Kopf! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich habe mir sehr bewusst die Regierungserklärung Albrecht und die Erwiderung von Peter von

Oertzen angeschaut. Schauen auch Sie einmal nach! Das wird ein großes Vorbild auf die nächste Haushaltsdebatte in diesem Parlament sein, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD)

Eines gebe ich auch zu: Die Schuld an der Weltfinanzkrise trifft wirklich nicht die Landesregierung. Sie trifft nicht die Landesregierung Wulff, und sie trifft auch nicht die Landesregierung McAllister. Sie trifft aber auch nicht die Landesregierung Gerhard Schröder oder Vorgängerregierungen.

**(Vizepräsidentin Astrid Vockert übernimmt den Vorsitz)**

Aber zur Ehrlichkeit gehört es auch zu sagen, wessen Geist eigentlich diese weltweite Finanzmarktkrise entsprungen ist. Mit der Parteinahme für immer stärkere Marktliberalisierung und Deregulierung sind Sie doch mit Wegbereiter dieser gravierendsten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise.

(Starker Beifall bei der SPD)

Ich merke, es fällt Ihnen schwer. Aber stehen Sie endlich einmal zu Ihrer Verantwortung. Wenn Sie eine Ordnungspolitik immer wieder so beschreiben, wie das hier im Landtag passiert, dann stehen Sie endlich auch einmal zu den Auswirkungen Ihrer Politik! Dazu fordere ich Sie auf.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie reden immer vom Sparen. Doch in Wirklichkeit ruinieren Sie zurzeit systematisch den Bundeshaushalt, Sie ruinieren auch den Landeshaushalt, und Sie ruinieren damit auch die kommunalen Haushalte. Schwarz-Geld - und Sie haben alle Macht in der Hand - hat im Bund und mit steter Zustimmung aus Niedersachsen ein Milliardenegeschenk an die Hoteliers gemacht und Vergünstigung bei der Umsatzsteuer gewährt. Sie verweigern sich jedem Versuch, das Dickicht in der Umsatzsteuer zu bereinigen. Sie widersetzen sich der Wiedereinführung der Vermögensteuer. Wenn man Sie ließe, würden Sie sogar noch die Steuersätze absenken, am besten als erstes den Spitzensteuersatz.

(Ingrid Klopp [CDU]: Jetzt ist es aber genug!)

Den Staat ärmer zu machen, als er ist, und dann auch noch die Ausgaben zu beschneiden, das ist wirklich falsche Politik, meine Damen und Herren.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es handelt sich wirklich um ein hausgemachtes Problem von Schwarz-Gelb. Das müssen Sie zugestehen. Ich komme auf Ihr Angebot an uns als Opposition zurück. Wir können Probleme gemeinsam lösen. Wir bieten Ihnen an: Wenn Sie in dieser entscheidenden Situation endlich Rückgrat zeigen und der schwarz-gelben Bundesregierung in Berlin die Gefolgschaft verweigern, können wir mitmachen. Hierfür sagen wir Ihnen heute unsere Unterstützung zu.

(Starker Beifall bei der SPD)

Eine SPD-geführte Landesregierung würde jedenfalls die Einnahmeseite nicht so systematisch vernachlässigen. Sie werden in der Realität sogar noch überholt.

(Zurufe von der CDU)

Selbst Teile Ihrer bisherigen Klientel, etliche Wirtschaftsverbände, etliche Vermögende, selbst Unternehmer in der CDU, MIT, die Mittelstandsvereinigung in Nordrhein-Westfalen, gehen in ihrer Forderung nach einer Erhöhung der Spitzensteuersätze mittlerweile viel weiter als Sie. Am Ende hören Sie nicht einmal mehr auf die Kirchen. Sie hören nicht einmal mehr auf die Verbände. Diese fordern mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität von Ihnen. Wissen Sie, was gerade passiert? - Sie verlassen die Mitte der Gesellschaft in diesem Punkt.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Gerade die FDP sollte sich bei ihren Umfrageergebnissen einmal sehr kritisch und nachdenklich mit diesem Thema befassen.

Politik braucht konzeptionelle Kraft, Politik braucht auch fiskalische Fantasie. Diese ist Ihnen mit Sicherheit verloren gegangen. Aber es kann auch sein, dass Sie sie nie hatten. Es geht eben nicht nur um Streichen und Sparen, sondern es geht um Sparen und Gestalten, meine Damen und Herren. Sparen Sie die Zukunft nicht kaputt!

(Starker Beifall bei der SPD)

Zum Schluss zu Ihrer Erbauung noch einige Überschriften: „Niedersachsen ist pessimistisch wie nie“, „Schlusslicht“, „Die Niedersachsen blicken mit Sorgen in die Zukunft“. - Gibt Ihnen das nicht zu denken?

(Zuruf von Ursula Körtner [CDU])

Eine aktuelle Allianz-Studie stellt fest, dass im Augenblick nur 12 % der Niedersachsen der Ge-

samtsituation positiv entgegengehen. Letztes Jahr waren es noch 22 %. Was ist denn los hier in Niedersachsen, meine Damen und Herren?

(Starker Beifall bei der SPD)

Ich bin nicht pessimistisch; ich bin optimistisch. Aber wo man warnen muss, muss man warnen. Ihre Politik funktioniert nur noch nach einem Muster: Entweder zerstören Sie sinnvolle Strukturen, oder Sie unternehmen einfach nichts, um die wirklichen Probleme des Landes anzupacken. Stattdessen setzen Sie auf Konzepte, die von der Realität schon längst überholt sind. Nach allem, was Sie heute an Strategien und Plänen präsentiert haben, ist uns eines klar, Herr Ministerpräsident: Ihr Kabinett ist nur ein Kabinett des Übergangs. Wir freuen uns auf 2013.

(Zurufe von der CDU: Wir auch!)

Wir werden Qualitätsopposition machen, und 2013 werden wir Regierung sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Stürmischer, nicht enden wollender Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank. - Nun spricht Herr Thümler für die CDU-Fraktion. Herr Thümler, Sie haben das Wort.

(Olaf Lies [SPD] - zu Stefan Schostok -: So, Thümler stimmt dir jetzt zu!)

#### **Björn Thümler (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Schostok, wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, dass Sie weder konstruktiv noch zukunftsweisend sind, dann war das der Beitrag, den Sie hier gerade abgeliefert haben!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Den Satz haben Sie aber schon gestern aufgeschrieben, Herr Thümler!)

Sie haben zusätzlich den Beweis dafür erbracht, dass auch Ihre Regierungsfähigkeit weit über das Jahr 2013 hinaus in die Ferne gerückt ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: So

ist es! - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Müssen Sie sich Mut machen?)

Meine Damen und Herren, wir wollen noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir gestern in der 14. Bundesversammlung mit Christian Wulff

(Ronald Schminke [SPD]: --- ganz schön blass ausgesehen haben! - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Mit Ach und Krach!)

einen Bundespräsidenten gewählt haben, der aus Niedersachsen kommt und der einer von uns ist. Das erfüllt uns mit Stolz und großer Freude.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wünschen Christian Wulff und seiner Familie für das neue Amt alles Gute, viel Erfolg und Gottes Segen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Schostok, Sie haben gerade das Thema Bundesversammlung angesprochen. Sicherlich wäre es angemessen gewesen, wenn Sie die Häme, die Sie darin zum Ausdruck gebracht haben, deutlich zurückgestellt hätten; denn Sie hatten ja schon bei den Vorstandswahlen in Ihrer Fraktion große Mühe, innere Geschlossenheit bei Ihnen herzustellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Am meisten fühlt man sich von der Wahrheit betroffen, die man sich selber verheimlichen wollte. Das ist nämlich Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Halten Sie doch Ihre Truppen zusammen!)

Meine Damen und Herren, wir in Niedersachsen sind gut aufgestellt. Wir sind sozusagen in die Champions League der Bundespolitik aufgerückt. Im Konzert der Länder sind wir in die führenden Positionen aufgestiegen. Niedersachsen liegt nicht nur hoch im Norden, sondern Niedersachsen liegt auch hoch im Kurs.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Niedersachsen ist mit der Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen, mit dem Gesundheitsminister Philipp Rösler, mit Staatsminister Eckart von Klæden, mit den beiden parlamentarischen Staatssekretären Dr. Hermann Kues und Thomas Kossendey und zwei beamteten Staatssekretären sehr stark an herausragender Stelle in den Bun-

desministerien und in der Bundesregierung vertreten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist eine vernünftige und herausragende Position, um Politik im Sinne unseres Landes und für unser Land gestalten zu können.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Das ist ein Aderlass! - Olaf Lies [SPD]: Ist irgendjemand übrig geblieben?)

Heute Morgen haben wir David McAllister zum neuen Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt. Wir erneuern uns aus eigener Kraft und stellen uns erfolgreich neu auf.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Diese Koalition aus CDU und FDP arbeitet hervorragend und höchst vertrauensvoll zusammen. Unsere gemeinsame Arbeit zum Wohle des Landes Niedersachsen geht auch in den nächsten Jahren weiter.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber David McAllister, die vor Ihnen liegende Amtszeit ist

(Olaf Lies [SPD]: - - - kurz!)

mit großen Herausforderungen gespickt. - Nicht kurz! Hören Sie richtig zu! - Sie ist auch mit viel Arbeit gespickt. Ich biete an, dass wir in dem gleichen Vertrauen wie es in der Vergangenheit zwischen Christian Wulff und David McAllister bestand, auch künftig weiterarbeiten, mit David McAllister und mir sowie der gesamten CDU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich wünsche Ihnen nochmals alles Gute, viel Erfolg, Gottes Segen für die vor Ihnen liegenden Aufgaben und auch der Landesregierung mit ihren Ministerinnen und Ministern viel Fortune im Amt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Das war ja eine Donnerrede!)

In Niedersachsen tragen CDU und FDP seit nunmehr über sieben Jahren Regierungsverantwortung. Mit Blick auf die Erfolgsbilanz und insbesondere auf die wirtschaftlichen Rahmendaten lässt sich ohne Übertreibung sagen: Das waren sieben gute und herausragende Jahre für Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Olaf Lies [SPD]: Jetzt kommen noch

sieben schlechte Jahre! - Miriam Staudte [GRÜNE]: Sieben fette und sieben magere Jahre!)

Niedersachsen war vor der Krise besser aufgestellt als je zuvor. Niedersachsen ist besser durch die Krise gekommen als viele andere Länder. Niedersachsen hat bessere Chancen in der Zukunft, weil wir nachhaltig und effektiv gearbeitet haben, weil wir bei allen unseren Entscheidungen Weitblick bewiesen und weil wir das Land gut aufgestellt haben. Die Menschen werden hier in Zukunft vernünftig leben können. Unser Lob und unser Dank für diese hervorragende Arbeit gelten der Landesregierung und insbesondere dem bisherigen Ministerpräsidenten Christian Wulff.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Niedersachsen ist gut aufgestellt. Der neue Ministerpräsident David McAllister wird diese zukunftsorientierte Arbeit mit Unterstützung der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP erfolgreich fortsetzen. Wir sind 2003 gut gestartet. Wir sind damals die notwendigen Reformprojekte angegangen und haben sie gegen mannigfaltige Widerstände durchgesetzt.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ach, damals! Es war einmal!)

Bei der Haushaltskonsolidierung gab es beeindruckende Fortschritte. Wir haben beim Sparen auch bei staatlichen Strukturen angesetzt, also Bürokratie abgebaut, beispielsweise durch die Abschaffung der Bezirksregierungen.

Die Landesregierung hat über all die Jahre hinweg Kurs gehalten. 2008 sind wir dafür eindrucksvoll von der Mehrheit der Niedersachsen im Amt bestätigt worden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir nehmen dieses Vertrauen der Menschen auch zukünftig sehr ernst. Wir gehen die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft mit großer Tatkraft und mit Mut zur Verantwortung an.

Allerdings haben sich die Rahmenbedingungen, unter denen wir in Niedersachsen Landespolitik gestalten, in den letzten anderthalb Jahren grundlegend verändert. Durch die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise und einen gesamtwirtschaftlichen Einbruch mit der Folge gewaltiger Haushaltsprobleme, die wir seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland noch nicht erlebt haben, stehen wir vor einer ganz besonderen Situation. Wir tun das, was notwendig ist.

Dazu nenne ich beispielhaft:

Erstens. Im Bereich der Wirtschaft haben wir mit Bund und Kommunen zwei Konjunkturpakete auf den Weg gebracht. Die Initiative Niedersachsen hat 2009 und 2010 1,4 Milliarden Euro an Investitionen in Niedersachsen mobilisiert. Sie hat das zeitnah, kommunalfreundlich und unbürokratisch getan. Das zeigt: Unsere Landesregierung hat in der Krise vorbildlich und schnell gehandelt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweitens. Die zusätzlich ausgelösten Investitionen zeigen Wirkung. Wachstum und Beschäftigung weisen nach oben. Die Arbeitslosenquote lag im Juni bei 7,3 %. Im Jahr zuvor lag sie noch bei 7,7 %. Diese Zahlen sprechen eindeutig für sich.

Drittens. „Wirtschaft“ heißt konkret auch, dass wir gut ausgebildete Menschen brauchen. Darum haben wir die Unterrichtsversorgung in schwierigen Zeiten gesichert. Der Landesrechnungshof hat in seiner Denkschrift die Schüler-Lehrer-Relation benannt: Für 14 % weniger Schüler und 40 % mehr Lehrer als in den 70er-Jahren. Das ist unzweifelhaft eine Leistung, auf die Sie durchaus neidisch sein könnten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben jede frei werdende Lehrerstelle neu besetzt - und das bei sinkenden Schülerzahlen. Das war bei Ihnen anders!

Wir haben die Zahl der Ganztagschulen verachtacht. Mit dem Beginn des nächsten Schuljahres gibt es 1 151 Ganztagschulen in Niedersachsen. Zu Ihrer Regierungszeit - um das in Erinnerung zu rufen - waren es 155.

Unsere Landesregierung hat darüber hinaus die frühkindliche Bildung zu einem bildungspolitischen Schwerpunkt gemacht und fest im Bildungssystem verankert. „Krippenausbau“ und „frühkindliche Bildung“ waren vor 2003 für Sie noch Fremdwörter. CDU und FDP haben diese Bereiche entscheidend vorangebracht. Das Land hat - das ist der aktuelle Stand - gemeinsam mit den Kommunen mehr als 10 000 neue Krippenplätze geschaffen. Dafür wurden bisher 96 Millionen Euro an Fördermitteln bewilligt. Wir werden für die Eltern und für die Kinder in Niedersachsen unserer Aufgabe und unserem Ziel gerecht werden, die vorgegebenen Quoten bis 2013 zu erreichen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Niedersachsen ist ein Bildungsland. Wir haben die Ausgaben für Bildung und Forschung in Niedersachsen von 2004 bis heute um rund 1,3 Milliarden Euro auf jetzt 8,5 Milliarden Euro gesteigert. Das ist eine Steigerung um 17 %.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben den Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss - Herr Schostok, hören Sie bitte gut zu; das haben Sie vorhin nicht richtig verstanden - seit 2003 um ein Viertel von 10,6 auf 7,4 % gesenkt. Das ist ein praktisches Beispiel für Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch in anderer Hinsicht korrigiere ich Sie gerne, Herr Schostok: Der Anteil der Hochschulzugangsberechtigten ist von 37 % im Jahre 2002 auf 42 % im Jahre 2009 gestiegen.

Bildung nutzt nur dann, wenn alle Bevölkerungsschichten angemessen und deutlich davon profitieren können. Deswegen haben wir mit den Integrationslotsen, dem Programm Integration und Sport oder auch dem Akzent im Bereich des Dialogs mit dem Islam neue Wege eingeschlagen. Mit der Berufung einer Integrationsministerin mit Migrationshintergrund haben wir ein wichtiges Zeichen gesetzt: In Niedersachsen wird Integration gelebt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben darüber hinaus überall in Niedersachsen Anlaufstellen für Familien eingerichtet, die bei der Kinderbetreuung und bei der Pflege von Angehörigen helfen. Mittlerweile gibt es 280 Kinder- und Familienservicebüros und in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt zusätzlich ein Seniorenservicebüro. Das ist eine Leistung, die hier anerkannt werden muss und die deutlich macht, dass wir uns genau um diese Bereiche kümmern.

(Beifall bei der CDU)

Viertens. Im Bereich der Umweltpolitik haben wir entscheidend dazu beigetragen, dass die UNESCO-Welterbekommission das Wattenmeer als Weltkulturerbe anerkennt.

(Beifall bei der CDU)

Auch dieser Einsatz zum Schutz eines einzigartigen und faszinierenden Lebensraumes wurde honoriert.

In der Frage der Zukunft der Schachtanlage Asse II unterstützen wir das vorgelegte Schließungskonzept des Bundesamtes für Strahlenschutz. Für

uns hat die Sicherheit der Menschen und der Umwelt Vorrang. Wir erwarten ein sorgfältiges und seriöses Vorgehen im Einvernehmen mit allen Beteiligten, insbesondere mit den Menschen vor Ort.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich könnte hier viele weitere Erfolge aufzählen. Dies würde den Rahmen aber deutlich sprengen. Es war harte Arbeit, die geleistet wurde. Sie hat viel Überzeugungskraft gekostet. Wir haben vielen Niedersachsen manches zugemutet. Wir haben dabei aber die Zukunftsfähigkeit dieses Landes im Blick gehabt und damit eine Menge auf den Weg gebracht. Dieser Modernisierungskurs war und ist ohne Alternative. Er war richtig und absolut notwendig. Das ist ein Grund, warum Niedersachsen heute trotz Wirtschaftskrise besser dasteht als noch 2002.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Trotz Wirtschaftskrise ist die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen heute so niedrig wie seit 16 Jahren nicht mehr. Das ist eine Leistung, die deutlich macht, dass die Hausaufgaben in diesem Bereich richtig gemacht und die Weichen richtig gestellt wurden.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Darauf können wir stolz sein. Wir haben die Aufgaben gemeinsam und fair, sachlich und konstruktiv, zukunftsorientiert und nachhaltig angepackt. Wir haben Mut zur Verantwortung bewiesen. Wir gehen die neuen Herausforderungen, die vor uns liegen, jetzt genauso entschlossen an.

Lassen Sie mich auf ein Themenfeld zu sprechen kommen, das uns hier im Landtag insbesondere berührt, nämlich auf die Debattenkultur, über die wir schon häufig gesprochen haben. Es ist wichtig, Lösungen zu finden und nicht immer nur Probleme zu beschreiben. Die Wahl des neuen Ministerpräsidenten steht für Kontinuität einer erfolgreichen Arbeit, ermöglicht aber auch die Fortentwicklung und die Schaffung neuer Ansätze. Wir haben es von Herrn McAllister vorhin gehört. Leider gewinnt man bei der Opposition in diesem Parlament aber immer wieder den Eindruck, dass es wichtiger ist, vermeintlich negative Dinge hochzuspielen und zu polemisieren, als konstruktiv an Lösungen mitzuwirken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Konrad Adenauer hatte recht, als er sagte:

„Bei allem, was man sagt, kommt es oftmals gar nicht darauf an, wie die Dinge sind, sondern darauf, was Böswillige daraus machen.“

Meine Damen und Herren, das sind keine Umgangsformen und das ist kein akzeptabler Stil, der der Sache angemessen ist. Für Polemik und Populismus sind wir nicht gewählt. Das wollen auch die Menschen nicht.

Heribert Prantl hat in einem lesenswerten Kommentar in der *Süddeutschen Zeitung* vom 26. August 2009 geschrieben:

„Ein Demokrat haut nicht schnell zu, sondern nestelt herum; er lässt nicht die Fetzen fliegen, sondern versucht, die Knoten zu lösen.“

Er hat recht. Wir müssen zu einer Debattenkultur zurückfinden, die eines Parlamentes würdig ist: zielgerichtet und lösungsorientiert.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Aufgabe des Landtages ist es, die Regierungsarbeit sowohl konstruktiv als auch kritisch zu begleiten. Dabei spielt die demokratische Tugend der Kompromissfähigkeit eine wichtige Rolle. Meine Damen und Herren, wir müssen hin zu einer Debattenkultur finden, die den Andersdenkenden als Impulsgeber und konstruktiven Kritiker, niemals aber als Gegner behandelt:

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Wie war das mit dem Vorgang mit der Wildsau?)

in Rede und in Gegenrede, im Zuhörenkönnen und Ernstnehmen des Redenden, im Setzen auf argumentative Auseinandersetzungen, in der Achtung vor dem Wort des anderen und im Respekt vor anderen Erfahrungen. Der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau sagte einmal:

„Man hat bei manchen Politikern das Gefühl, Rednerschulen haben sie besucht, aber im Zuhörerseminar sind sie nie gewesen.“

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Hans-Henning Adler [LINKE])

Diesen Eindruck, werter Herr Adler, habe ich des Öfteren auch in diesem Parlament -

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Wir erinnern Sie bei Gelegenheit daran!)

und das, obwohl die Niedersachsen nach der letzten Bildungsstudie doch gerade im Zuhören ganz vorne sind.

Meine Damen und Herren, wer den zunehmenden Rechts- und Linksextremismus beobachtet, der weiß, wie notwendig es ist, freiheitliches Bewusstsein zu stärken und die Normen der zivilen Gesellschaft wie Anstand und Höflichkeit und den fairen Umgang miteinander zu festigen.

Das gilt auch im Hinblick auf den Niedersächsischen Landtag. Gegenüber denjenigen, die in unserem Land schnell dabei sind, das Parlament zu missachten und die Arbeit der Abgeordneten gering zu schätzen, kann nicht genug betont werden, wie sehr das Parlament mit seinen geregelten Verfahren, seinen Willensbildungsprozessen, seiner Debattenkultur und seinen Entscheidungen Ausdruck gelebter und praktizierter Freiheit ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Fangen Sie mal in Ihrer Fraktion damit an! - Weitere Zurufe von der SPD)

Wir brauchen ein Höchstmaß an klarer und verständlicher Sprache, an Toleranz und Übersichtlichkeit. Wir brauchen nicht mehr Gesetze, sondern mehr Konzentration auf das Wesentliche. So überzeugen wir von der Stärke der parlamentarischen Demokratie und nicht durch das, was Sie hier abgeben, nämlich ein wildes Chaos von Zwischenrufen.

Ich werde Sie daran erinnern. Lesen Sie das im Protokoll der Plenarsitzung nach; wenn Sie das alles lesen, dann werden Sie sich sehr erschrecken über den Mist, den Sie hier erzählen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Sich nun auf das Wesentliche zu konzentrieren, heißt, Herausforderungen zu erkennen und Lösungen zu finden. Jetzt müssen wir uns den großen, zum Teil auch neuen Herausforderungen stellen - vielen davon unter nachhaltig erschwerten Bedingungen: erstens der Sanierung der öffentlichen Finanzen, zweitens der Gestaltung eines schlanken, aber starken Staates, drittens der Gestaltung des demografischen Wandels, viertens der Eindämmung des Klimawandels und fünftens der Weiterentwicklung aller Bildungsangebote in Niedersachsen.

(Kurt Herzog [LINKE]: Also nichts!)

Alle müssen sich an der Bewältigung der großen Herausforderungen und der Gestaltung des neuen Jahrzehnts konstruktiv beteiligen. Das gilt nicht nur für die Fraktionen des Landtages und die Landesregierung, sondern für alle, die sich am politischen Willensbildungsprozess beteiligen. Lassen Sie uns daher gemeinsam und fair, sachlich und konstruktiv, zukunftsorientiert und nachhaltig diese Aufgabe angehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat die Herausforderungen, die vor uns liegen, klar benannt.

(Olaf Lies [SPD]: Ich schlafe gleich ein!)

Unser neuer Ministerpräsident David McAllister steht für die Zukunft in Niedersachsen. Mit ihm gemeinsam bieten wir einen Zukunftspakt für Niedersachsen an. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch uns hart getroffen. Um die Herausforderungen zu meistern, müssen wir langfristig denken - vielleicht langfristiger, als bisher angenommen.

Ich möchte dazu kurz vier Punkte ansprechen. Erstens: Haushaltspolitik. Bund, Länder und Kommunen stehen vor der größten finanzpolitischen Herausforderung ihrer Geschichte. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist eindeutig zu hoch. Hinzu kommen verdeckte Schulden in schwindelerregender Höhe. Wenn wir gegenüber unseren Kindern und Enkeln verantwortlich handeln wollen, dann müssen wir diese Verschuldungspolitik beenden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir stehen für eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik. Denn wir tragen große Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Wir dürfen ihnen keinen überbordenden Schuldenberg hinterlassen. Die Aufstellung des Landeshaushaltes 2011 ist deshalb eine gewaltige Herausforderung. Die Wirtschaftskrise hat auch unseren Landeshaushalt schwer getroffen. Die Aufgabe lautet: Rückführung der mit 2,3 Milliarden Euro zu hohen Nettokreditaufnahme. Einsparungen sind in vielen Bereichen unausweichlich. Das heißt, alle Aufgaben - und damit auch die Aufgaben des Landes - stehen noch einmal auf dem Prüfstand. Dabei müssen wir einen schwierigen Dreiklang schaffen: erstens investieren, zweitens modernisieren und

drittens sanieren. Dieses Land braucht jede intelligente Idee und jeden intelligenten Vorschlag.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir alle - und nicht nur wir hier im Landtag, sondern alle gesellschaftlich relevanten Gruppen, Verbände und Institutionen - sind aufgerufen, sich dieser Verantwortung für das Land und für die künftigen Generationen zu stellen und sich mit konstruktiven Vorschlägen zu beteiligen. Die Opposition ist ebenso aufgefordert und herzlich eingeladen, sich konstruktiv zu beteiligen.

Unsere bisherige Premium-Opposition und Lieblingsopposition - die Grünen - ist schon mit gutem Beispiel vorangegangen und hat Vorschläge gemacht, wo man etwas gestalten könnte oder auch nicht.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Lieblingsopposition, Stefan Wenzel!)

Darüber wird zu reden sein. Deswegen richte ich auch an Sie die herzliche Einladung, sich zu beteiligen.

Zweitens: Bildungspolitik. Bildung ist die beste Investition in die Zukunft unseres Landes. Der Erfolg eines Landes wird mehr denn je von der Bildung seiner Menschen abhängig. Zur Chancenverbesserung unserer jungen Menschen im internationalen Vergleich haben wir das Abitur nach zwölf Jahren eingeführt. Wir wollen, dass die ganze Gesellschaft von einem früheren Berufseinstieg profitiert, wir wollen dem Fachkräftemangel vorbeugen, Innovation ermöglichen und die Chancen und die Dynamik unseres Landes sichern.

Der Ministerpräsident hat es vorhin angesprochen: Der doppelte Abiturjahrgang stellt uns vor eine besondere Herausforderung, die wir offensiv angehen wollen und werden.

(Johanne Modder [SPD]: Die Anträge liegen auf dem Tisch!)

Im Sommer 2011 werden Schüler aus zwei Jahrgängen auf Universitäten, Fachhochschulen, den Lehrstellenmarkt und Berufsakademien gehen.

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Welche Überraschung!)

Unser Ziel ist es, dass jeder von ihnen nach der Schulzeit alle Chancen und Möglichkeiten bekommt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Frauke Heiligenstadt [SPD]: Das wissen wir seit acht Jahren!)

Ihnen mag das ja nicht passen, aber in der Bildungspolitik steht diese Koalition für Verlässlichkeit und Vertrauen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Frauke Heiligenstadt [SPD]: Misstrauen!)

Unsere Zusagen halten wir ein. Darauf können sich Eltern, Schüler und Lehrer in Niedersachsen verlassen.

Wir wollen die Schulstruktur weiterhin behutsam fortentwickeln und auf die Zukunft ausrichten.

(Johanne Modder [SPD]: Was heißt das?)

Dazu gehört auch das Schulkonzept der Inklusion. Die Umsetzung der Konvention der Vereinten Nationen ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Noch in diesem Jahr plant die Landesregierung eine Schulgesetzänderung, um den Umsetzungsprozess behutsam und in enger Abstimmung insbesondere mit den Kommunen als Schulträger in Gang zu setzen.

Mit der beständigen Ausweitung der sonderpädagogischen Förderung an den allgemeinbildenden Schulen handelt Niedersachsen ganz im Sinne der UN-Konvention zur gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung. Darum werden wir die regionalen Konzepte auch im kommenden Schuljahr weiter ausbauen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit dem Weg zur Offenen Hochschule werden wir einen sehr weiten Schritt hin zum lebenslangen Lernen gehen. Denjenigen, die eine Berufsausbildung gemacht und anschließend drei Jahre Berufserfahrung gesammelt haben, ermöglichen wir somit den Zugang zu allen niedersächsischen Hochschulen. Dazu kommt, dass das duale Ausbildungssystem, das Markenzeichen des deutschen Bildungssystems ist, zusätzlich gestärkt wird.

Im Zentrum unserer Politik stehen neben dem Thema Bildung das Thema Familie und vor allen Dingen die Kinder. Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden wir bis zum Jahr 2013 gemeinsam mit Bund und Kommunen rund 1,3 Milliarden Euro für den Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige bereitstellen. Mit

Geld allein ist es allerdings bei der Betreuung nicht getan. Geld allein ist in diesem Fall auch nicht alles. Es kommt vielmehr darauf an, dass sich die Grundeinstellung unserer Gesellschaft in der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf grundlegend verändert.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dazu gehört auch, dass wir die Wahlfreiheit der Eltern respektieren. Die Eltern entscheiden darüber, ob sie die Betreuung allein leisten oder Tagesmütter, Krippen oder Kindertagesstätten in Anspruch nehmen wollen. Der Staat bietet hier Unterstützung. Aber weder der Staat noch eine Partei entscheidet über das Wohl unserer Kinder. Nein, die Eltern entscheiden über das Wohl ihrer Kinder. Sie allein sind verantwortlich für die Erziehung ihrer Kinder. Wissens- und Charakterbildung beginnen im Elternhaus, nirgendwo sonst.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Der Ministerpräsident hat sich in seiner Regierungserklärung klar dazu bekannt.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Die anderen haben Pech gehabt, oder was?)

Wir wollen eine verantwortungsbewusste Energiepolitik. Die Energieversorgung muss dem Dreiklang bezahlbar, sicherer und umweltverträglich folgen. Wir stehen zum Atomausstieg - keine Neubauten, aber die Verlängerung der Laufzeiten für sichere Kernkraftwerke. Kerntechnologie ist für uns im Gegensatz zu Ihnen, Herr Schostok, eine notwendige Übergangstechnologie. Nur so stellen wir eine stabile Energieversorgung auch in Zukunft sicher.

Zur Schachanlage Asse II möchte ich ausdrücklich unseren Bundesumweltminister Norbert Röttgen loben. Er hat nicht einmal drei Monate nach Amtsbeginn ein Schließungskonzept für die Asse vorgelegt.

(Ah! bei der SPD)

Dazu war Herr Gabriel vier Jahre lang nicht in der Lage, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Sehr richtig!)

Jetzt, Herr Schostok, geht es um die weitere ergebnisoffene Erkundung von Gorleben als mögliches nukleares Endlager, Herr Herzog. Unabhängig

von der Frage, wie man zur Nutzung von Kernenergie steht, ist ein ergebnisoffenes Weitererkunden von Gorleben von großer Bedeutung,

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Sie wollen bauen, nicht erkunden!)

um eine Lösung für die Endlagerung radioaktiver Abfälle zu finden. Das sind wir den künftigen Generationen schuldig. Und, Herr Wenzel, wenn Sie schon dazwischenrufen: Wer ist denn verantwortlich dafür, dass wir in Deutschland an jedem Standort eines Kernkraftwerkes sogenannte Lagerstandorte für die Aufbewahrung radioaktiver Abfälle haben? Wer war das denn? - Das war doch Ihre rot-grüne Bundesregierung!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von den GRÜNEN)

Und warum ist Ihre Regierung dafür zuständig? Weil Sie nicht den Mut gehabt haben, den Leuten zu sagen, wohin Sie mit den Abfällen wollen, weil Sie sich darum gedrückt haben, ein Schließungskonzept und ein Erkundungskonzept vorzulegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dass das unverantwortlich ist, zeigt, dass diese Zwischenlager beklagt werden, im Übrigen auch von grünen Politikern. Nun fragen Sie sich einmal, warum das so ist: weil die behaupten, die seien nicht sicher. Das wissen Frau Korter und ich genau. Wir wohnen in der Nähe eines solchen Standorts. Da haben wir gesagt: Richtig, das ist auch unverantwortlich, weil nämlich der Mut nicht aufgebracht worden ist, dafür zu sorgen, dass in Deutschland ein Endlager gefunden wird, weil wir immer davon ausgehen, den Müll bei anderen Leuten vor die Tür zu kippen. Das funktioniert eben nicht!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Aber genau das tun Ihre bayerischen Kollegen!)

Der Ministerpräsident, meine Damen und Herren, hat vorhin deutlich gemacht, wie wichtig die erneuerbaren Energien für Niedersachsen sind.

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herr Kollege Thümler, gestatten Sie - - -

**Björn Thümler (CDU):**

Nein!

(Unruhe)

Insbesondere die Windenergie ist eine Erfolgsgeschichte. - Wenn Sie mir gerade in meinem Mittelteil ausnahmsweise zugehört hätten, würden Sie sich die Freiheit nehmen, einfach das, was gesagt worden ist, einmal wirken zu lassen. Aber das funktioniert bei Ihnen ja schon seit Monaten nicht. Deswegen würde ich Ihnen dringend raten, nachzulesen, was ich gesagt habe. Gehen Sie in sich! Denken Sie darüber nach, und dann können wir vielleicht über alle möglichen Dinge reden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir setzen auf den Ausbau der Windenergieanlagen, insbesondere im Offshore-Bereich und beim Repowering. Das ist für uns deswegen von großer Bedeutung, weil wir damit Arbeitsplätze schaffen, einen sehr innovativen Wirtschaftsbereich nach vorne bringen und damit gleichzeitig dazu beitragen, dass wir in diesem Land ein Stück weit mit eigenen Mitteln Energiesicherung betreiben und unabhängiger von eigenen Leuten werden.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Herr Thümler, Sie würgen sie doch gerade ab!)

- Sie, lieber Herr Sohn, sollten das erst einmal lesen, was Sie da behaupten. Dann würden Sie feststellen, dass das falsch ist.

(Zuruf von Dr. Manfred Sohn [LINKE])

Zum Schluss, meine Damen und Herren. Niedersachsen ist hervorragend aufgestellt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden die Chancen unseres Landes Niedersachsen zupackend ergreifen. Wir wissen, was uns das neue Jahrzehnt abverlangt. Wir müssen uns mit Blick auf die Herausforderungen der Zukunft ehrlich fragen: Was kann das Land noch leisten, und was dürfen wir uns nicht mehr leisten? Aber wir wissen auch, was wir können, was in unserem Land steckt und was seine Menschen jeden Tag leisten. Darauf sind wir stolz, darauf können wir vertrauen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir halten Kurs und machen das Land weiter zukunftsfähig. Das tun wir mit aller Kraft und großer Überzeugung. Die CDU-Landtagsfraktion trägt den Kurs, den der Ministerpräsident heute voller Überzeugung skizziert hat, mit. Wir stehen für Kontinuität, Verlässlichkeit und Innovation.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Daher gilt für uns: David McAllister steht für die Zukunft in Niedersachsen. Mit ihm gemeinsam bieten wir einen echten Zukunftspakt für Niedersachsen an. Wir werden gemeinsam hart dafür arbeiten, den großen Herausforderungen unserer Zeit für die Menschen in unserem Land auch in schwieriger Zeit gerecht zu werden. Lassen Sie uns in der zweiten Hälfte der 16. Wahlperiode gemeinsam und fair, sachlich und konstruktiv, zukunftsorientiert und nachhaltig die vor uns liegenden Aufgaben anpacken.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Wenzel das Wort.

**Stefan Wenzel (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben da ein schönes Zitat gefunden von unserem ehemaligen Ministerpräsidenten Kopf.

(Zuruf)

- Friedrich Wilhelm Kopf, richtig.

(Zurufe: Hinrich! - Gegenruf von Helge Limburg [GRÜNE]: Wir wollten nur prüfen, ob Sie zuhören! - Weitere Zurufe)

Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, das Zitat von Hinrich Wilhelm Kopf ernst nehmen würden, dann - das muss ich Ihnen sagen - dürfte Ihre Regierung im August oder September keine Genehmigung nach Bergrecht für den Weiterbau in Gorleben erteilen, der zurzeit klammheimlich, unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter Vermeidung jeder Debatte, dort vorbereitet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daran werden wir Sie messen.

Meine Damen und Herren, mit David McAllister ist in den letzten zwölf Jahren in Niedersachsen der fünfte Ministerpräsident gewählt worden. Drei dieser Regierungschefs hatten sich nicht einer Landtagswahl gestellt. Noch bis gestern Abend war unklar, ob wir hier heute überhaupt einen neuen Ministerpräsidenten wählen. Und heute tritt der Ersatzmann für Christian Wulff an und tut so, als sei das ein ganz normaler Vorgang.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Diese neue Regierung, die hier oben sitzt, hat sich aber nie einer Wahl gestellt. Mit dem Job des stellvertretenden Ministerpräsidenten zu Ihrer Rechten ist mittlerweile innerhalb von zwei Jahren der dritte Mann beauftragt: der Ersatzmann des Ersatzmanns. Jetzt kommt nach einem spätabendlichen Rücktritt des Ministerpräsidenten Wulff, der nicht öffentlich im zweiten Obergeschoss des Reichstages stattgefunden haben soll, wiederum ein Ersatz. Meine Damen und Herren, Herr McAllister, Sie führen eine Secondhand-Regierung.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN - Zurufe von der CDU)

Das sollte man nicht vergessen: In einer ähnlichen Situation wie der heutigen hat Ihr Vorgänger Neuwahlen gefordert. Ich zitiere Christian Wulff:

„Meine Damen und Herren, die Menschen in diesem Lande haben erst vor zwei Jahren gewählt, aber sie haben ganz sicher nicht gewollt, dass ein Ersatzmann eines Ersatzmanns Ministerpräsident unseres Landes wird.“

Es sollte der Weg frei gemacht werden „für einen vom Bürger neu gewählten Ministerpräsidenten.“ - Zitat Christian Wulff, Dezember 1999.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN - Aha! bei den GRÜNEN)

Damals wurde sogar infrage gestellt, ob das noch demokratisch sei. Es war von „Erbfolge“ und „Inthronisierung“ die Rede. Wie gesagt, das war Christian Wulff damals.

Kein Zweifel: Union und FDP haben den Wechsel zu einem Nachfolger in Niedersachsen verstopft. Die Kabinettsreform kam spät und bleibt ein Rudiment. Herr McAllister, Sie mussten diese Kabinettsreform schlucken - selbst im Umweltressort haben Sie überfällige Entscheidungen vermieden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die Klausur der Landesregierung haben Sie sogar abgesagt. Die Probleme bleiben erst mal liegen. Und ob Sie, Herr McAllister, wirklich regieren wollen, ist offen. In den letzten zweieinhalb Jahren haben weder Sie noch Ihr Vorgänger wirklich Kraft zur Gestaltung gehabt. Sie haben nur ein bisschen verwaltet. Die eigentlich zentralen Herausforderungen in den Bereichen Bildung, Klimawandel,

Haushalt und demografische Entwicklung sind liegen geblieben.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Herr McAllister, wer dieses Land regieren will, der muss mehr bringen als Sie in den letzten zwei Jahren. Sie haben 1 000 Tage bis zur nächsten Wahl. 100 Tage brauchen Sie zum Einarbeiten; die geben wir Ihnen. Aber das gilt nicht für Ihr Kabinett.

Auf Bundesebene regiert sogar Ihre Wunschkoalition. Der Umgangston dort ist rau, aber nicht herzlich. Ich kann Ihnen eines versichern. Wir werden hart angreifen, aber wir werden Sie in der Sache auch konstruktiv kritisieren. Vor persönlichen Beleidigungen schrecken wir zurück. Dafür ist Ihre Koalition in Berlin zuständig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ausdrücklich loben möchte ich an dieser Stelle Herrn Försterling. Er hat messerscharf erkannt, dass das Sparpaket unsozial ist, dass Frau Merkel wie - Zitat - eine Getriebene agiert und bei Westerwelle - auch Zitat - gar „kein Kurs erkennbar ist“ - *Braunschweiger Zeitung*, 11. Juni 2010.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Besser, Herr Försterling, hätten wir das gar nicht aufschreiben können. Die *Süddeutsche Zeitung* setzt heute noch einen drauf und schreibt zu den Konsequenzen:

„Das Desaster steht vor der Tür. Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt werden zu ihrem Waterloo.“

Meine Damen und Herren, eigentlich könnte sich da eine Opposition doch zurücklehnen und zusehen, wie sich die Gladiatoren Merkel, Westerwelle und Seehofer in der Arena zerfleischen. Aber das wäre zu kurz gedacht. Mittlerweile ist das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unserer parlamentarischen Demokratie so beschädigt, dass Schadenfreude hier fehl am Platze wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der LINKEN)

In Nordrhein-Westfalen wurde Ihre Wunschkoalition kürzlich gewogen und für zu leicht befunden.

(Jens Nacke [CDU]: Ihre auch!)

Nach einem halben Jahr haben Sie die Mehrheit im Bundesrat verspielt. Wahrhaft ein Menetekel!

Wer regieren will, der muss den Menschen die Wahrheit sagen. Realitätsverweigerung wird mit Abwahl bestraft. Das haben Sie, das haben CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen schmerzhaft erkennen müssen. Das hat im Bund zu einem Absturz bei den Umfragen geführt, der beispiellos ist. Wenn Sie, Herr McAllister und Ihre Koalition, einen Dominoeffekt vermeiden wollen, dann ist es Zeit für eine Kursänderung - und zwar jetzt!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, seit den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts war Wachstum eine Metapher für steigenden Wohlstand, für mehr Einkommen, für mehr Urlaub, für den Zweitwagen und für das Eigenheim. Jetzt rutscht unser Land in eine beispiellose Verschuldung. Gleichzeitig schrumpft aber auch die Zahl der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler zur Krankenversicherung, zur Arbeitslosenversicherung und zur Rentenversicherung. Die demografische Entwicklung führt in vielen Gemeinden zur Halbierung der Kinderzahlen. Die Zahl der pflegebedürftigen hochbetagten Menschen wird sich im selben Zeitraum fast vervierfachen. Teilweise ist ein kompletter Umbau der Infrastruktur erforderlich.

Die Wirtschaft wird mit einem steigenden Fachkräftemangel kämpfen müssen. Schon heute fehlen Ingenieure, IT-Fachleute und andere Spezialisten. Auch das ist weitgehend Ihrem Bildungsversagen geschuldet.

Die Kommunen müssen Gebühren und Abgaben in einem schrumpfenden Gemeinwesen auf immer weniger Bürgerinnen und Bürger umlegen. Die anteiligen Kosten, die jede Einzelne und jeder Einzelne für die Grundversorgung mit staatlichen und kommunalen Dienstleistungen aufbringen muss, werden steigen. Sie haben nicht rechtzeitig gegengesteuert. Ich erinnere: Sie regieren in diesem Land seit sieben Jahren.

Meine Damen und Herren, diese Generation - unsere Generation - hinterlässt ihren Kindern trotz all der materiellen Errungenschaften, die es bei uns gibt, ein schweres Erbe. Das gilt in ganz besonderer Weise für das Thema Atomkraft und Atommüll. Künftige Generationen werden uns verfluchen, wenn wir den Wahnsinn dieser Technologie nicht endlich beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie, Herr McAllister, haben eine klare Aussage zu Gorleben gescheut und sich verschämt zu einer Laufzeitverlängerung bekannt. Das ist ein Fehler. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Geben Sie Gorleben endlich auf! Schließen Sie Laufzeitverlängerungen aus!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN - Jens Nacke [CDU]: Sie haben nur ein Thema! - Gegenruf von Olaf Lies [SPD]: Ihr habt gar kein Thema!)

Wer sich zuerst bewegt, der kann auch in schwieriger Zeit die Zukunft gestalten, Herr Nacke. Das ist, weiß Gott, ein schweres Thema. Und wer zu lange wartet, der wird am Ende jede Gestaltungsmacht verlieren und letztlich zum Getriebenen, wie Ihr Herr Försterling das für die Kanzlerin so treffend beschrieben hat.

Meine Damen und Herren, die Handlungsmöglichkeiten zur Verhinderung weiterer Finanzkrisen liegen oft jenseits der Landesebene, aber Sie entscheiden im Bundesrat mit. Wir haben vor Kurzem gesehen, welche Tragweite diese Entscheidungen haben können. Deshalb vermisste ich in Ihrer Rede klare Aussagen und Entscheidungen zu einer Politik, die die Finanzmärkte wieder zu Dienern der Realwirtschaft - unserer Handwerker, unserer Unternehmen, all derer, die die Realwirtschaft in unserem Land betreiben - macht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Eine Finanzmarkttransaktionssteuer, eine europäische Ratingagentur, Transparenz bei staatlicher Verschuldung und auch eine juristische Aufarbeitung von Verstößen gegen geltendes Bilanzrecht sind das Mindeste, was wir erwartet hätten und was wir erwarten müssen.

Meine Damen und Herren, eine Schlüsselstellung für uns als Bundesland nimmt die Bildungspolitik ein. Hierbei haben wir besondere Kompetenzen. Chancengerechtigkeit unabhängig vom Status der Herkunftsfamilie ist ein konstituierendes Element unserer Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Nicht zuletzt hat ein gutes Bildungssystem aber auch eine wichtige wirtschaftspolitische Funktion. Das gilt ganz besonders für ein Land ohne Rohstoffe. Deutschland lebt von guten Ideen, von guten Ingenieuren, von wegweisenden Patenten und

von kreativen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Aus all diesen Gründen wollen wir möglichst viele Kinder zu hohen Schulabschlüssen führen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Auch deshalb ist das Modell „Bayern“ für uns kein Vorbild. Aus all diesen Gründen wollen wir bildungsferne Schichten viel stärker an höhere Schulabschlüsse heranführen. Die Zahl derjenigen, die ohne Schulabschluss eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben, schrumpft immer mehr.

Ein wichtiger Maßstab ist für uns der Elternwille. Wenn sich Eltern für die Beschulung ihrer Kinder auf guten Gesamtschulen entscheiden, dann muss der Staat auch ein entsprechendes Angebot bereitstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es darf doch nicht sein, dass Niedersachsen über Jahre hinweg - und es sind wirklich viele, viele Jahre - der Hälfte der Eltern und der Kinder, die sich für dieses Modell entscheiden, einfach einen entsprechenden Platz verweigert. Da ist die Ankündigung einer neuen Arbeitsgruppe noch nicht einmal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Und, Herr Ministerpräsident, Niedersachsen ist in weiten Teilen ländlicher Raum. Sie wissen das am besten. Sie zeigen aber keine Perspektiven für Schulen im ländlichen Raum. Bei schrumpfenden Schülerzahlen werden Sie nicht an jedem Mittelzentrum und erst recht nicht an jedem Grundzentrum alle fünf Schultypen vorhalten können. Entweder ist das Angebot zwangsläufig zu schmal, oder es ist zwangsläufig zu teuer. Auch hier bieten nur kleine Gesamtschulen einen Ausweg.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, wir wollen Effizienzreserven an den Schulen heben, wir wollen auch die demografische Rendite für bessere Bildung nutzen, aber wir wollen darüber hinaus unterstützende Finanzierungsbeiträge vom Bund. Grundlage ist eine Neubewertung der Prioritäten staatlichen Handelns.

Nicht die kinderlose Ehe ist aus unserer Sicht ein förderwürdiges Institut staatlichen Handelns, sondern vielmehr die bestmögliche Unterstützung von

Kindern, wie auch die Freiheit von Eltern, Kinder und Beruf unter einen Hut zu bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von Ursula Ernst [CDU])

Meine Damen und Herren, Frau Ernst, hier liegt der Denkfehler der Konservativen, die zu lange dachten, dass man das alte Rollenmodell konservieren könne. Längst ist die Realität eine andere. Junge Männer und Frauen brauchen Infrastruktur für gute Kinderbetreuung, um Familie und Beruf zu bewältigen. Hier sind Fehler gemacht worden, die langfristige Folgen haben. Die niedrigen Geburtenquoten gefährden heute unsere sozialen Sicherungssysteme, weil diese sozialen Sicherungssysteme auf Wachstum, bestenfalls auf Stagnation bei den Bevölkerungszahlen ausgelegt sind.

Drei Möglichkeiten sind denkbar, um die sozialen Sicherungssysteme zu erhalten: erstens die Steigerung der Geburtenquoten, zweitens die Hinnahme deutlicher Einkommensverluste durch höhere Beitragszahlungen bzw. niedrigere Leistungen oder drittens mehr Zuwanderung.

Der erste Weg ist kurzfristig wirkungslos, sagen Wissenschaftler, die sich mit Demografie befassen. Der zweite Weg ist zwangsläufige Folge, wenn man den dritten vermauert. Genau das tut die Landesregierung, wenn sie Kindern, die seit 17 oder 18 Jahren hier in Niedersachsen leben und aufgewachsen sind, eine Aufenthaltsgenehmigung und die Staatsbürgerschaft verweigert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Folge dieser Politik - Herr Schünemann ist leider nicht da - ist: Die Abwanderung übersteigt gerade bei den jüngeren Jahrgängen die Zuwanderung. Das ist genau das Gegenteil dessen, was Länder, die dieses Problem erkannt haben, tun und wo sie ganz gezielt versuchen gegenzusteuern.

Wenn Sie nicht Integration und Einwanderung zur gelebten Praxis machen, verschärfen Sie das Problem zusätzlich. Deshalb müssen wir aus den unsäglichen Abschiebungsprogrammen endlich Ausbildungsprogramme machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deshalb müssen wir die zweite und dritte Generation der Zuwanderer auf allen Ebenen besser integrieren, auch im Staatsdienst. Deshalb sollten wir Student-Working-Programms schaffen, um jun-

gen Menschen Zuwanderungsanreize zu geben und sie zu motivieren, zu uns zu kommen.

Meine Damen und Herren, die Klima- und Energiepolitik ist eine gigantische Herausforderung, aber sie birgt auch große Chancen für Niedersachsen. Den größten Preis zahlen diejenigen, die jetzt abwarten und hoffen, dass der Kelch an ihnen vorübergeht. Sie werden ihre energieintensiven Industrien nicht sanieren. Sie werden ihre strom- und wärmefressenden Häuser nicht zu Passivhäusern umbauen. Sie werden von der Droge Erdöl nicht wegkommen, und sie werden weiterhin immens teure Dauersubventionen für den Irrweg Atomkraft bezahlen.

Herr McAllister, ich habe sehr wohl die Zwischentöne bei Ihnen gehört. Jetzt ist die Zeit der Entscheidungen. Gehen wir einen konsequenten Weg zu mehr Klimaschutz, mit engagierten Klimazielen und effizienten Technologien? Setzen wir auf Marktführerschaft und Technologieführerschaft bei erneuerbaren Energien, bei Suffizienz und Effizienz? Oder wollen Sie die alten Kämpfe um Atomkraft und Kohle ein weiteres Mal ausfechten?

(Zuruf von Christian Dürr [FDP])

Wer den zweiten Weg gehen will, Herr Dürr, der sollte sich schon mal harte Bandagen anschnallen. Die Laufzeiten im Atomkonsens waren ein Kompromiss, der nach 25 Jahren harter politischer Kontroverse entstand: von Wyhl in Baden-Württemberg über Gorleben nach Tschernobyl. Wer diese Laufzeiten in Frage stellt und Gorleben nach dem Asse-Desaster tatsächlich weiter bauen will, den kann ich nur warnen. Am Ende werden Unternehmen wie E.ON, Vattenfall, RWE oder auch BP nicht nur zerschlagen werden. Einige dieser Umweltterroristen werden am Ende hinter Gittern landen. Brunnenvergiftung ist immer noch ein Kapitalverbrechen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Haben Sie gerade „Terroristen“ gesagt? Und Sie meinen die Wirtschaftsunternehmen?)

- Ich habe „Umweltterroristen“ gesagt, Herr Nacke. Damit meine ich z. B. Unternehmen wie British Petroleum, die überhaupt keine Hemmungen haben, den Golf in dieser Art und Weise zu versauen, und vorher keine Vorsorge getroffen haben. Das ist für mich ein Beispiel für Umweltterrorismus.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Mäßigen Sie sich in Ihrer Wortwahl!)

Meine Damen und Herren, die Alternative zum sanften Weg, die Alternative zur Balance von Ökologie und Ökonomie ist gesellschaftliche Spaltung. Die Chance des sanften Weges ist auch eine wirtschaftspolitische und eine arbeitsmarktpolitische Chance. Sie, Herr McAllister, geben hier vor, einen Mittelweg zu gehen. Das ist aber meines Erachtens höchst unglaubwürdig, wenn Sie weiterhin mit einem Minister wie Herrn Sander antreten. Deshalb wird diese Politik Arbeitsplätze kosten, die entstehen könnten. Sie wird auch Arbeitsplätze kosten, die heute schon bestehen, wie das elende Gezerre um das Marktanreizprogramm und die überzogene Kürzung bei der Solarförderung zeigt.

Meine Damen und Herren, seit der Steuerschätzung im November 2009 kennen wir die Größenordnung des Handlungsbedarfs im Haushalt 2011. Erst kurz zuvor musste der Finanzminister einräumen, dass die Finanzkrise auch den niedersächsischen Landeshaushalt nicht ungeschoren lässt. Seit November 2009 ist ein dreiviertel Jahr vergangen. Heute kann uns die Regierung noch immer nicht sagen, wie sie die klaffende Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben schließen will.

(Ursula Körtner [CDU]: Doch!)

Wir haben Ihnen eine ganze Reihe von Vorschlägen auf den Tisch gelegt. Einige sagen, da sind harte Vorschläge dabei. Da haben sie recht. Das ist richtig. Sie werden sagen, Herr McAllister, die Vorschläge reichen nicht aus. Da haben Sie auch recht.

Auch uns ist die Neuverschuldung noch zu hoch. Wir arbeiten weiter. Aber wir wollen mit Ihnen in die Diskussion kommen. Wir wollen klären, was gemeinsam machbar ist. Wir wissen, dass einige Vorschläge Zeit für die Umsetzung benötigen. Deshalb ist es so wichtig, dass jetzt eine Verständigung über die richtigen Schritte erfolgt. Können Sie sich eine Einnahmeverbesserung vorstellen? Welche Aufgaben halten Sie beim Land für verzichtbar? Wie kann der Bildungsbereich gestärkt werden? Welche Initiativen im Bundesrat tragen Sie mit? Wie können wir Personalkosten sparen und gleichzeitig Beamte und Angestellte, die wir brauchen - und wir brauchen insbesondere dort auch sehr qualifizierte Personen -, halten?

Bei Ihnen bleibt all das heute im Ungefähren. Es gibt keine klaren und deutlichen Aussagen zu der Frage, wie die Haushaltssanierung dieses Landes aussehen soll. Meine Damen und Herren, im Moment ist zu fürchten, dass Sie das Konkursmodell Merkel/Westerwelle auf das Land übertragen wol-

len: spät und ohne ernsthafte Debatte hier im Haus, Luftbuchungen und kurzatmige Sparmaßnahmen wie Frühpensionierungen, die von Herrn Schünemann vorbereitet werden. Zu befürchten ist auch die gleiche soziale Schieflage wie im Bund, weil Ihr Partner, Herr McAllister, sich mit seinem Steuer-Mantra verrannt hat.

Meine Damen und Herren, ich will ein paar Beispiele nennen: Wir wollen die Flurbereinigung im Land beenden und die dafür zuständigen Abteilungen auflösen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Schwerer Fehler!)

- Gerne, gehört! - Wir wollen Alternativvorschläge. Wir wollen auch in der Landwirtschaft eine nachhaltige Entwicklung einleiten. Sie gehen in eine Sackgasse, wenn Sie die Bauern immer stärker zu Lohnmästern großer Konzerne machen.

Wir wollen eine Landeskrankenkasse für Beamte schaffen, die auch Geringverdiener unter den Beamten von hohen Beihilfelasten befreit. Überzogene Abrechnungen bei Arztkosten wollen wir begrenzen.

Wir wollen dem Bund einen Tausch anbieten: Bundessteuerverwaltung gegen Verkehrswegeplanung. Der Bund soll die Steuerverwaltung übernehmen, um die Möglichkeiten der Steuerhinterziehung im Umsatzsteuerbereich einschränken zu können. Auch die versteckte Steuernichterhebung, die zu einem merkwürdigen Wettbewerb zwischen den Bundesländern geführt hat, wollen wir endlich unterbinden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Dafür wollen wir im Gegenzug Doppelarbeit bei der Straßenbauverwaltung abbauen. Der Bund soll den Ländern die Mittel für Unterhalt und Neubau von Verkehrswegen übertragen. Die Bundesverkehrsverwaltungsbehörden können dann aufgelöst werden. Die Länder könnten künftig in eigener Verantwortung über den Etat über Straßenbaugeländer entscheiden und könnten sie auch für die Schiene oder für den ÖPNV einsetzen.

Meine Damen und Herren, darin bestünde auch eine realistische Chance, die Schieneninfrastruktur im Hinterland der Häfen rechtzeitig auszubauen und zu ertüchtigen. Sie müssten allerdings Ihre Autobahnträume, die Sie hier heute wieder vorge tragen haben, wohl beerdigen.

Meine Damen und Herren, Herr McAllister, bei der Elbvertiefung sind wir gespannt, ob Sie Wort halten. Sie haben mit der Fackel auf dem Deich gestanden, aber jetzt scheint das Feuer erloschen. Sie sind seltsam still geworden bei diesem Thema. Dabei gibt es nach wie vor zwingende Gründe für die Ablehnung einer weiteren Elbvertiefung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Olaf Lies [SPD])

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen auch von den Mehrheitsfraktionen, wenn Ihnen unsere Vorschläge nicht gefallen, dann machen Sie bessere, aber machen Sie welche! Und machen Sie welche, die über den Tag hinausreichen. Jetzt müssen strukturpolitische Weichen gestellt werden, die nicht nur für tausend Tage konzipiert sind. Wenn Sie Fundamente für ein Haus setzen wollen, dann dürfen Sie auch nicht davon ausgehen, dass es nach zweieinhalb Jahren wieder abgerissen wird. Deshalb kann ich Ihnen nur raten, bei längerfristigen Vorhaben das Gespräch mit der Opposition zu suchen und auch die Vorschläge der Opposition aufzugreifen. In zentralen Fragen ist Konsens eine *Conditio sine qua non*.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Jetzt wird es juristisch!)

Wer das nicht begreift, wird am Ende nichts Bleibendes gestalten. Aber wer es begreift und wem es gelänge, der könnte auch dafür sorgen, dass unsere Demokratie wieder an Vertrauen gewinnt und dass handelnde Personen wieder mehr an Glaubwürdigkeit gewinnen.

Der Funke, der von der Kandidatur von Herrn Gauck ausging, hat eine wachsende Kluft zwischen Regierungen und Regierten offenbart. Er hat aber auch gezeigt, wie stark unsere Demokratie gestalten kann, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger zur Teilhabe ermächtigt. Das gilt es in mehr Teilhabe auf allen Ebenen umzusetzen.

Eins sage ich Ihnen ganz deutlich: Die Zeit für parteitaktische Spielchen zugunsten der FDP ist vorbei.

(Jens Nacke [CDU]: Rheinland-Pfalz, sage ich dazu nur!)

Bei der letzten Umfrage kam das Häuflein von Herrn Dürr noch auf 4 %.

(Christian Dürr [FDP]: Wir gewinnen lieber die Wahlen als die Umfragen!)

Sie regieren mit einer Splitterpartei, Herr McAllister.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wenn Sie, wenn die CDU ihrem Anspruch als Volkspartei gerecht werden will, dann müssen alle Vorschläge zum Haushalt glaubwürdig und gerecht durchfinanziert werden. Herr McAllister, wir müssen Ihre Regierungserklärung an dem Notwendigen messen. Deshalb haben wir sie für zu leicht befunden. Wenn Sie nicht weiter springen, dann wird Ihre Regierung tatsächlich 2013 abgewählt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Lassen Sie sich zum Schluss noch ein Zitat von einem Veteranen der Parlamentsarbeit in Niedersachsen mit auf den Weg geben.

(Oh! bei der CDU - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Dinosaurier!)

Das Zitat ist von Herrn Christian Wulff,

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

und es lautet wie folgt:

„Es ist sicherlich ein Ritual, dass man sagt, die Regierungserklärung war zu schwach. Aber diese Feststellung, dass es eine schwache Regierungserklärung war, war angesichts der Dynamik der Probleme im Lande, die gelöst werden müssen, niemals zuvor so richtig wie gestern.“

Und heute - füge ich hinzu.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Und morgen!)

Zitat Christian Wulff, Oktober 1998.

Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön. - Für die FDP-Fraktion: Herr Kollege Dürr, bitte!

#### **Christian Dürr (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gestern im Deutschen Bundestag Christian Wulff, einen Niedersachsen, zum zehnten Bundespräsidenten

der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Dieses Land kann stolz darauf sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben heute den Abgeordneten David McAllister zum zehnten Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt. Lieber David, ich will das ganz persönlich sagen.

(Zuruf von der SPD: Hey, hey!)

Wir haben mit dir in der Regierung - ich seit - - -

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Wie war das mit dem Duzen, Herr Kollege Dürr? - Wir hatten das in der letzten Sitzung besprochen.

#### **Christian Dürr (FDP):**

Entschuldigung, Frau Präsidentin. - Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

(Lachen bei der SPD)

Ich will es aber trotzdem auch mit dem „Sie“ ganz persönlich sagen: Wir haben mit *Ihnen* seit vielen Jahren, seit 2003, in der schwarz-gelben Landesregierung erfolgreich zusammengearbeitet. Ich darf hinzufügen: Das hat im wahrsten Sinne des Wortes Freude gemacht, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Uns eint vor allen Dingen eines: Es ist der gemeinsame Wille, Politik in Niedersachsen zu gestalten. Das werden wir bis 2013 und weit darüber hinaus auch tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Eben nicht!)

Sehr geehrter Herr Kollege Schostok! Sehr geehrter Herr Kollege Wenzel! Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, dass es ihm ausdrücklich auch um einen Wettbewerb der Ideen geht. Ich hätte mir gewünscht, dass in den Aussprachen von Grünen und SPD zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten heute etwas von diesem Wettbewerb der Ideen zu spüren gewesen wäre, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Olaf Lies [SPD]: Dann hättet ihr mal damit anfangen müssen! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Sozialdemokraten in Niedersachsen haben trotz der Wechsel an der Fraktionsspitze und im Landesvorsitz nach wie vor keine Zukunftskonzepte für dieses Land.

(Lachen bei der SPD - Johanne Modder [SPD]: Oh nein, Herr Dürr!)

Ich will auf die Vorschläge von Herrn Schostok eingehen. Herr Schostok, es mag ja die - ich hätte fast gesagt - Gnade der späten Geburt sein; Sie sind ja erst seit dieser Wahlperiode im Niedersächsischen Landtag. Sie haben vom Konnexitätsprinzip gesprochen. Ich will Sie nur daran erinnern, dass CDU und FDP in der vergangenen Wahlperiode genau dieses Konnexitätsprinzip in die Landesverfassung geschrieben haben, und erst, nachdem wir Ihre Fraktion ein Dreivierteljahr durch das Parlament getrieben haben, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Wie war das denn? War das denn einstimmig, Herr Dürr?)

Herr Kollege Schostok, Sie haben dann weiter von der Vermögensteuer und der Erhöhung des Spitzensteuersatzes und von der Regulierung der Finanzmärkte gesprochen.

(Johanne Modder [SPD]: Als FDP wäre ich jetzt ganz vorsichtig!)

Ich will nur an eines erinnern:

(Olaf Lies [SPD]: Ja, an Guido Westerwelle!)

Es hat vor einiger Zeit, von 1998 bis 2005, einen niedersächsischen Bundeskanzler in einer rot-grünen Koalition gegeben.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Das waren gute Zeiten! - Gegenruf von Reinhold Hilbers [CDU]: Nein, das waren sie nicht!)

In dieser rot-grünen Zeit ist der Spitzensteuersatz gesenkt worden, sind die Finanzmärkte massiv dereguliert worden, ist die Steuer auf Veräußerungsgewinne für große Unternehmen auf null gesetzt worden und ist die Rente mit 67, mit der Sie bis heute keinen Frieden gemacht haben, eingeführt worden. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wer so geschichtsvergessen ist, der sollte sich hier ein bisschen ruhiger verhalten!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Kollege Wenzel, ich will auch auf Ihren Beitrag zum Wettbewerb der Ideen eingehen. Sie haben vor Kurzem ein Haushaltspapier, einen Vorschlag für den niedersächsischen Landeshaushalt vorgestellt. Beispielsweise wollen Sie 100 Stellen im Verfassungsschutz streichen. Vor dem Hintergrund der Angriffe auf eine jüdische Tanzgruppe und des Kaufs einer Gaststätte bei Stade durch die NPD halte ich es ausdrücklich für einen Fehler, darüber nachzudenken.

Wenn ich es richtig nachgelesen habe, wollen Sie die Grundsteuer erhöhen, was nur dazu führen würde, dass die Mieten in Niedersachsen und in Deutschland stiegen, was am Ende die kleinen und mittleren Einkommen belastete.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Nein, die kleinen Mieten steigen auch nur klitzeklein!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auch an Ihrem Beispiel zur Haushaltskonsolidierung wird deutlich, dass das, was Sie auf der einen Seite sagen, nämlich soziale Gerechtigkeit in Deutschland zu pflegen, und das, was Sie auf der anderen Seite vorschlagen, nichts miteinander zu tun hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deswegen ist es wichtig und richtig, dass Schwarz-Gelb Niedersachsen geradlinig und erfolgreich durch die vergangene Wirtschafts- und Finanzkrise geführt hat. Bei allen wichtigen Indikatoren steht Niedersachsen durch schwarz-gelbe Politik besser da als vorher. Wir haben ein Plus bei den Umsätzen der Unternehmen zu verzeichnen, es gibt ein Plus bei den Auftragseingängen, wir haben ein Plus bei den Gewerbeanmeldungen, bei den Bruttoverdiensten und bei den Arbeitsplätzen zu verzeichnen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, unter Schwarz-Gelb gibt es in Niedersachsen die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1992, seit 18 Jahren. Das ist ausdrücklich ein Erfolg dieser Regierung.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Frage ist ja, was uns an dieser Stelle trägt. Was ist der Überbau dieser Landesregierung? Was hat uns in Niedersachsen erfolgreich gemacht? Was wird uns in Niedersachsen in den kommenden Jahren noch erfolgreicher machen? Unsere Antwort lautet: So viel wie möglich vor Ort und nur so viel wie nötig zentral. Das ist die Maßgabe dieser Landesregierung und dieser Regierungsfractionen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Schwarz-Gelb will, dass die richtigen Entscheidungen an der richtigen Stelle gefällt werden. Eine erfolgreiche schwarz-gelbe Politik der Bürgernähe wollen wir fortführen und ausbauen. Wir glauben weiterhin, dass die Menschen vor Ort besser wissen, wie ihre Zukunft besser gemacht werden kann. Wir glauben, dass es am Ende auch gerechter ist, die Entscheidungen, wo immer es möglich ist, von den Betroffenen vor Ort selbst fällen zu lassen. Unser Ziel ist es, den aktiven Bürger in den Mittelpunkt zu stellen. Es geht um Solidarität, es geht um Teilhabe und es geht am Ende auch konkret um Verantwortung. Im Kern geht es uns um Freiheit, aber nicht um Freiheit von Verantwortung, sondern um Freiheit zur Verantwortung. Es geht um eine Ethik der Verantwortung hier bei uns in Niedersachsen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir wollen eben keine Gleichmacherei, sondern wir erkennen die Einzigartigkeit eines jeden Einzelnen an. Das spiegelt eben unsere Politik wieder.

Das gilt ausdrücklich für den ersten Bereich, über den ich sprechen möchte, nämlich für die Bildungspolitik. Hier wird das erfolgreiche Prinzip des Handelns und der Verantwortung vor Ort besonders deutlich.

CDU und FDP haben seit 2003 trotz und im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 1 Milliarde Euro mehr für den Bildungsbereich, für Schulen und Hochschulen, zur Verfügung gestellt. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode die eigenverantwortliche Schule eingeführt und sind mit ihr gut unterwegs. Wir wissen, dass die Schulleiter vor Ort als Entscheider gestärkt werden müssen, weil sie am besten wissen, was zu tun ist. Schule muss dort gemacht werden, wo die Pädagogen sind, und ausdrücklich nicht dort, wo verwaltet wird.

(Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]: Wo die Kinder sind!)

Wir müssen die Schulleiter entsprechend dafür qualifizieren. Deswegen ist es meiner Fraktion und der Regierung besonders wichtig, dass wir die Führungsakademie für Schulleiter auf den Weg bringen. Wir wollen die Schulleiter - das hat der Herr Kultusminister bereits angekündigt - von Bürokratie entlasten, und wir wollen gerade auch dabei gemeinsam mit den Schulträgern, gemeinsam mit den Kommunen, nach Lösungen suchen, wie wir Verwaltungsaufgaben finanzieren und wie

wir Schulleiter von Bürokratie entlasten. In der Schulpolitik steht für uns die Pädagogik im Vordergrund. Qualität in der Schule wird am Ende durch Menschen gemacht und nicht durch Verwaltungsvorschriften.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das wird an so wichtigen Projekten wie beispielsweise der Bildung für nachhaltige Entwicklung deutlich, die die Landesregierung und dieser Kultusminister ausdrücklich unterstützen. Das sind Projekte, die das Selbstbewusstsein der Schülerinnen und Schüler stärken, die die Schülerinnen und Schüler auf einen guten Weg zur Teilhabe an der Gesellschaft bringen. Das ist unser Weg in der Bildungspolitik, meine Damen und Herren.

Die soziale Durchlässigkeit - sie ist von Herrn Schostok vorhin erwähnt worden - und die Aufstiegschancen des Bildungssystems liegen uns ebenfalls am Herzen. Denn eines ist richtig, und das sage ich an dieser Stelle mit aller Ernsthaftigkeit, weil dies ein Punkt ist, an dem wir alle zusammen arbeiten müssen: Die Aufstiegschancen eines jungen Menschen in Deutschland hängen nach wie vor zu stark vom Elternhaus ab. Daran haben übrigens auch SPD-Vorgängerregierungen nichts geändert. Das will ich an dieser Stelle anfügen. Aber wir wissen aus Studien auch - da lohnt es sich eben, genauer hinzuschauen, Herr Schostok -, dass es dabei unerheblich ist, ob das dreigliedrige Schulsystem oder eine Gesamtschule besucht wurde. Entscheidend für den sozialen Aufstieg und für die sozialen Chancen eines jeden jungen Menschen ist ein Schulabschluss, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen hat Schwarz-Gelb in Niedersachsen seit 2003 die Anzahl der Schulabbrecher um ein Drittel reduziert. Auch das ist unser Erfolg; auch das muss hier deutlich gesagt werden.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das wird uns auch gelingen, wenn wir den Weg der Vor-Ort-Entscheidung konsequent weitergehen. Zur Ehrlichkeit gehört auch dazu: Wir müssen zur Vor-Ort-Entscheidung, zur Individualität vor Ort, nicht nur kommen, weil wir das politisch wollen, sondern weil wir es inhaltlich müssen. Ein Grund - das ist hier vorhin angesprochen worden - ist der demografische Wandel. Wir haben es gerade im Grundschulbereich mit stark sinkenden Schülerzahlen zu tun. Das erfordert neue schulpolitische Kreativität insbesondere im ländlichen Raum. Wir setzen auf flexible Lösungen, und wir

wollen, dass die Kommunen, die Schulträger vor Ort, entscheiden. Von diesem Gedanken ist diese Landesregierung getragen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Aber wenn ich mir genau anhöre, was Sie vorhin gesagt haben, so ist das das komplette Gegenteil von dem, was wir wollen. Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wollen die Gleichmacherei aus Hannover; wir wollen, dass die Politiker, die Räte, die Schulträger vor Ort entscheiden, weil sie besser wissen, was zu tun ist, als wir hier in Hannover.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich würde mich ausdrücklich freuen, wenn die alte Schulstrukturdebatte, von der dieses Parlament - ich gehöre ihm seit 2003 an - in der Bildungspolitik leider immer wieder geprägt wurde, jetzt ad acta gelegt werden könnte.

(Wolfgang Wulf [SPD]: Nein!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, ich reiche Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich die Hand.

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Das ist sehr schön, Herr Kollege Dürr

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Erst das Messer weglegen!)

- nein! -, aber es werden Zwischenfragen gewünscht.

**Christian Dürr (FDP):**

Nein, keine Zwischenfragen, bitte.

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Keine Zwischenfragen.

**Christian Dürr (FDP):**

Danke, Frau Präsidentin. - Ich reiche Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich die Hand, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erwarte aber gleichzeitig von Ihnen, dass Sie Ihre ideologischen Scheuklappen ablegen. Alles ist möglich, aber es muss vor Ort funktionieren, meine Damen und Herren. Deswegen setzen wir an dieser Stelle auf die Flexibilität in der Schulstrukturdebatte.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Für uns gilt die Maßgabe: Kein Abschluss ohne Anschluss. Das ist das Ziel, das ist das Motto, von dem wir in der Bildungspolitik getragen werden.

Ich will einen weiteren Punkt, nämlich die Hochschulpolitik, ansprechen. Weil vorhin über Studiengebühren und über einige andere Punkte geredet wurde, will ich nur ein Beispiel nennen: Niedersachsen hat die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben in Deutschland pro Studierenden. Hierbei sind wir in Deutschland auf Platz eins. Auch das ist ein erfolgreiches Umschichten dieser Landesregierung in Richtung Bildung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Von Arm nach Reich!)

Der Zukunftsvertrag, der gerade wieder gemeinsam mit den Hochschulen unterzeichnet wurde, ist Sinnbild für mehr Autonomie und für mehr Gestaltungsspielräume eben auch für die Hochschule. Wir wollen eine faire Partnerschaft zwischen der Landesregierung und den Hochschulen, den Universitäten und den Fachhochschulen in Niedersachsen, auch eine faire Partnerschaft, was die finanziellen Rahmenbedingungen betrifft. Dazu zählen ausdrücklich auch die Studiengebühren. Es wäre das Falscheste im schulpolitischen Sinne, aber natürlich auch im hochschulpolitischen Sinne, die Studiengebühren zu streichen. Das würde uns auf jeden Fall auf die Butterseite fallen, und Sie würden der Hochschulpolitik in Niedersachsen einen Bärendienst erweisen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn ich von „vor Ort“ spreche, dann gilt das natürlich ausdrücklich auch für die Kommunalpolitik. Heute Morgen ist bereits gesagt worden, dass wir derzeit im Parlament ein neues Kommunalverfassungsgesetz beraten. Dabei geht es nicht nur um die Zusammenlegung von vier Einzelgesetzen, sondern es geht auch inhaltlich um die Stärkung der Kompetenz der Kommunen und der kommunalen Körperschaften, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir wollen es für die Gemeinderäte einfacher machen, wir wollen es flexibler machen und wir wollen es freier machen. Der Zukunftsvertrag, den die Landesregierung gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden unterschrieben hat, ist diesbezüglich ein wichtiges Signal.

Ja, es gibt Strukturen in Niedersachsen. Das Weserbergland, der Harz und der Nordosten des Landes sind vorhin genannt worden. Im kommunalen Bereich gibt es Strukturen, die ins 21. Jahrhundert versetzt werden müssen. Da bauen wir darauf, dass vor Ort die Vernunft und der Wille zur Veränderung vorhanden sind. Aber diese Landesregierung wird mit dem Zukunftsvertrag die Kommunen

unterstützen. Das Falscheste, was wir machen könnten, ist das, was SPD und Grüne mit diesem Land vorhaben, nämlich in Hannover eine neue Karte zu zeichnen und eine Gebietsreform von oben zu machen. Deswegen lehnen wir eine solche Gebietsreform von oben ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Völliger Unsinn!)

Wir wollen die Entscheidungsbefugnisse an die Kommunen zurückgeben, wir wollen das Ehrenamt vor Ort stärken, wir wollen eine aktive Bürgergesellschaft. Das ist meines Erachtens auch eine Antwort auf die Politikverdrossenheit und das derzeit mangelnde Vertrauen in Politik, wie wir alle miteinander selbstkritisch feststellen müssen.

(Johanne Modder [SPD]: Die FDP ein bisschen mehr!)

Politik darf auch nicht durch eigene Aussagen Politikverdrossenheit schüren, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich war gestern in Berlin bei der Bundesversammlung.

(Zurufe von der SPD: Wir auch!)

Am Rande dieser Bundesversammlung musste ich hören, dass der Landesvorsitzende der Linken, Diether Dehm, auf die Frage, für welchen Kandidaten er sich entscheiden würde,

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Das ist schon erledigt, er hat sich schon entschuldigt! Lesen Sie dpa!)

Christian Wulff oder Joachim Gauck, antwortete, das sei wie die Wahl zwischen Hitler und Stalin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit haben die Linken jedes Recht an dieser Stelle verloren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Herr Wenzel, nicht so verschämt!)

Mit solchen Aussagen wird Vertrauen in Politik erschüttert.

(Zuruf von Kreszentia Flauger [LINKE])

- Frau Flauger, das war mit Verlaub nicht das einzige Zitat.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Welche haben Sie denn noch?)

Ich habe Herrn Dehm über Joachim Gauck Worte wie „Brunnenvergifter“ und „Hexenjäger“ sagen hören. Die Linken sagen immer, sie hätten sich lange genug mit sich selbst beschäftigt. Anhand dieser Zitate merkt man: Das ist offensichtlich nicht der Fall.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will zur Haushaltspolitik kommen; denn auch in der Haushaltspolitik können uns die Menschen in Niedersachsen weiterhin vertrauen. Ja, es gibt nach wie vor akute Sparzwänge und einen großen Handlungsbedarf im Landeshaushalt, ganz genauso wie im Bundeshaushalt.

Die Frage, ob ein Staat pleitegehen kann, hat das Beispiel Griechenland in trauriger Weise beantwortet, meine Damen und Herren. In letzter Zeit ist viel über das Verhalten der Spekulanten erzählt worden und darüber, wie sie gegen Griechenland und die gemeinsame europäische Währung gewettet hätten. Aber am Ende müssen wir feststellen: Diese Spekulanten sind auf einer Welle gesurft, die es ohne die hohe Staatsverschuldung in den Mitgliedsstaaten überhaupt nicht gegeben hätte. Hier steht Politik und auch Landespolitik in der Verantwortung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um die Euro-Krise, die Krise in den Mitgliedsstaaten zu bewältigen, müssen wir die Haushalte konsequent konsolidieren. Das sind wir der europäischen Währung und den zukünftigen Generationen schuldig. Das will ich an dieser Stelle betonen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben genau das in Niedersachsen seit 2003 konsequent getan. Ich erinnere an die Nettokreditaufnahme aus dem Jahre 2003 von 3 Milliarden Euro. Das hören die Kollegen von der SPD nicht so gern. Wir haben das bis 2009 auf 250 Millionen Euro reduziert. Da war mit viel Anstrengung verbunden.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: 4,6 Milliarden, Herr Dürr!)

Die Opposition, von der wenig konstruktive Vorschläge kamen, war alles andere als eine Hilfe. 2010 hätten wir gerne die schwarze Null erreicht. Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise war uns das nicht vergönnt.

Aber auch wenn wir dieses Ziel krisenbedingt nicht erreicht haben, so steht das Land Niedersachsen wirtschaftlich am Ende gut da.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Verschuldeter als jemals zuvor!)

Das Sparen und die Anstrengungen haben sich gelohnt, Herr Dr. Sohn. Schwarz-Gelb geht in Niedersachsen mit dem Geld schlicht und einfach anders um als Vorgängerregierungen. Es ist ein bisschen wie mit dem Sparschwein im Kinderzimmer. Früher hat man den Hammer genommen und draufgehauen. Man hat das Sparschwein zertrümmert. Das Geld war weg, und das Sparschwein war ebenfalls kaputt. Meine Damen und Herren, wir benutzen heute einen kleinen Schlüssel. Wir schließen das Sparschwein auf und nehmen so viel heraus, wie nötig ist und im Interesse der künftigen Generationen nicht mehr. Der Rest geht dann in die Haushaltskonsolidierung.

(Lachen bei der SPD und bei der LINKEN - Johanne Modder [SPD]: Wer ist denn das Sparschwein?)

93 % der Deutschen unterstützen uns nach einer dimap-Umfrage bei diesem Konsolidierungskurs. Wir werden ausdrücklich so weitermachen, auch gegen Ihren Protest, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Unruhe)

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herr Kollege Dürr, einen kleinen Moment bitte! Ich möchte Herrn Möhrmann nur mitteilen, dass Herr Kollege Dürr keine Zwischenfragen zulässt. - Ich danke Ihnen, dass es jetzt wieder etwas ruhiger geworden ist. - Herr Dürr, Sie haben das Wort.

#### **Christian Dürr (FDP):**

Herr Kollege Möhrmann, die Umfrage zeigt, dass die Menschen in diesem Land offensichtlich weiter sind als so manche Oppositionspolitiker. Auch im Ausland gilt mittlerweile die deutsche Sparpolitik als Musterbeispiel. Das hat der G-20-Gipfel in Toronto gezeigt. Wir wollen intelligent sparen: nicht nach dem Modell Rasenmäher, sondern mit Bedacht und Planung. Bildung, Forschung und Innovation sind ausgenommen. Im Gegenteil: Da wollen wir uns sogar noch verstärken. Schließlich sparen Eltern, wenn es knapp wird, auch nicht zuerst an der Bildung ihrer Kinder, sondern lieber beim eigenen Konsum. Gleichwohl gilt: Wir müssen die Schiefelage der öffentlichen Haushalte ändern.

Weil es vorhin erwähnt wurde, will ich an dieser Stelle auch noch etwas zum Sparpaket der Bun-

desregierung sagen. Im Jahr 1998 wurden im Bundeshaushalt noch unter 40 % der Mittel für Soziales ausgegeben. Im Jahr 2009 waren es schon über 55 %. Wenn jetzt ein Drittel des Sparpaketes Sozialleistungen betrifft, dann kann man wirklich nicht davon sprechen, dass der Sozialetat über Gebühr belastet wird. Auch das gehört zu den Märchen, die Sie an dieser Stelle gerne erzählen. Die werden wir eindeutig widerlegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Olaf Lies [SPD]: Das will ich sehen! - Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Fangen Sie doch jetzt mal mit dem Widerlegen an!)

Wir müssen mit den Menschen auch in Niedersachsen offen über die Sparzwänge reden. Wir können das Problem nicht mehr in die Zukunft verschieben. Die Schuldenbremse gilt, auch in Niedersachsen. Auch darauf können sich die Menschen in Niedersachsen verlassen. Wenn wir die Hypotheken weiterhin auf zukünftige Generationen verschieben, ist das ein fundamentale Ungerechtigkeit.

(Zuruf von Ursula Helmhold [GRÜNE])

Deswegen will ich Ihnen einen kurzen Satz vorlesen:

„Jede Generation muss mit den Mitteln auskommen, die ihr zur Verfügung stehen. So eröffnen wir nachfolgenden Generationen neue Gestaltungsmöglichkeiten und neue Chancen.“

Das steht im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb, und dieser Koalitionsvertrag gilt an dieser Stelle.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich habe damit angefangen und habe deutlich gemacht, dass wir auf die Entscheidungen und den Verstand vor Ort vertrauen. Unsere Philosophie ist, dass wir Handlungsspielräume für die Menschen und die Entscheidungsträger vor Ort weiter öffnen wollen. Wir wollen, dass die Macher vor Ort - die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Kommunalpolitiker und selbstverständlich auch die Gebietskörperschaften - mehr Verantwortung übernehmen können, auch deshalb, weil Verantwortung in den letzten Monaten und Jahren in Deutschland vielleicht etwas zu kurz gekommen ist. Die Menschen haben gemerkt, dass man sich,

wenn man Banker oder Investor ist und es wirtschaftlich schiefgeht, am Ende aus der Verantwortung stehlen kann. Deswegen bin ich froh, dass die Bundesregierung jetzt deutlich gemacht hat, welche Lehren sie aus der Finanzkrise zuallererst ziehen will.

(Olaf Lies [SPD]: Dann können Sie die Mövenpicksteuer zurücknehmen, oder was war die Lehre?)

Wir haben in Deutschland Banken, bei denen die Politik davon ausgeht, dass sie - wie es auf englisch heißt - „too big to fail“ sind, d. h. zu groß, als dass man sie pleitegehen lassen könnte. Ich bin ausdrücklich froh darüber, dass die Bundesregierung ordnungspolitisch hier herangehen und den Bankensektor entflechten will. Das ist ein gutes und richtiges ordnungspolitisches Zeichen von Schwarz-Gelb in Berlin, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Wie denn? Wann denn?)

An dieser Stelle will ich allerdings auch erwähnen, dass Verantwortung natürlich auch Selbstbestimmung voraussetzt und dass vor allen Dingen informationelle Selbstbestimmung in Zeiten des Internets von immenser Wichtigkeit ist. Wir sehen deshalb mit Sorge, wie Google Earth mit Kamerawagen auch durch Niedersachsen gefahren ist und fährt und dabei die Menschen und die Häuser abfotografiert. Ich erwähne das an dieser Stelle, weil uns das in diesen Zeiten zum Nachdenken Anlass geben muss, weil es letztlich auch um die Rechte der Bürgerinnen und Bürger geht. Es ist das ausdrückliche Ziel von CDU und FDP, die Bürgerrechte zu stärken.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir wollen, dass Niedersachsen erfolgreich bleibt. Wir haben in Niedersachsen Wirtschaftsbereiche mit großer Zukunft, beispielsweise die Ernährungswirtschaft und die Automobilwirtschaft. Ich füge hinzu - Herr Wenzel, das ist richtig -, dass auch die Energiewirtschaft und die erneuerbaren Energien zum Standbein der Wirtschaft in Niedersachsen gehören. Gerade in der Energiepolitik darf man sich aber dann, wenn man Verantwortung trägt, nicht aus der Verantwortung stehlen. Das, was Sie eben über das Thema der Endlagerung

gesagt haben, bedeutet ein Stehlen aus der Verantwortung.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich bin froh, dass die Bundesregierung dieses Thema angeht.

Gerade weil in der Energiepolitik auch die Frage der Kosten der Unternehmen von Belang ist, dürfen wir die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft nicht außer Acht lassen. Gerade die Industriebetriebe und das produzierende Gewerbe, das uns mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen so hervorragend durch die Krise getragen hat, dürfen dabei nicht auf der Strecke bleiben. Wir wollen Industrie in Niedersachsen. Ich nenne hier VW und viele andere. Wir wollen diese Unternehmen hier haben. Deswegen müssen wir bei den Energiekosten ehrlicherweise natürlich auch auf den Preis schauen. Das gehört zur Wahrheit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Niedersachsen ist in den vergangenen siebeneinhalb Jahren internationaler geworden, gerade auch in der Wirtschaftspolitik, mit Walter Hirche, mit Philipp Rösler und mit Jörg Bode. Wir haben mit dem JadeWeserPort ein Mammutprojekt auf den Weg gebracht. Der JadeWeserPort wird pünktlich fertig. Es ist in der Geschichte wahrscheinlich sogar zum ersten Mal so, dass ein Projekt schneller fertig wird, als die Wirtschaft es nutzen kann. Ich bin Jörg Bode ausdrücklich dankbar dafür, dass er mit dem Termin der Inbetriebnahme in der Mitte des Jahres 2012 einen guten Kompromiss mit Eurogate erreicht hat. Herr Wenzel, ich will Ihnen eines sagen. Sie haben in Ihrer Rede ja gerade über Infrastruktur und Straßenbauprojekte gesprochen. Wenn Sie nach wie vor gegen diesen wichtigen Hafen für Niedersachsen sind, setzen Sie auf das falsche Pferd.

**(Vizepräsident Hans-Werner Schwarz übernimmt den Vorsitz)**

Infrastruktur ist die zentrale Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Es wäre deswegen falsch, jetzt bei Straßenbauprojekten zu sparen. Auch hier nehmen wir den Bund weiterhin in die Pflicht. Investitionen in diesen Bereich - wo es möglich ist, auch in öffentlich-privater Partnerschaft - sind eine zentrale Aufgabe des Staates. Wir werden dieser Aufgabe weiterhin gerecht.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der Wohlstand der Menschen hängt entscheidend von den Rahmenbedingungen ab, die wir den Unternehmen und ihren Mitarbeitern bieten. Wir stehen - das betone ich - für eine starke Infrastruktur, denn sie ist das Fundament, auf dem unser aller Wohlstand fußt. Wir werden Bewährtes fortsetzen, neue Chancen eröffnen und die Zukunft gestalten. So haben es Union und FDP am 27. Februar 2008 in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten. Wir haben seitdem auch so gehandelt. So wird es die FDP-Fraktion zusammen mit der CDU und David McAllister auch weiterhin tun, und zwar Tag für Tag.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

In diesem Sinne freuen wir uns auf die weitere Regierungs- und Parlamentsarbeit zusammen mit den Christdemokraten hier in Niedersachsen. Unsere Zusammenarbeit ist seit 2003 von Vertrauen, Berechenbarkeit, Geradlinigkeit und vor allem von Verlässlichkeit geprägt. Die Landesregierung und die Fraktionen sind ein guter Mix aus allen Generationen der Gesellschaft. Das war in der Vergangenheit der Schlüssel zum Erfolg, und das wird auch unter Ministerpräsident David McAllister der Schlüssel für gute Landespolitik in Niedersachsen sein.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Niedersachsen ist vielfältig und bunt. Diese Vielfalt und Buntheit fördert die Möglichkeit, über Dinge vor Ort zu entscheiden und nach maßgeschneiderten Lösungen vor Ort zu suchen. Meine Damen und Herren, wir wollen, dass Niedersachsen sich diese Vielfalt erhält. Das ist unser Auftrag.

Herzlichen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### **Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:**

Danke sehr. - Als nächster Rednerin erteile ich Frau Flauger von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie es aussieht, ist dies die letzte Wortmeldung vor den Parlamentsferien.

(Unruhe)

- Einen kleinen Moment, Frau Flauger! Lassen wir erst einmal Ruhe einkehren. - Bitte schön, Sie haben das Wort.

#### **Kreszentia Flauger (LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, in den letzten Wochen haben meine Fraktion und ich gemeinsam mit vielen Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern an den Montagskundgebungen gegen Hartz IV hier in Hannover am Schillerdenkmal und an vielen anderen Orten in Niedersachsen teilgenommen. Diese Kundgebungen finden jetzt seit über fünf Jahren statt. Wir haben dort mit Betroffenen gesprochen, die sich bitterlich und zu Recht bei der Politik beklagt haben, mit älteren Arbeitslosen, die von einer Maßnahme in die nächste verschoben werden, mit Menschen, die am Monatsende nicht mehr wissen, wie sie ihren Kindern das Essen bezahlen können, mit Frauen und Männern, die Pfandflaschen aus dem Müll sammeln müssen, um sich über Wasser zu halten.

Diese Menschen hätten es verdient gehabt, in Ihrer Regierungserklärung erwähnt zu werden und eine Aussicht zu bekommen, wie sie ihr Leben wieder würdig gestalten können.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese benachteiligten Menschen lassen Sie, Herr Ministerpräsident, ratlos und enttäuscht zurück. Sie haben diesen Menschen heute entweder keine Antworten geben können, oder Sie wollten es nicht, und damit sind Sie schon gescheitert, bevor Sie richtig begonnen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, normalerweise gehört zur Übernahme der Geschäfte in jedem guten mittelständischen Unternehmen in Niedersachsen eine vollständige Eröffnungsbilanz. Herr McAllister, Sie haben einige Angaben unterschlagen. Ich nenne das politische Bilanzfälschung. Lassen Sie mich deshalb einige wichtige Punkte ergänzen.

Erstens. Erst gestern sind die neuen Arbeitslosenzahlen veröffentlicht worden. Diese zeigen ein strukturelles Versagen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung auf.

(Beifall bei der LINKEN - Thomas Adasch [CDU]: Was? - Björn Thümler [CDU]: Das Gegenteil ist richtig!)

Gegen den Bundestrend steigt in Niedersachsen die Jugendarbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat um 6,2 %. Auch im Jahresvergleich ist die Entwicklung erheblich schlechter als im Bundesvergleich.

Zweitens. Die niedersächsische Armutsquote liegt nach sieben Jahren Schwarz-Gelb bei 15,8 %. Das sind über 1,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zwischen Küste und Harz. Damit liegt Niedersachsen auf dem drittletzten Rang der westdeutschen Länder.

Drittens. Nach Angaben des Deutschen Landkreistages sind 8 % der Niedersachsen unter 65 Jahren Hartz-IV-Bezieher. Meine Damen und Herren, Hartz IV bleibt das größte Verarmungsgesetz in der Geschichte der Bundesrepublik.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber was in Niedersachsen besonders schlimm ist, das ist die hohe Zahl der Kinder, denen nur der völlig unzureichende Hartz-IV-Satz zur Verfügung steht. Das ist und bleibt ein politischer und sozialer Skandal!

(Beifall bei der LINKEN)

Darüber hinaus nimmt das Rentenniveau dramatisch ab. Die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die in Niedersachsen nach einem vollen Erwerbsleben nur die Grundsicherung beziehen, steigt seit Jahren.

Die ganz jungen und die alten Menschen sind in besonderem Maße die Verlierer der von den Hartz-IV-Parteien praktizierten Politik des Sozialabbaus.

Diese Datenreihe könnte ich noch länger fortsetzen, z. B. bei Themen wie Altenpflege, Bildungschancen für ärmere Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund, Ärztemangel - Themen, die Sie unerwähnt gelassen haben! Niedersachsen hat vielleicht nicht in allen Bereichen die rote Laterne. Aber man kann sie von hier aus sehr gut sehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist die katastrophale Bilanz nach sieben Jahren Schwarz-Gelb in Niedersachsen.

(Thomas Adasch [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Christian Wulff hat in den vergangenen Jahren hier eine Politik des sozialen und ökologischen Kahlchlags vertreten, die der Haltung der französischen Königin Marie Antoinette entspricht, die ausrief: Wenn die Armen kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen! - Dafür hatte man weder früher noch hat man jetzt ein Schloss verdient.

(Beifall bei der LINKEN - Jens Nacke [CDU]: Das ist ja ein Wortspiel!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, wir konnten heute in Ihrer Regierungserklärung eine weitere Runde des blamablen Rekordversuchs von Schwarz-Gelb in Niedersachsen beobachten: Wie viele Aufbrüche kann man in einem Jahr versuchen und zum Scheitern bringen?

(Beifall bei der LINKEN)

Sie retten sich doch nur von einer 100-Tage-Schonfrist zur nächsten. Aber irgendwann muss Schluss sein mit Schonfristen. Ich kann Ihnen für die Linke sagen: Wir werden Ihnen diese Schonfrist nicht schon wieder zugestehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie, Herr McAllister, sind neben Christian Wulff der Hauptverantwortliche für das politische Versagen dieser Landesregierung.

(Björn Thümler [CDU] lacht)

- Herr Thümler, ich weiß nicht, was daran so komisch ist. Das ist leider bitterer Ernst.

(Thomas Adasch [CDU]: Das kann man wirklich nur noch mit Humor ertragen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Sie hatten als Fraktionsvorsitzender die Verantwortung für all die Stillstände und Rückstände in Niedersachsen. Dass Sie das Kabinett inklusive des Kettensägenministers Sander 1 : 1 wieder vorgestellt haben, spricht für Ihre Unfähigkeit zu einem wirklichen Neuanfang.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber mit wem auch? - Die Regierungsfractionen sind inhaltlich und personell ausgeblutet. Immerhin das hat Christian Wulff uns als klare Botschaft hinterlassen! Folgerichtig war in Ihrer Regierungserklärung von den einleitend angekündigten Überprüfungen eingeschlagener Wege und den angekündigten neuen Akzenten nichts zu hören. Die einzige Ausnahme war das Thema Rauchmelder; Herr Bachmann hat sich gefreut.

Damit gestalten Sie aber Niedersachsen nicht positiv für die Zukunft. Herr McAllister, die Metamorphose von Wulffs Kettenhund zum Hoferben ist Ihnen heute nicht gelungen. Der Hof ist abgebrannt, die Felder sind verwahrlost, und das Vieh hat Bauer Wulff verspielt, bevor er sich in die Stadt abgesetzt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sind einfach nur als Einziger übriggeblieben und bewachen verzweifelt die rauchenden Trümmer.

(Editha Lorberg [CDU]: Sie wissen doch gar nicht, wovon Sie reden! - Ulf Thiele [CDU]: Können Sie außer Polemik noch was anderes? - Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben? - Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie müssen sich jetzt als Konkursverwalter um das kümmern, was Christian Wulff Ihnen nach drei Anläufen mit seinem Wechsel ins Bundespräsidentenamt hinterlassen hat.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Sie sind nicht der Nachfolger, Herr McAllister, Sie sind der Letzte, der das Licht für Schwarz-Gelb in Niedersachsen ausmacht.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt zu dieser Politik eine sozial gerechte Alternative. Niedersachsen kann und muss demokratischer und ökologischer werden.

(Unruhe - Marianne König [LINKE]: Diese Unruhe, das ist doch wohl nicht wahr!)

Und da wir im Geiste der Aufklärung die Hoffnung nie aufgeben, dass Vernunft allen gleichermaßen gegeben ist, werden wir Ihnen auch weiterhin die Auseinandersetzung mit dieser sozialen Alternative nicht ersparen.

Ihr Angebot zur sachlichen und konstruktiven Zusammenarbeit an den gesamten Landtag und Ihren Wunsch nach fairem Umgang miteinander haben wir gerne zur Kenntnis genommen. Ich hoffe im Glauben an die menschliche Vernunft darauf, dass Anträge meiner Fraktion in Zukunft von der CDU nach ihrem Inhalt beurteilt werden und nicht allein deshalb weiter abgelehnt werden, weil sie von den Linken kommen.

(Beifall bei der LINKEN - Jens Nacke [CDU]: Da ist aber kein Inhalt drin!)

Herr Thümmler, nachdem Sie die Debattenkultur hier im Landtag angesprochen haben und die Frage, auf welchem Niveau man sich hier auseinandersetzt, würde ich Sie inständig bitten, diesen Teil Ihrer Rede noch einmal in Ihrer eigenen Fraktion zu halten

(Beifall bei der LINKEN)

und dann selbstkritisch innerhalb Ihrer Fraktion darüber zu reden, inwieweit diese Appelle auch auf Sie zutreffen müssten und inwieweit Sie sie beherzigen sollten.

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümmler [CDU]: Fangen Sie mal bei Ihrer eigenen Fraktion an! Bei Herrn Dr. Sohn! Und nehmen Sie Herrn Adler gleich dazu!)

Meine Damen und Herren, eine zentrale Aufgabe jeder Landesregierung ist die Bekämpfung der immer noch dramatischen massenhaften Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Wir wollen gute Arbeit für Niedersachsen, die auch ordentlich bezahlt ist. Es muss damit Schluss sein, dass positive Effekte in der Arbeitsmarktstatistik nur durch eine Ausdehnung der Leih- und Zeitarbeit erreicht werden - oft zu untertariflichen Löhnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das dient nur der Optik der Statistik; das dient nicht den Menschen, wenn Sie solche Politik betreiben. Es wird Zeit, dass diese Landesregierung endlich eine Bundesratsinitiative für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn ergreift.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie dem von uns vorgelegten Gesetzentwurf für ein Landesvergabegesetz mit festem Mindestlohn von 8,50 Euro zustimmen, können Sie bereits jetzt einen eigenen Beitrag für ein Ende von Dumpinglöhnen leisten. Beenden Sie die Verweigerungshaltung Ihrer Koalition in dieser Frage!

Und wenn Sie schon dabei sind: Hören Sie auf, einem vernünftigen öffentlichen Beschäftigungssektor im Wege zu stehen! Nehmen Sie sich ein Beispiel an Berlin und Brandenburg, und schaffen Sie mit uns die finanziellen Grundlagen, damit Langzeitarbeitslose in Niedersachsen wieder in Arbeit kommen!

(Beifall bei der LINKEN)

Beenden Sie Ihre schwarz-gelbe Schuldenpolitik, und fangen Sie endlich an, die Einnahmeseite des Staates wirkungsvoll zu stärken, anstatt nur die fehlende Finanzkraft zu beklagen, Streichungspolitik zu betreiben und dieses Land kaputt zu sparen!

Dafür müssen Sie allerdings selbstverständlich Ihre Hausaufgaben erledigen. In den kommenden Jahren gehen z. B. nach Angaben der niedersächsischen Steuerverwaltung mehr als 4 000 Beschäf-

tige in den Ruhestand. Wenn die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter nicht nachhaltig erhöht wird, werden nach Angaben der Deutschen Steuer-Gewerkschaft die Steuern nicht mehr nach Recht und Gesetz festgesetzt werden können. Wir müssen die Steuerverwaltung stärken, dürfen sie nicht schwächen. Ihre Politik führt dazu, dass Niedersachsen auch im Inland bald Daten-CDs von Hackern kaufen muss, um noch an korrekte Finanzdaten zu kommen.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird in diesem Landtag nicht ruhen, bis eine Mehrheit in diesem Landtag endlich Schritte gegen die dramatische Finanzlage der Kommunen unternimmt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Haushaltsentwicklung der Kommunen zwischen Ems und Harz ist in der Tiefe nicht von diesen selbst verschuldet worden. Ihre Koalition hat in den vergangenen Jahren die Kommunen am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Damit muss ab sofort Schluss sein! In einem ersten Schritt muss die von Schwarz-Gelb durchgedrückte Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um 580 Millionen Euro zurückgenommen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Uns ist klar, dass wir eine bundesweite Lösung für eine Einnahmeverbesserung des Staates brauchen. Wir fordern die Wiedererhebung der reformierten Vermögensteuer. Wir verlangen die Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer. Wir fordern die Reform der Erbschaftsteuer zu einer Großvermögensteuer. Und wir verlangen eine Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefiskussteuer, in der die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer auf Freibeträge erweitert wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir erwarten, dass Niedersachsen bei diesen Themen eine Vorreiterrolle einnimmt. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie die FDP-Pläne stoppen, die Gewerbesteuer gänzlich abzuschaffen. Unsere Unterstützung dabei sage ich Ihnen zu.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Donnerschlag! - Weiterer Zuruf von der CDU: Darauf haben wir gewartet!)

Es wird Zeit, dass das Kaputt Kürzen des Staates durch Schwarz-Gelb beendet wird. Eine sich verschärfende soziale Krise, eine abgewirtschaftete Infrastruktur in den ausgebluteten Städten und Gemeinden - das sind Schulden, die diese Landesregierung der kommenden Generation aufbürdet. Ich nenne das unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümmler [CDU]: Wo leben Sie?)

Herr McAllister, auch wir schätzen das Ehrenamt hoch. Aber das Ehrenamt darf niemals, weder aus finanziellen noch aus anderen Motiven, der Ersatz für die Wahrnehmung sozialer Aufgaben durch die öffentliche Hand sein.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Ursula Helmhold [GRÜNE])

An dieser Stelle wüsste ich schon gerne einmal von Ihnen, welche Aufgaben Ihrer Meinung nach in öffentliche Hand gehören und deshalb auch von allen nach ihrer finanziellen Leistungskraft gemeinsam finanziert werden müssen. Wo liegen Ihre Grenzen für die Verschlingung des Staates? Wollen Sie ihn verhungern lassen, oder wollen Sie ihn angemessen ausstatten? - Auf diese wichtige politische Frage hätte ich gerne eine Antwort von Ihnen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nirgends wird so deutlich wie in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik, dass dieses Land nicht nur einen Personal-, sondern auch einen Politikwechsel braucht. Weit über 100 000 Menschen haben bereits das Volksbegehren für mehr und bessere Integrierte Gesamtschulen unterschrieben.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Es wird Zeit, dass diese Regierung ihre Blockade gegen die Gesamtschule beendet, und es wird Zeit, dass in Niedersachsen wieder die volle Lehrmittelfreiheit eingeführt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Einkommen der Eltern darf nicht über die Bildungschancen und die Qualität der Schulbildung entscheiden.

Ich habe kürzlich ein Beispiel gehört, das zeigt, wie sehr sich die finanziellen Möglichkeiten der Eltern auf die Möglichkeiten der Kinder in der Schule auswirken. Sie kennen möglicherweise diese Übungshefte, die Kinder in der Schule benutzen, in

denen z. B. Rechenaufgaben stehen, die man ausrechnet, und die Lösungen trägt man dann ein. Kinder von Eltern, die sich das leisten können, haben solche Hefte in der Schule, und sie können diese Aufgaben direkt ausfüllen. Kinder von Hartz-IV-Eltern bekommen diese Hefte nur geliehen mit der Folge, dass sie die Aufgaben erst einmal abschreiben müssen und dann erst die Lösung hinschreiben können. Dies ist eine klare Benachteiligung. Das sind so die kleinen Dinge im Leben, die Sie gerne übersehen und die geändert gehören.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht! - Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, das gegliederte Schulsystem sortiert sozial aus, schon Zehnjährige, und es muss durch eine integrierte und inklusive Bildung ersetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümmler [CDU]: Deswegen ist Bayern auch Vorreiter in Deutschland!)

Die Diskriminierung des jetzigen Schulsystems setzt sich in Niedersachsen sogar noch nach der Schule fort. Die Studienanfängerquote ist mit 34 % meilenweit vom Ziel 40 % entfernt, und in Niedersachsen sieht es noch schlechter aus.

(Zuruf von der CDU: Das liegt an Herrn Perli! - Heiterkeit bei der CDU)

Ich fordere Sie auf, mit uns gemeinsam dafür zu sorgen, dass der Zugang zu Bildung nicht mehr von der sozialen Herkunft abhängt. Stimmen Sie endlich der Abschaffung der Studiengebühren zu! Lassen Sie Ihre Ignoranz bei diesem Thema hinter sich!

(Beifall bei der LINKEN)

Gestern hätten Sie nach dem Hochschulgesetz die Auswertung zu den Auswirkungen der Studiengebühren in Niedersachsen vorlegen müssen. Das haben Sie aber nicht getan. Diesen Rechtsverstoß am Ende der Ära Wulff und zu Beginn der Ära McAllister sollten Sie schleunigst heilen und damit zeigen, dass Ihnen das Thema nicht egal ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Ihre Regierung hat in den vergangenen Jahren den Ruf Niedersachsens als weltoffenes und tolerantes Land nachhaltig beschädigt.

(Beifall bei der LINKEN - Was! bei der CDU)

Sie haben Niedersachsen in das Abschiebeland Nummer eins der Bundesrepublik verwandelt. Ihr Innenminister Schönemann hat Zwangskontrollen vor Moscheen durchgeführt. Das war nicht nur widerlich, das war auch falsch!

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben kriminalisiert, statt zu integrieren. Den Schaden und den Vertrauensverlust werden wir gemeinsam noch lange zu tragen haben.

(Oh ja! bei der CDU - Zuruf von der CDU: Wir haben breite Schultern!)

Kehren Sie um, und folgen Sie dem Antrag der Linken, die Residenzpflicht abzuschaffen - als einen ersten Schritt zu einer Flüchtlings- und Integrationspolitik, die diesen Namen auch verdient hat! Außerdem wird es Zeit, dass Herr Minister Schönemann seine Nase aus Einwanderungsakten von Mitgliedern der Linken herausnimmt und dass ein umfassendes Konzept gegen Neonazis vorgelegt wird, das die Realitäten im Land wahrnimmt.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der CDU)

Herr McAllister, gestern hat der von Ihnen ja geschätzte neue Bundespräsident

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Mit Ihrer Hilfe!)

in seiner Antrittsrede gesagt - ich zitiere -:

„Wir alle, ... ob die Linke, die Sozialdemokraten, die Grünen, die Liberalen, die Christsozialen, die Christdemokraten, tragen gemeinsam Verantwortung für unser Land, für unser Gemeinwesen, für unsere Demokratie.“

(Zuruf von der CDU: Sie werden dem nicht gerecht!)

Diese zutreffende Feststellung sollte für Sie Grund genug sein, den Innenminister anzuweisen, die Beobachtung der Linken endlich einzustellen und Demokratie und Verantwortung über parteipolitische Motive zu stellen.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der CDU und von der SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr McAllister, Sie haben ausgeführt, dass der Koaliti-

onsvertrag vom Februar 2008 unverändert auch für die kommenden Jahre gilt. Nun haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass Sie in der vorhergehenden Legislaturperiode im Koalitionsvertrag stehen hatten, dass Sie keine Studiengebühren einführen wollten. Sie haben es dann doch getan.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie haben in diesem Koalitionsvertrag stehen, dass die durch den Schülerzahlenrückgang frei werdenden Lehrkräfte im Schulwesen verbleiben sollen. Daran wollen Sie sich aber jetzt nicht mehr halten. Wenn Sie auf der Basis dieser Logik Kontinuität versprechen, dann, so fürchte ich, wird die Kontinuität im Brechen von Versprechen bestehen.

(Beifall bei der LINKEN - Hans-Christian Biallas [CDU]: Das ist eine schwere Beleidigung!)

Herr Präsident, weil ich an dieser Stelle zum Thema Umwelt komme: Ich wünsche dem Umweltminister Hans-Heinrich Sander auch im Namen meiner Fraktion gute Besserung und persönlich alles Gute.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch eine Einladung aussprechen. Herr McAllister, es wird Zeit, dass ein Niedersächsischer Ministerpräsident an den Protesten gegen den Castortransport im Herbst teilnimmt.

(Beifall bei der LINKEN - Oh! bei der CDU)

Kommen Sie mit, stellen Sie sich an die Seite der Menschen im Landkreis Lüchow-Dannenberg - - -

(Jens Nacke [CDU]: Fahren Sie wieder mit dem Bus hin?)

- Sie können auch gerne mit dem Bus fahren.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben das Thema Atommülllager angesprochen, Herr McAllister. Ich fordere Sie auf: Beenden Sie den Gorleben-Wahn! Steigen sie endlich aus der Atomenergie aus! Sie wissen doch genau, dass Sie Wind- und Sonnenenergie umso mehr verhindern, je länger Sie die AKWs laufen lassen.

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümmler [CDU]: Das stimmt nicht! Sie wissen, dass das falsch ist! - Weiterer Zu-

ruf von der CDU: Das ist völliger Unsinn!

Sie wissen doch ganz genau, allerspätestens seit dem Asse-Desaster, dass Sie die Abfallprodukte, diesen Atommüll, nicht sicher lagern können. Deshalb ist jede Laufzeitverlängerung für AKWs, die noch mehr Atommüll produziert, unverantwortlich, und Sie versündigen sich damit an unseren Kindern und Kindeskindern.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Thümmler, Sie haben hier Herrn Röttgen gelobt, er habe ein Schließungskonzept für die Asse vorgelegt. Vielleicht zeigen Sie uns das mal! Das hat er bisher gut versteckt. Das ist bisher sehr verborgen geblieben. Wir würden das gerne einmal sehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Falls es so ist und er es bisher nur nicht veröffentlicht hat, wenn Herr Röttgen jetzt endlich einmal aktiv wird, wo ihm das radioaktive Wasser schon bis zum Hals steht, dann ist das unverantwortlich spät und kein Grund für Lob von Ihrer Seite oder von irgendeiner anderen Seite.

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümmler [CDU]: Was heißt „endlich“? Fragen Sie einmal Herrn Gabriel! - Jens Nacke [CDU]: Radioaktives Wasser, Herr Herzog! - Björn Thümmler [CDU]: Radioaktives Wasser gibt es nicht!)

Herr Dürr, Sie haben gesagt, Sie möchten so viel wie möglich vor Ort und so wenig wie möglich zentral. Ich finde, Sie sollten das auch zum Motto Ihrer Energiepolitik machen. Dezentrale Energieerzeugung vor Ort durch Sonnen- und Windenergie und Geothermie statt zentraler Energieerzeugung mit großen AKWs - das wäre zukunftsweisende Energiepolitik für Niedersachsen und für Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, es muss für den ländlichen Raum in Niedersachsen andere Konzepte geben, als ihn wahlweise in ein Atomklo oder ein Gentechniklabor mit Massentierhaltung zu verwandeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieses Land und seine Landwirtschaft brauchen eine ökologische Kurswende, ganz wie Sie es vorhin bei Ihrer Vereidigung gesagt haben: dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ver-

pflichtet. - Daran sollten Sie sich halten, diesen Eid sollten Sie sehr ernst nehmen.

(Björn Thümler [CDU]: Das tut er auch!)

Herr McAllister, Ihre Politik ist offensichtlich nicht darauf ausgerichtet, Niedersachsen sozial gerechter zu gestalten. Weil Sie eben nicht auf das Wohl der gesamten Bevölkerung ausgerichtet sind, erreichen Sie auch mit Ihrem heute vorgestellten Programm nur noch mehr Ungleichheit. Niedersachsen braucht aber jetzt einen Aufbruch für mehr soziale Gerechtigkeit.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Niedersachsen braucht das Ende der schwarz-gelben Mischung aus Inkompetenz, Personalakrassell, Privatisierungs-, Kürzungs- und Atomstromwahn. Deshalb werden wir und die Menschen in diesem Land Ihrer Mehrheit und Ihrer Regierung spätestens 2013 ein Ende bereiten.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der CDU)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache über die Regierungserklärung beendet.

Wir kommen zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts. Der 26. Tagungsabschnitt ist für die Zeit vom 17. bis zum 20. August 2010 vorgesehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Namen des Präsidiums möchte ich Ihnen eine schöne Urlaubszeit wünschen, die Sie alle sich sicherlich verdient haben. Ich wünsche Ihnen eine gesunde Rückkehr in diesen Landtag.

Alles Gute! Kommen Sie gut nach Hause!

Ich schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 17.05 Uhr.